01/2014

RUNDBRIEF

Forum Umwelt & Entwicklung

Wer die Netze hat, hat die Macht?

Infrastrukturen und Nachhaltigkeit

Seite 18
Finanzdienstleistungen und TTIP

Seite 22
Zusammenhang zwischen Wasser, Energie und Ernährungssicherheit

Seite 25
Vorverhandlungen Nagoya-Protokoll

Seite 30
Kampf gegen illegalen Holzhandel

ISSN 1864-0982

SCHWERPUNKT

Nur weniger und besser ist nachhaltig 2
Nachhaltige Infrastrukturen für ein zukunftsfähiges Deutschland
Prof. Dr. Kai Niebert

Stopp des Ausverkaufs 4
Wie sich Menschen weltweit ihr Wasser zurück erkämpfen
Christa Hecht

Nachhaltige Wasserversorgung in Deutschland 6
Zugang zu Wasser muss ein Menschenrecht sein
Ulrike von Wiesenau

Rekommunalisierung von Energie 8
Berliner Energieversorgungsunternehmen und die Frage des Eigentums
Uwe Hiksch

UNSER HAMBURG – UNSER NETZ 10
Volksentscheid und gut?
Wiebke Hansen

Dezentrale Energieinfrastruktur 12
Mikrofinanzierte Solarenergie für Entwicklungsländer
Lisa Schwarz und Thomas Duveau

Bahnverkehr in Deutschland 14
Warum die Deutsche Bahn AG noch immer den Schienenverkehr dominiert
Heidi Tischmann

AKTUELL

Alternativen zur Agrarindustrie 16
Forum Umwelt und Entwicklung auf dem GFFA
Stig Tanzmann

Wachstum nur mit minimalen Standards? 17
Stand der Verhandlungen des TTIP
Alessa Hartmann

Aus der Krise nichts gelernt 18
Finanzdienstleistungen in der TTIP
Markus Henn

Der lange Weg der Konvergenz 19
Warum die Verbindung von Umwelt und Entwicklung so dringlich ist – und warum so schwer
Marie-Luise Abshagen

Lokale Zukunftsfähigkeit 21
Was heißt nachhaltige Entwicklung auf lokaler Ebene?
Christine Pohl

Zusammenhang zwischen Wasser, Energie und Ernährungssicherheit 22
Warum der Nexus-Ansatz im Rio-Prozess und in der Post-2015-Agenda ignoriert wird
The People's Coalition on Food Sovereignty

Vorverhandlungen für das Nagoya-Protokoll 25
Scheitert eine gerechte Regelung an der EU?
François Meienberg

THEMEN UND AGS

Wertvoller als Gold 26
Verstrickung des organisierten Verbrechens in Wilderei und weitere Umweltkriminalität
Marie-Luise Abshagen und Katharina Trump

Keine »Cash Crop« wie jede andere 28
Tabak behindert eine nachhaltige Entwicklung
Sonja von Eichborn

Kampf gegen illegalen Holzhandel 30
Wie geeignet ist das Holzhandelssicherungsgesetz?
Andrea Cederquist

Die internationale Waldpolitik und der Wald 32
Über Forststrategie, Waldkonvention und illegalen Holzhandel
László Maráz

Papierverbrauch wächst – Wälder schrumpen 33
Rezension des kritischen Papierberichts 2013
László Maráz

Wir haben es satt! 34
30 000 Menschen fordern einen Kurswechsel in der Agrarpolitik
Iris Kiefer

Reformbedarf in der Tierhaltung konkretisiert 35
Breites Spektrum von Nichtregierungsorganisationen diskutiert Strategien gegenüber der Großen Koalition
Tobias Reichert

Publikationen 37
Veranstaltungen 39

Forum Umwelt und Entwicklung

Das Forum Umwelt & Entwicklung wurde 1992 nach der UN-Konferenz für Umwelt und Entwicklung gegründet und koordiniert die Aktivitäten der deutschen NRO in internationalen Politikprozessen zu nachhaltiger Entwicklung. Rechtsträger ist der Deutsche Naturschutzring, Dachverband der deutschen Natur-, Tier- und Umweltschutzverbände (DNR) e. V.

Die nächste Ausgabe des Rundbriefs erscheint im Juni 2014.

IMPRESSUM
HERAUSGEBER: Forum Umwelt und Entwicklung, Marienstraße 19 – 20, 10117 Berlin, Telefon: 030 / 678 17 75 93, Fax: 030 / 678 17 75 80, E-mail: info@forumue.de, Internet: www.forumue.de, **VERANTWORTLICH:** Jürgen Maier, **REDAKTION:** Marie-Luise Abshagen und Alessa Hartmann, **MITARBEIT:** Carolin Ebschner und Caroline Kassin, **LAYOUT:** studio114.de | Michael Chudoba, **TITELBILD:** La-Liana / pixelio.de

Liebe Leserinnen, liebe Leser,

Infrastrukturen wie Energie-, Wasser-, Straßen- und Schienenanschluss sind grundlegende Elemente unseres täglichen Lebens. Die Art und Weise wie Infrastrukturen gestaltet sind, bestimmt die Versorgung der Bevölkerung, die Entwicklung von Gesellschaften und die Gestaltung unseres Miteinanders. Wie aber werden diese Infrastrukturen eigentlich verwaltet?

Kontroverse Infrastrukturprojekte gibt es in Deutschland genug: Stuttgart21, der Berliner Flughafen BER und auch die Berliner A100 sind Beispiele für umstrittene, Steuergelder schluckende oder ineffektive Infrastrukturprojekte, die viel Kritik geerntet haben und gegen welche sich teilweise sogar ganze Bürgerbewegungen gegründet haben. Auch Bewegungen zur Rekommunalisierung von Wasser- und Energieinfrastrukturen haben in den letzten Jahren deutlich an Momentum gewonnen und zivilgesellschaftliche Bündnisse und BürgerInnen-Initiativen engagieren sich für eine transparente Beteiligung an der Energie- und Wasserversorgung.

Insbesondere die Privatisierung von Infrastruktur steht in der Kritik. Große Konzerne würden sich eher für Profit interessierten, als für die Interessen der KundInnen und BürgerInnen. Umwelt-, Klima- und Naturschutz nähmen in Konzernstrategien häufig einen geringen Stellenwert ein. Privatisierung von Infrastrukturen führe zu höheren Gebühren, geringerer Effizienz und der Erhalt von Infrastruktur leide. Bliebe im Gegenzug die Verwaltung von Infrastrukturen in der öffentlichen Hand oder würde an diese abgegeben, hätten BürgerInnen auch die demokratische Kontrolle und Mitbestimmung über sie. Durch die Einbindung von Kommunen sowie KundInnen könnten Infrastrukturprojekte stärker an die Bedürfnisse der Betroffenen angepasst werden und Gewinne würden in kommunale Kassen fließen. Und die Realisierung von Umweltschutzzielen könnte durch die öffentliche Verwaltung von Infrastruktur eher gewährleistet werden.

All diese Einwände sind richtig. Aber was passiert in Ländern, in denen der Staat aus politischen oder finanziellen Gründen nicht fähig ist, die Bevölkerung an das Stromnetz anzuschließen? Was, wenn die VolksvertreterInnen keine Expertise in der Verwaltung von Infrastrukturen besitzen und Prioritäten anders setzen? Was, wenn die Verbindung von öffentlicher Hand und Privatwirtschaft gar nicht so leicht auseinanderzudividieren ist?

Eines ist sicher: Ganz gleich, wer die Infrastruktur schließlich verwaltet, die Frage, die bei jedem Infrastrukturprojekt gestellt werden muss, ist wie nachhaltig dieses eigentlich ist. Denn häufig gilt – bei öffentlichen wie auch privaten Investoren – Infrastrukturentwicklung hat auch viel mit Prestige zu tun, wirklich notwendig ist sie nicht in jedem Fall. Und so wäre statt der Errichtung von noch einem Flughafen, noch einer Autobahn und noch mehr ICE-Schienen oft der nachhaltigere Weg, bestehende Infrastruktur effektiver zu nutzen und langfristig in Stand zu halten.

Marie-Luise Abshagen

© Uwe Schlick / pixelio.de

Wie lassen sich Infrastrukturen nachhaltig gestalten?

NUR WENIGER UND BESSER IST NACHHALTIG

Nachhaltige Infrastrukturen für ein zukunftsfähiges Deutschland

Eine nachhaltige Infrastrukturplanung ist der Schlüssel zu einem zukunftsfähigen Deutschland. Nur so können eine gesunde Umwelt, hohe Lebensqualität und sozialer Zusammenhalt gewährleistet werden. Nachhaltigkeit bedeutet dabei allerdings nicht, einfach ressourcenschonend zu bauen; notwendig ist vielmehr Überlegung, ob der Bau überhaupt wirklich nötig ist.

Nachdem ich nun jahrelang zum Klimawandel geforscht und politisiert habe, wollte ich es wissen: Ist es nicht doch schon heute möglich, klimafreundlich zu leben? Also habe ich einen Selbstversuch unternommen. Das Ziel: Klimafreundlich leben, zumindest für eine Woche und ohne Ausgleichszahlungen. Sollte ja nicht schwer sein: Der Strom in meiner Steckdose ist grün, Vegetarier bin ich auch und meine Bahncard garantiert mir Öko-Mobilität. Zwei Tonnen CO_2 pro Jahr sind nachhaltig, das sind 5,5 kg pro Tag. Los geht's: Das Frühstück ist mit einem Käsebrot, einer Tasse Tee und einem Apfel mit knapp 500g CO_2 noch überschaubar, zur Arbeit geht's mit dem Fahrrad: 0g CO_2. Auf der Arbeit angekommen fällt der Computer mit etwa 640g CO_2 pro Tag ins Gewicht. Zum Mittagessen verzichte ich auf den Gemüseauflauf und begnüge mich mit einer Schale Salat. Am Ende des Tages bin ich ein wenig stolz: Es sind knapp 4kg CO_2 zusammengekommen. Geht doch.

Jedenfalls bis ich anfange, meine Grundlast zu berechnen: Alleine meine Wohnung schlägt mit knapp 7kg CO_2 pro Tag für Bau, Instandhaltung, Warmwasser usw. zu Buche. Und auch die CO_2-Bilanz für die Herstellung und Entsorgung meiner Möbel, des Telefons, der Herstellung des Fahrrads usw. sind nicht eingerechnet. Ohne Klima-Ablasshandel komme auch ich offensichtlich nicht aus. Meine Lektion der Woche: Ein nachhaltigeres Leben ist möglich. Aber ein Leben in Nachhaltigkeit braucht eben mehr als nur guten Willen. Es braucht auch eine Infrastruktur, dass es stützt. Individuelle Entscheidungen stoßen dort an Grenzen, wo wir uns in Infrastrukturen bewegen, die wir nicht einfach verlassen können.

Infrastrukturen – Versuch einer Annäherung

Was genau eine Infrastruktur eigentlich ist, weiß überraschenderweise niemand so genau: Der Begriff entstammt dem militärischen Sprachgebrauch der NATO, Wirtschaftswissenschaftler nutzen ihn erst seit den 1960er Jahren. Er wird entweder über seine Teile (zum Beispiel Stromleitungen, Straßen, Schulen, Krankenhäuser etc.) oder seine Merkmale (hohe Kapitalintensität, keine direkten wirtschaftlichen Erträge) beschrieben. Vom Wortsinn her leitet sich die Infrastruktur von lateinisch infra »unterhalb« und structura »Gefüge« ab; sie ist im übertragenen Sinn eine Art Unterbau. Wenn wir über Infrastrukturen reden, reden wir also über langlebige Einrichtungen in der Regel materieller, aber auch institutioneller Art, die den Zweck haben, unser Gesellschaftssystem zu stützen und zu ermöglichen.

Infrastruktur – Konkurrenz um die Säulen der Nachhaltigkeit?

Die Infrastruktur bildet den unverzichtbaren Unterbau unserer Gesellschaft. Sie ist Voraussetzung für sozialen und wirtschaftlichen Fortschritt zugleich. Der aktuelle Wiederbeschaffungswert der öffentlichen Infrastruktur wie Straßen, Schienen, Kanäle etc. wird derzeit auf knapp 930 Milliarden Euro geschätzt. Sie muss laufend unterhalten und an neue Anforderungen angepasst werden. Zurzeit ist nicht absehbar, wie sich die steigenden Unterhaltsaufwendungen und die notwendigen Erweiterungen

finanzieren lassen. Einer Prognose des Instituts für Weltwirtschaft (IfW) in Kiel zufolge wird sie in den kommenden Jahren rapide an Wert verlieren: Während sie vor zehn Jahren noch 960 Milliarden Euro wert war, gehen die Schätzungen für 2017 nur noch von 925 Milliarden Euro aus.

Das Problem: Die Infrastrukturentwicklung steht in Konkurrenz zu anderen Generationenaufgaben, wie der Finanzierung von Gesundheit, Rente, Bildung und der staatlichen Grundsicherung. Schon allein aus ökonomischen Gründen bedeutet nachhaltige Infrastrukturentwicklung deshalb auch, sich auf das Notwendige zu beschränken. Wenn an einigen Stellen Kapazitätserweiterungen (zum Beispiel Autobahnen, Flussvertiefungen etc.) geplant werden, müssten gleichzeitig an anderen Stellen Redimensionierung und Rückbauten gegenüberstehen. Investitionen für die Instandsetzung und die Erweiterung von Infrastrukturen sollten dabei immer über den gesamten Lebenszyklus betrachtet werden, der in der Regel zwischen 40 und 100 Jahren liegt.

Nachhaltig braucht nachhaltige Infrastrukturen

Das Vorhandensein von Ressourcen wie Fläche, Energie oder Material ist die notwendige Voraussetzung für das Funktionieren des Stoffhaushaltes einer Gesellschaft. Ohne diese Ressourcen gibt es keinen Wohlstand. Und dennoch muss ihr Einsatz – insbesondere der von fossilen Kohlenstoffvorräten – massiv verringert werden, um ein nachhaltiges Deutschland in Europa zu gestalten. Gerade im rohstoffarmen Deutschland sind Wissensressourcen, wie Technologie, Information und auch Institutionen – ausschlaggebend für die nachhaltige Nutzung von Rohstoffen. Um dieses Ziel zu erreichen, ist ein Management von Ressourcen in drei Bereichen notwendig: Versorgung, Nutzung und Entsorgung. Nur eine wirksame Verknüpfung aller drei Bereiche führt zu einer wirksamen Ressourcenschonung. In Bezug auf Infrastrukturen bedeutet das, dass neue, ressourcenschonende Infrastrukturen nicht per se nachhaltig sind. Vielmehr muss in den Blick genommen werden, was sie neu schaffen, was sie ersetzen und wie sie geschaffen werden. Die Abwrackprämie von 2009, mit der Altfahrzeuge gegen neue, effizientere Fahrzeuge ausgetauscht wurden, war alles andere als nachhaltig, denn der entstandene Neuverbrauch an Rohstoffen hat einen nicht vorhandenen Bedarf gedeckt. Selbst das Umweltministerium hielt fest: Mitnahmeeffekte ergaben keinen zusätzlichen Umweltnutzen, vorgezogene Käufe allenfalls eine frühere Entlastung.

Herausforderung Wachstumsbegrenzung

Etwa 65 Prozent der anthropogenen Treibhausgase entstehen im Zusammenhang mit der Stadtentwicklung, sei es durch Wohnungen, Büro- und Gewerbegebäude oder den Verkehr. Durch eine entsprechende Raumplanung kann die Zersiedelung und damit auch der Verbrauch nicht erneuerbarer Ressourcen wie Boden und Energie eingedämmt werden. An dieser Stelle wird die Frage, um die man sich an anderer Stelle gerne herumdrückt, sehr relevant: Täglich werden in Deutschland rund 74 Hektar als Siedlungs- und Verkehrsflächen neu ausgewiesen. Bis zum Jahr 2020 will die Bundesregierung den Flächenverbrauch auf maximal 30 Hektar pro Tag verringern. Mittelfristig müssten wir jedoch bei einem zusätzlichen Flächenverbrauch von 0 Hektar ankommen. Somit liegen Wachstum und Wachstumsrücknahme im Kern der Problematik um den Aufbau zusätzlicher Infrastruktur. Oder wie der Stadtplaner Thomas Sieverts es ausdrückt: Aus regionaler und ökonomischer Sicht ist bereits viel zu viel gebaut worden. Nachhaltige Infrastrukturplanung heißt deshalb zuallererst: Bevor ein Bauvorhaben geplant wird, muss man sich fragen, ob das Vorhaben überhaupt umgesetzt werden soll.

Nur gerechte Infrastrukturen sind nachhaltig

Die bestehende Infrastruktur deutscher Großstädte ist in der Regel alles andere als nachhaltig – und schon gar nicht gerecht: Wohngebiete mit hohen Luftschadstoffkonzentrationen haben in der Regel auch eine überdurchschnittlich hohe Verkehrsdichte. Gleichzeitig sind diese Gebiete gekennzeichnet durch einen niedrigen Einkommensstatus. Menschen mit geringen Einkommen sind damit in doppelter Hinsicht benachteiligt: Obwohl der eigene Motorisierungsgrad gering ist, müssen sie höhere Luft- und Lärmbelastungen sowie stärkere Unfallgefahren ertragen.

Notwendig zur Umsteuerung sind in erster Linie politische Maßnahmen, wie eine ressortübergreifende Zusammenarbeit von Stadterneuerung, Verkehrs-, Bau- und Umweltplanung, technische Optimierung der Fahrzeugtechnik in Bezug auf den Schadstoffausstoß und die Geräuschentwicklung, aber auch lebensstilorientierte Veränderungen der Verkehrsmittelwahl zugunsten eines geringeren Fahrtenaufkommens im motorisierten Individualverkehr.

Zentrale Ziele einer nachhaltigen Infrastrukturplanung sollten daher die Sicherung von Mobilität als Grundrecht und die Gewährleistung eines Zugangs zum Öffentlichen Nahverkehr (ÖPNV) sein. Eine nicht angemessene Anbindung an den ÖPNV, bei gleichzeitig geringer eigener Motorisierung führt unmittelbar zu ungleichen Teilhabechancen am öffentlichen Leben. In Großbritannien sind Mindeststandards für den öffentlichen Verkehr formuliert worden, die Bezahlbarkeit, Verfügbarkeit und Akzeptanz des Angebots sicherstellen sollen. Die Maßnahmen umfassen dabei Aspekte wie einen barrierefreien Zugang zu Haltestellen, die Sicherstellung einer Haltestelle innerhalb von 400 Metern um die eigene Wohnung, aber auch die Erhöhung der Nachvollziehbarkeit von Fahrplänen, Fahrtkosten und Verbindungsmöglichkeiten.

Nachhaltige Infrastrukturen

Nachhaltige Entwicklung braucht nicht nur nachhaltige Technik, sondern auch einen Gesellschaftswandel. Nur beides zusammen ergibt die notwendige große Transformation. Die Infrastrukturentwicklung folgt derzeit noch einer ungebremsten Wachstumslogik, insbesondere im Straßenbau. Nötig ist jedoch, dass für den Aufbau nachhaltiger Infrastrukturen ein geringeres, qualitativ hochwertigeres Wachstum und auch gewisse Formen der Wachstumsrücknahme ihren Platz finden. Strukturen, die der Umwelt, der Lebensqualität oder dem sozialen Zusammenhalt schaden, müssen verhindert und rückgebaut werden. Das bedeutet Bauvorhaben vor ihrer Realisierung auf ihre grundsätzliche Notwendigkeit zu überprüfen.

Prof. Dr. Kai Niebert

Der Autor ist Mitglied im Präsidium des DNR, Stellvertretender Vorsitzender der Naturfreunde und Professor an der Fakultät Nachhaltigkeit der Leuphana Universität Lüneburg.

© Paul-Georg Meister / pixelio.de

Sorgsame Aufbereitung im Wasserwerk

STOPP DES AUSVERKAUFS

Wie sich Menschen weltweit ihr Wasser zurück erkämpfen

Versprechungen von Privatisierungsbefürwortern entpuppen sich als hohle Phrasen und die Bevölkerung kämpft sich immer öfter das Gemeingut Wasser zurück, indem weltweit Wasser rekommunalisiert wird. Trotzdem gehen die Auseinandersetzungen mit alten und neuen Vorzeichen weiter und die Dominanz einiger weniger, großer Unternehmen am Wassermarkt wächst.

Seit der internationalen Wasserkonferenz der Vereinten Nationen 1992 in Dublin wurde Politikern, Wirtschaftsvertretern und der Bevölkerung von der Weltbank, dem IWF, selbsternannten Wasserexperten und multinationalen Wasserkonzernen eingebläut, dass privates Kapital, private Investitionen und Privatisierung die Lösung für die Wasserprobleme der Welt seien. Belege dafür wurden freilich nie vorgelegt oder vor Entscheidungen eingefordert. Es reichte vielen, dass mit Beleg auf den Zusammenbruch des Sozialismus und des Ostblocks auf die vermeintliche Ineffizienz und Verantwortungslosigkeit staatlicher Organe verwiesen wurde. Wie dem goldenen Kalb wurde der Privatisierung und Liberalisierung hinterher gerannt. Mit der Aussicht auf hohe Gewinne und den freien Markt würden automatisch effiziente Strukturen entstehen und dadurch alle Menschen günstig mit Wasser versorgt, war die Behauptung.

Aufräumen mit dem Mythos Wettbewerb sei besser als öffentliche Dienstleistung

Mit diesen Mythen wird nun nach und nach aufgeräumt. Nicht nur kritische Wissenschaftler zum Beispiel aus der Public Services International Research Unit (PSIRU) oder dem Transnational Institute (TNI), die diese Behauptungen von Anfang an bekämpft haben, können nun mit Studien, die das Gegenteil belegen, aufwarten. Selbst in Untersuchungen, die die Weltbank in Auftrag gegeben hat oder von »unverdächtigen« Wissenschaftlern durchgeführt wurden, wird nun zugegeben, dass durch Privatisierung öffentlicher Aufgaben in der Daseinsvorsorge und auch in der Wasserwirtschaft keine Effizienzgewinne

und niedrigere Verbraucherpreise zu erreichen sind.[1] Ganz zu schweigen davon, dass durch Wasser in privater Hand Umweltschutz und Verbesserungen der sozialen Situation armer Bevölkerungsteile oder armer Staaten durchgesetzt werden könnten.

Nach einer im November 2013 erarbeiteten Untersuchung von Emanuele Lobina und David Hall vom PSIRU sind in den letzten fünfzehn Jahren weltweit 84 Privatisierungen rückgängig gemacht worden, davon 51 in Ländern mit höheren Einkommen. Die Gründe für die Rekommunalisierungen lassen sich gemäß dieser Studie in drei Punkten zusammenfassen:

- Gleiche oder sogar höhere Effizienz von öffentlicher Wasserversorgung als von privaten Unternehmen.
- Niedrigere Gebühren und Preise, da bei der Wasserversorgung in öffentlicher Hand die Profitmaximierung entfällt.
- Realisierung von Umweltschutzzielen und sozialen Zielen.

Anteil der privaten Wasserwirtschaft bisher gering, aber steigend

Das sind beachtliche Entwicklungen und in Auswertungen dazu kommt deutlich zum Ausdruck, dass der Hintergrund für die Veränderungen in den meisten Fällen nicht eingehaltene Versprechungen für Investitionen in die Infrastruktur, Unzufriedenheit mit dem Service und steigende Preise sind. Diese Beispiele sollten jedoch keinen falschen Eindruck hinterlassen. Einerseits lag der Anteil öffentlicher Wasserwirtschaft trotz der vielen Privatisierungen nach Erhebungen des PSIRU in 2006 bei weltweit 90 Prozent und damit der privater Unternehmen nur bei 10 Prozent. Andererseits sind die multinationalen privaten Wasserkonzerne weiter auf Akquise aus und schließen immer wieder neue Verträge ab, sehr oft für die Betriebsführung (dabei erwirbt das private Unternehmen keine Eigentumsrecht an der Infrastruktur und wird mit dem Service beauftragt) wie zum Beispiel Veolia in New York und vereinzelt in Indien. Argumentiert wird dabei von Veolia, dass sie damit ja nur Dienstleister seien und dies keine Privatisierung bedeuten würde. Trotzdem begeben sich die Städte damit in Abhängigkeit von den privaten Konzernen, verlieren in der eigenen Verwaltung Wissen und Erfahrungen und machen sich erpressbar.

Die Kämpfe von Initiativen gegen immer noch geplante Privatisierungen wie in Griechenland, Spanien und Portugal gehen weiter. Eindrucksvolles Beispiel dafür, dass aber auch anfänglich als aussichtslos angesehene Auseinandersetzungen zu gewinnen sind, ist erst in den letzten Tagen der erfolgreiche Protest der Bevölkerung in Kerala (Indien) gegen Privatisierung.[2]

Auf UN-Ebene widerstreitende Interessen und Aktivitäten

Offen ausgesprochen werden in einigen Veröffentlichungen von UN-Organen, dass die erhofften Investitionen zur Lösung der Probleme in der Wasserversorgung und der sanitären Versorgung in den armen Ländern des »Südens« durch private Investoren nicht erfolgt sind und nach anderen Lösungen gesucht werden muss. So gibt es seit einigen Jahren das Netzwerk Global Water Operators‘ Partnership Alliance (GWOPA), in dem über direkte Partnerschaften von wasserwirtschaftlichen Einheiten aus industrialisierten Staaten und armen Staaten Erfahrungen und Wissen um den Zugang zu sauberem Trinkwasser und sanitärer Grundversorgung ausgetauscht werden, um die UN-Millenniumsentwicklungsziele für Wasser (Halbierung der Zahl der Menschen, die keine ausreichende Trinkwasserversorgung und keine Sanitärversorgung haben) zu erreichen. Grundlage ist dabei auch, dass die Partnerschaften auf einer nicht gewinnorientierten Basis angelegt sind. Das ist bewusst auch eine Stärkung lokal agierender Organisationen und Unternehmen. Dabei gibt es durchaus Fortschritte. Unterschieden wird dort allerdings nicht zwischen privaten und öffentlichen Unternehmen. Es ist jedoch in diesem Rahmen sehr viel leichter für öffentliche Unternehmen, internationale Partnerschaften einzugehen und das zeigt sich auch in den GWOPA-Berichten. Ich habe im November 2013 am Zweiten GWOPA-Kongress in Barcelona teilgenommen und war sehr beeindruckt von der Vielfältigkeit der »Wateroperators‘ Partnerschaften« und dem wertschätzenden Umgang miteinander.

Auf der anderen Seite wird aber von der UN, der Weltbank und dem IWF trotz allem weiter dafür geworben, private Investitionen für die Sanierung maroder Infrastruktur im Wasser- und Abwasserbereich und für die Errichtung neuer Infrastruktur zu gewinnen. Ganz offen wird dabei ausgesprochen, dass dies nur möglich sei, wenn die Infrastruktur und der Servicebereich »bankable« gemacht würden. Das bedeutet nichts anderes, als dass damit das öffentliche Eigentum daran aufgegeben werden muss und hohe Gewinne durch entsprechende Rahmenbedingungen gesichert werden.

Ein weiteres Feld der Auseinandersetzung »öffentlich oder privat« entwickelt sich in den letzten Jahren mit dem exponentiell steigenden Flaschenwasserverkauf von internationalen Lebensmittelkonzernen in Staaten mit Problemen in der Wasserversorgung. Wie in dem Film »Bottled Life« über die Dominanz von Nestlé im globalen Handel mit abgepacktem Trinkwasser[3] eindrucksvoll dokumentiert, werden damit oft der armen Bevölkerung das Grundwasser und die Wasserquellen abgegraben, um zahlungskräftigen Bevölkerungsschichten dieses in Flaschen abgefüllte Wasser als Lifestyle-Produkt zu verkaufen.

Die vielen Initiativen und Vereinigungen, die sich gegen Liberalisierung und Privatisierung von Wasser aussprechen, kämpfen für Wasser als Gemeingut und gegen die Kommerzialisierung dieses Gutes, das wir alle zum Leben brauchen.

Christa Hecht

Die Autorin ist Geschäftsführerin der Allianz der öffentlichen Wasserwirtschaft (AöW) e.V.

1 Dobner, Wasserpolitik, S. 139; Munari/Oriani 2005; Ruester/Zschille 2010.

2 http://canadians.org/blog/water-privatization-rejected-kerala-india-0

3 http://www.bottledlifefilm.com/

Informationen über die vielen Bewegungen gibt es zum Beispiel beim Blue Planet Project
http://www.blueplanetproject.net/

und beim Reclaiming Public Water Network
http://www.tni.org/network/reclaiming-public-water-network.

NACHHALTIGE WASSERVERSORGUNG IN DEUTSCHLAND

Zugang zu Wasser muss ein Menschenrecht sein

Die Privatisierung der Wasserwirtschaft in Deutschland rückt vor dem Hintergrund der allgemeinen Diskussion über Wettbewerbs- und Effizienzsteigerungen sowie die Liberalisierung öffentlicher Dienstleistungen zunehmend auf die Agenda der politischen Entscheidungsträger. In Zeiten von Finanznot und Schuldenbremse erwägen immer mehr Städte und Gemeinden den Verkauf der kommunalen Wasserbetriebe, auch das lebensnotwendige Gut Trinkwasser wird der Deregulierung und der Gewinnmaximierung privater Konzerne ausgeliefert. Für private Investoren ist Wasser ein Wirtschaftsgut wie jedes andere, und ein besonders gewinnträchtiges dazu. Auf eine dreistellige Milliardenhöhe schätzen Analysten das Potential des lukrativen Wassermarktes in der EU, der von internationalen Großkonzernen umkämpft wird.

Deutschland verfügt im internationalen Vergleich über ausgezeichnete natürliche Wasserressourcen, ein weitgefächertes Netz von Flüssen durchzieht das Land, die Quellen sind das ganze Jahr ergiebig.

Die privaten Haushalte verbrauchen immer weniger Wasser, im Jahr 2010 waren es 126 Liter pro Einwohner und Tag, die Industrie dominiert mit 83 Prozent des gesamten Verbrauchs, der Anteil der privaten Haushalte liegt bei 14 Prozent, der der Landwirtschaft bei 3 Prozent.

Entwicklung der Wasserwirtschaft in Deutschland

Die nationale Wasserwirtschaft verfügt über Anlagen für Trinkwasser und Abwasser, die sich lange in kommunaler Hand befanden. In der ersten Privatisierungswelle, die Deutschland Anfang der 1990er Jahre erfasste, kauften Investoren wie RWE, Vattenfall, EnBW, E.on und Veolia öffentliche Unternehmen auf. Um die Jahrtausendwende sind an die Stelle der klassischen Vollprivatisierungen die Öffentlich-Privaten Partnerschaften (ÖPP) (»Public Private Partnership« (PPP)) getreten, eine neue Version der öffentlichen Enteignung. Sie wird von der deutschen Regierung, der Europäischen Union, vom Internationalen Währungsfonds, von Investoren und Banken propagiert. Dem sind, gerade in Deutschland, viele Städte aufgrund finanzieller Engpässe gefolgt.

Mittels politisch erzeugter Finanznot und »Schuldenbremse« wurden die Kommunen zum Anteils-Verkauf öffentlicher Unternehmen beziehungsweise zu Verträgen nach dem ÖPP-Modell gedrängt.

Besonderheit der Wasserwirtschaft

Begründet wird die Privatisierung der kommunalen Wasserwirtschaft mit einer besseren Effizienz sowie mit geringeren Wasser- und Abwassergebühren für die Wasserkunden. Privatisierungsbefürworter vertreten die These, dass Wasser ein Konsumgut wie jedes andere sei und darum dem Wettbewerb unterworfen werden müsse. Doch in der Wasserwirtschaft kann es – anders als in den Sektoren Strom und Telekommunikation – keinen Wettbewerb geben, da es sich um ein natürliches Monopol handelt. Wird mit einer Liberalisierung die Konzession an einen privaten Wasserkonzern vergeben, ist die Kommune, die die Konzession verkauft hat, für eine Vertragslaufzeit von zumeist 30 Jahren an den Vertragspartner gebunden. Private Investoren unterliegen dem Prinzip der Gewinnmaximierung und haben deshalb naturgemäß kein Interesse an kostenaufwändigen Betrieben im ländlichen Raum und kein Interesse am aufwändigen Erhalt der Rohrleitungs- und Kanalsysteme.

Lohnabbau und Verlust von Fachwissen

Global agierende Infrastrukturkonzerne, die von international operierenden Investmentfonds kontrolliert werden, unterwerfen die Wasserbetriebe dem rigiden Diktat der Gewinnmaximierung, zu Lasten der Beschäftigten sowie zu Lasten der Ökologie und der

© Berliner Wassertisch

Protest gegen Veolia in Berlin

Qualität der Trinkwassergewinnung. Die globalisierte Privatisierung der kommunalen Wasserwirtschaft hat einen massiven Abfluss von Ressourcen aus der Region zur Folge: Die Wasser- und Abwassergebühren kommen nicht mehr den Kommunen zugute, sondern fließen in die Zentralen der internationalen Wasserkonzerne, die dann ihre Maximen der kommunalen Wasserpolitik vorgeben. Die von den privaten Investoren angestrebten »Effizienzsteigerungsgewinne« münden in Entlassungen, in Lohndumping und Outsourcing. Der zumeist »sozialverträgliche« Abbau älterer MitarbeiterInnen mit einem großen Fachwissen und die mangelnde, weil teure Ausbildung von Nachwuchskräften schwächt die Qualität des Infrastrukturerhalts und somit die Zukunftsfähigkeit der Betriebe. Zu gleicher Zeit minimieren die zahlreichen von den Konzernen finanzierten Stiftungslehrstühle, wie beispielsweise die Stiftungsprofessur Wasserwirtschaft von Veolia an der TU Berlin, die Kritik an den Bewirtschaftungsmodellen der Sponsoren.

Kein Umweltschutz und Demokratieverlust

Auch Ökologie und Naturschutz werden durch den Betrieb von Wasserwerken und die Ausweisung von Natur- und Wasserschutzgebieten sowie durch den geförderten Öko-Landbau in Wassereinzugsgebieten gefördert. Doch die Renditeerwartungen der Aktionäre gehen nicht einher mit ökologischen Zukunftsinvestitionen. Auch Aufklärungsleistungen zum bewussten Umgang mit dem Gemeingut Wasser fallen diesen Erwartungen zum Opfer. Da in den Ländern zudem die staatliche Wasserwirtschafts- und Gesundheitsverwaltung ständig ausgedünnt wird, fehlt zunehmend das Korrektiv, um eine deregulierten Wasserwirtschaft staatlicherseits ausreichend zu kontrollieren.

Bei einer Privatisierung der kommunalen Wasserwirtschaft, insbesondere bei Verträgen nach dem Geschäftsmodell ÖPP, droht ein Verlust der demokratischen Kontrolle der kommunalen Verwaltung über die Unternehmen der Daseinsvorsorge. Auch Modelle der Transparenz und der Bürgerbeteiligung an der kommunalen Wasserwirtschaft dürften in den schwer durchschaubaren, komplexen Holdingstrukturen (teil-)privatisierter Betriebe der Wasserversorgung schwer zu etablieren sein. Die Möglichkeit einer kommunalen Kontrolle nach erfolgter Privatisierung hat sich noch immer als Irrglaube enthüllt.

Versprechen und Realität der Wasserprivatisierung

Die Versprechungen, die mit den Wasserprivatisierungen einhergehen, sind exorbitant: Besserer Service, sinkende Preise und Investitionen ins Wassernetz werden in Aussicht gestellt. Doch die Realität spricht eine andere Sprache. Es wird schnell offenbar: Das Gemeinwohl ist keine Kategorie gewinnmaximierender Konzerne, ihre Orientierung am Shareholder-Value, sprich am Aktionärswert, steht jeder nachhaltigen Infrastrukturpflege entgegen. Die Erfahrungen mit der Berliner Teilprivatisierung zeigen modellhaft, dass die so genannte ÖPP nur der garantierten Rendite der Privaten Unternehmen diente, die öffentliche Hand aber das Nachsehen hat. Die Berliner Wasserbetriebe waren im Jahr 1999 zum Zweck der öffentlichen Schuldentilgung und einer angeblich besseren Bewirtschaftung zu 49,9 Prozent für 1,68 Milliarden Euro an die Konzerne RWE und Veolia veräußert worden. Nach 13 Jahren ÖPP mit Geheimverträgen und Gewinngarantie waren die Wasserpreise über 35 Prozent gestiegen, drei Wasserwerke wurden geschlossen und der Personalbestand um 2000 Arbeitsplätze massiv abgebaut. Aufgaben der Nachhaltigkeit wie Netzrehabilitation, Energieeffizienz und Reinigungsqualität wurden nur unzureichend angegangen. Die Investitionen blieben hinter dem zurück, was von den Wasserkunden jährlich dafür bezahlt wurde, worunter die Substanz des Rohrleitungsnetzes zu leiden hatte. Die Gewinne waren zu Gunsten der privaten »Partner« ungleich verteilt, das Land Berlin haftete für deren Gewinne und hatte sich obendrein seiner Entscheidungsbefugnisse beraubt, denn die betriebliche Führung lag bei den privaten Minderheitseignern. Auch die Wasserprivatisierungen in London und Bordeaux sind warnende Beispiele: Verrottete Rohre, Verunreinigungen durch Lecks sowie die Dauerzugabe von Chlor mindern die Wasserqualität bis hin zur Ungenießbarkeit.

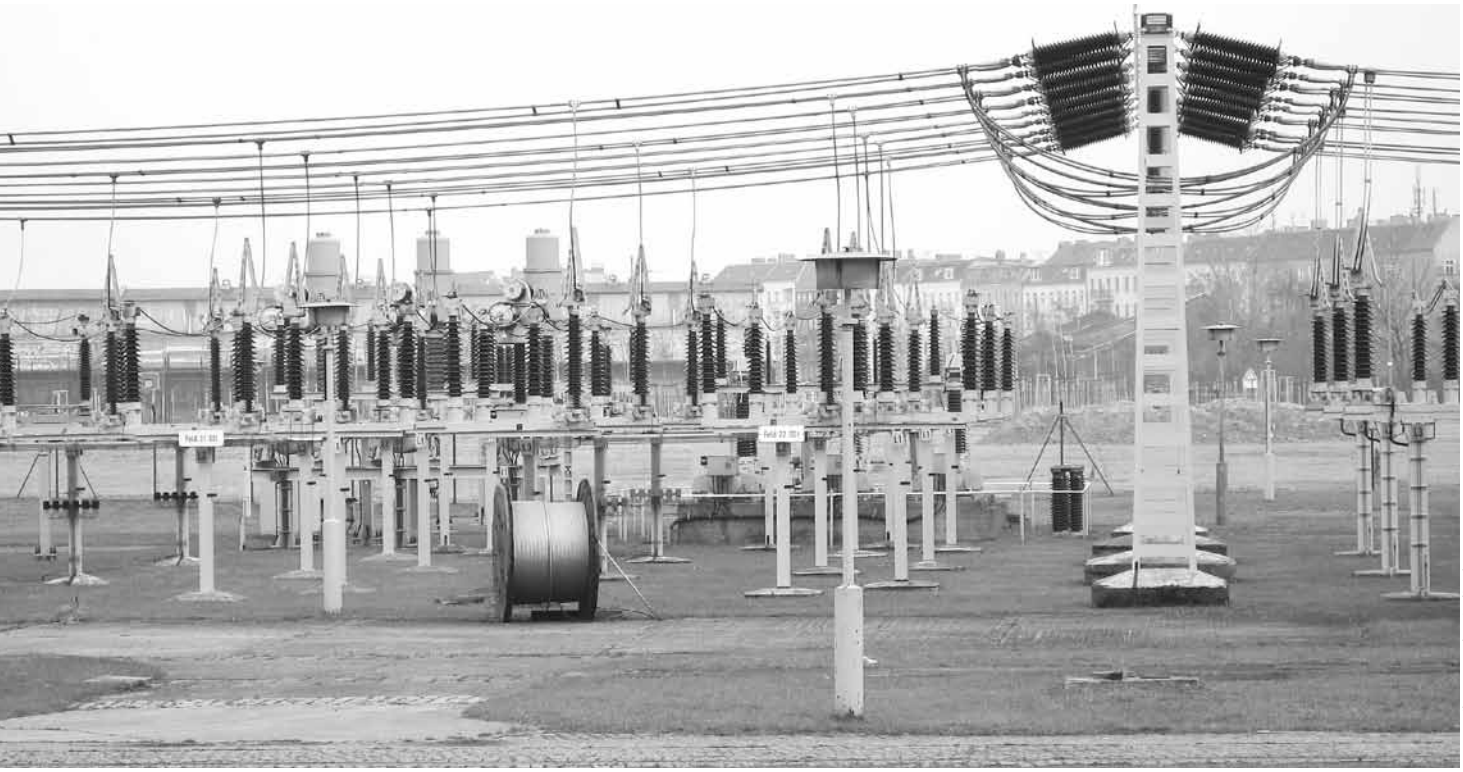
Perspektiven einer erneuerten kommunalen Wasserwirtschaft

Die alleinige Kontrolle kommunaler Wasserbetriebe durch das Parlament reicht in Zeiten, da die repräsentative Demokratie nicht mehr imstande ist, der Erosion eines von Ökonomie und Lobbyismus unterminierten Gemeinwesens entgegenzutreten, nicht mehr aus. Ein breites gesellschaftliches Bündnis aus Umweltverbänden, Mietervereinen, Verbraucherschützern und Gewerkschaftern hat sich angesichts einer zunehmenden Kommerzialisierung der kommunalen Wasserwirtschaft dazu geäußert, wie überkommene Strukturen in der Wasserwirtschaft und der Daseinsvorsorge erneuert werden können. Durch verstärkte Kooperation und Zusammenarbeit benachbarter, kommunaler Wasserversorgungsbetriebe könnten dezentrale Anlagen im organisatorischen Verbund geführt werden. Verfahren zur besseren Mitarbeiterführung und betrieblicher Förderung könnten eine bessere Orientierung an den Bedürfnissen der Wasserkunden ermöglichen. Gremien der Bürgerbeteiligung wie ökologische Beiräte oder Wasserräte könnten Betrieben der kommunalen Daseinsvorsorge zur Seite gestellt werden. So hat der Berliner Wassertisch nach der von ihm erzwungenen Rekommunalisierung der Berliner Wasserbetriebe einen Wasserrat als Gremium der Bürgerbeteiligung gegründet.

Zu einer nachhaltigen Wasserversorgung als Leitbild einer am Gemeinwohl orientierten, öffentlichen Versorgung lässt sich keine vernünftige Alternative vorstellen, die Betriebe der Daseinsvorsorge sind die Krongüter der Demokratie, deren Verlust einer Identitätskrise der Gemeinschaft Vorschub leistet und die Gesellschaft auf lange Sicht teuer zu stehen kommt. Die Erfahrungen mit der Privatisierung der Wasserversorgung lehren uns: Der Zugang zu Wasser muss ein Menschenrecht sein, das lebenswichtige Gut Wasser darf kein Konsumgut wie jedes andere werden. Sollte Wasser vom öffentlichen Gut zur Handelsware und zum milliardenschweren Spekulationsobjekt werden, hätte das fatale Folgen für die Allgemeinheit. Das gilt es mit aller Macht zu verhindern.

Ulrike von Wiesenau

Die Autorin ist Pressesprecherin des Berliner Wassertisches und publiziert für Gemeingut in BürgerInnenhand (GiB). Sie ist Mitbegründerin des direktdemokratischen Untersuchungsausschusses »Klaerwerk« und des Berliner Wasserrates.



© Henrik G. Vogel / pixelio.de

Energie in Berlin – Wer bestimmt?

REKOMMUNALISIERUNG VON ENERGIE

Berliner Energieversorgungsunternehmen und die Frage des Eigentums

Am 3. November 2013 fand der vom Berliner Energietisch initiierte Volksentscheid über Berlins zukünftige Energieversorgung statt. Das Ziel der Rekommunalisierung der Berliner Energieversorgung wurde von 83 Prozent der TeilnehmerInnen des Volksentscheids geteilt. Jedoch verfehlte dieser um 0,9 Prozent das zur Annahme des Gesetzesentwurfes nötige 25 Prozent Zustimmungsquorum von Seiten der Berliner Wahlberechtigten. Nichtsdestotrotz spricht die eindeutige Mehrheit der Ja-Stimmen der TeilnehmerInnnen eine deutliche Sprache. Woher stammt also die eindeutige Ablehnung der derzeitigen Energieversorgung? Und worin liegt das große Plus der Rückübertragung in öffentliche Hand?

Der Zugang zu Energie ist in einer modernen Industriegesellschaft die Grundvoraussetzung, um am gesellschaftlichen Leben teilzunehmen. Wir alle brauchen Energie: Um Wäsche zu waschen, den Fernseher anzuschalten, Musik zu hören oder um zu kochen. Deshalb ist jeder und jede BürgerIn auf eine sichere und sozial gerechte Energieversorgung angewiesen. Sie ist somit ist ein wichtiger Teil der Daseinsvorsorge. Deshalb darf Energiepolitik nicht den Interessen profitorientierter Konzerne unterliegen. In einem langen und demokratischen Diskussionsprozess wurde deshalb in Berlin ein Gesetzentwurf für einen Volksentscheid erarbeitet, der aus den Erfahrungen der Vergangenheit mit öffentlichen Unternehmen Schlüsse zog, aber gleichzeitig die Vorteile eines demokratisch strukturierten, kommunalen Eigenbetriebs in den Mittelpunkt der Berliner Energieversorgung stellt. Mit dem Berliner Energietisch gründete sich ein Zusammenschluss von mehr als 50 Organisationen und Initiativen aus der Umweltbewegung, der Anti-Atom-Bewegung, der Demokratieinitiativen, linken Gruppierungen und Stadtteilinitiativen dessen Ziel ein landeseigener Netzbetreiber und ein kommunales Stadtwerk mit einer möglichst breiten demokratischen Struktur ist.

Gewinn für die Gesellschaft und die Umwelt statt für Vattenfall

Jedes Jahr wird allein in Berlin über 30 000 Menschen der Strom abgeklemmt, bundesweit sind mehr als 600 000 Haushalte betroffen. Die NaturFreunde und andere zivilgesellschaftliche Organisationen halten dies für nicht akzeptabel und setzen sich deshalb dafür ein, dass Menschen

ein Recht auf Energie bekommen. Da Menschen ohne Strom gesellschaftlich isoliert sind, wollen wir ein Stadtwerk durchsetzen, dass gemeinsam mit den Betroffenen nach sozial verträglichen Lösungen sucht. Mit der Gründung eines solchen Stadtwerkes und der Übernahme der Stromnetze kann Berlin finanziell profitieren. Bisher fließen die hohen Gewinne aus dem Netzbetrieb und dem Stromverkauf in die Konzernkassen von Vattenfall. Mit der Rekommunalisierung der Energienetze und der Gründung eines öffentlichen Stromanbieters soll dies geändert werden. Die Gewinne sollen in Zukunft in Berlin für soziale und ökologische Aufgaben eingesetzt werden.

Öffentliches Eigentum als Motor einer dezentralen und demokratischen Energiewende

Energieversorgung und Energieverteilung als Leistungen der Daseinsvorsorge sind jedoch nur bedingt über privatwirtschaftliche Gewinnstrategien sinnvoll zu organisieren, da hierdurch Entscheidungen aufgrund von Gewinnzielen und nicht gesellschaftlich notwendiger Voraussetzungen fallen. Da aber gerade die strategischen Entscheidungen von Energieversorgungsunternehmen und der Ausbau intelligenter Netze maßgeblich mit darüber entscheiden, ob eine dezentrale, ökologische und demokratische Energiewende gelingen kann, ist öffentliches Eigentum für Energieversorgungsunternehmen wichtig.

Darüber hinaus wird mit der Schaffung eines kommunalen Netzbetreibers und eines kommunalen Stadtwerkes die demokratische Mitbestimmung aller Berlinerinnen und Berliner möglich. Aufgrund der langen Laufzeiten der sogenannten »Konzessionsverträge« von 20 Jahren kann die Energiewende direkt gefördert werden. Gerade die lokalen Stromverteilernetze sind für die Schaffung einer dezentralen Energieerzeugung aus nahezu 100 Prozent erneuerbaren Energien wichtig. Über intelligente Netze und den Aufbau von Speicherungskapazitäten kann der schnelle Ausbau von Solarenergie in Berlin direkt gefördert werden.

Demokratische, soziale und ökologische Energieversorgung

In Berlin wurde mit dem Volksbegehren »Neue Energie für Berlin – demokratisch, ökologisch, sozial« eine breite Diskussion über die Zukunft der Energieversorgung angestoßen. Mehr als 700 000 Berlinerinnen und Berliner stimmten für die Ziele der Initiatoren des Volksbegehrens. Eines der zentralen Ziele des Volksbegehrens ist die Demokratisierung der Energieerzeugungs- und Versorgungsstruktur. Demokratisierung wird in dreifacher Hinsicht angestrebt: Erstens wird durch die Rückübertragung der privatisierten Energieversorgung den Wählerinnen und Wählern wieder die Möglichkeit gegeben werden, durch Wahlentscheidungen die Grundausrichtung der Berliner Energieerzeugungs- und Verteilungsstruktur mitzubestimmen. Zweitens wird eine direkte Mitbestimmungs- und Kontrollstruktur im öffentlichen Unternehmen geschaffen. Und drittens wird die Einbeziehung möglichst breiter Teile der BerlinerInnen im Gesetzentwurf sichergestellt. Durch Einwohnerversammlungen, die Direktwahl von fast der Hälfte der Aufsichtsräte sowie der gesetzlichen Regelung, dass Entscheidungen der Einwohnerversammlungen im Aufsichtsrat beraten werden müssen, wird eine größtmögliche Offenheit, Transparenz und Mitentscheidung der Unternehmenspolitik erreicht.

Keine reine Verstaatlichung

Für viele Aktive des Berliner Energietisches haben die doppelt negativen Erfahrungen aus der zentralistischen Planwirtschaft auf der einen Seite und die völlig undemokratische Entscheidungs- und Unternehmenspolitik der öffentlichen Unternehmen in Berlin auf der anderen Seite eine wichtige Rolle bei der Entwicklung dieser Kontroll- und Überwachungsmöglichkeiten gespielt. Gerade kommunale Versorgungsunternehmen hatten in der Vergangenheit nicht immer eine sehr positive Rolle sowohl im ökologischen Bereich als auch in der Versorgung der Menschen. Durch Absprachen der kommunalen Vertretungen mit der jeweiligen Leitung der Kommunen, in enger Zusammenarbeit mit den örtlich wichtigen Privatunternehmen sind häufig »Kungelrunden« entstanden, die über die Ziele der betroffenen Unternehmen entscheiden. Die Betroffenen bleiben dabei außen vor.

In den Diskussionen des Berliner Energietisches spielt vor allem auch die Ablehnung einer reinen Verstaatlichung ohne gesellschaftliche Demokratisierung eine entscheidende Rolle. Mit der Forderung nach Rekommunalisierung oder Vergesellschaftung, mit radikaldemokratischen Ansätzen sollen die negativen Erfahrungen mit profitorientierten Privatunternehmen, aber auch die negativen Erfahrungen mit hochzentralistischen, undemokratischen Staatsunternehmen, verhindert werden und die Veränderung der Eigentumsstruktur mit einer radikalen Demokratisierung der Strukturen verbunden werden.

Uwe Hiksch

Der Autor ist Mitglied im Berliner Energietisch und im Bundesvorstand NaturFreunde Deutschlands.

© Uwe Hiksch

Der Berliner Energietisch wirbt für den Volksentscheid am 3. November 2013

© Hauke Koop

Aktion am 19.09.2013 vor dem Rathaus mit UnterstützerInnen

UNSER HAMBURG – UNSER NETZ

Volksentscheid und gut?

Am 22. September 2013 haben sich die Hamburger WählerInnen per Volksabstimmung mehrheitlich für den vollständigen Rückkauf der Hamburger Strom- und Gasverteilnetze und der Fernwärmeversorgung entschieden. Nach den harten Bandagen und den vielen Millionen Euro, mit denen die Rückkaufsgegner – allen voran Vattenfall, die Hamburger SPD und ein großindustriell geprägtes Bündnis – den Wahlkampf bestritten haben, ist die Volksentscheidung mit 50,9 Prozent Zustimmung ziemlich knapp ausgefallen.

Schon zu Zeiten der Unterschriftensammlung für das Volksbegehren 2011 haben die allein regierende SPD-Fraktion und -Senat den Schulterschluss mit den damaligen Netzeigentümern Vattenfall und E.on gesucht und gefunden. Sie wollten der Initiative Unser Hamburg – Unser Netz, einem Bündnis aus über 50 Hamburger Organisationen aus den Bereichen Umwelt, Kirche, Verbraucher- und Mieterschutz, den Wind aus den Segeln nehmen, indem sie eine nur 25,1-prozentige Beteiligung Hamburgs an den Netzbetrieben vertraglich vereinbart und vollzogen haben.

Loyalitäten

Nach dem Volksentscheid hat sich der Hamburger Senat dann erstaunlich schnell im Januar 2014 mit Vattenfall über einen sofortigen Rückkauf der restlichen 74,9 Prozent des Hamburger Stromnetz-Betriebs geeinigt, für mindestens 495 Mio Euro, eine genaue Wertermittlung folgt. Damit hat das nun städtische Unternehmen eine gute Startposition, um das laufende Vergabeverfahren für die Stromnetzkonzession 2015 bis 2034 zu gewinnen.

Für die Fernwärme hat der Senat jedoch lediglich eine Option verhandelt, die Erzeugungsanlagen, Rohrleitungen und Kundenverträge 2019 zu übernehmen. Der Mindestkaufpreis scheint mit 950 Mio Euro sehr hoch, die Wertermittlung soll 2018 vorgenommen werden. Und darin liegt die Krux: Was macht der Senat der nächsten Legislaturperiode, wenn sich in fast fünf Jahren herausstellt, dass der tatsächliche Wert weit unter dem Mindestkaufpreis liegt? Dies ist absehbar, sollte sich der Wärmemarkt, wie es die Initiative wünscht, klima- und verbraucherfreundlich entwickeln.

Trotz der nachdrücklichen Willensbekundungen, den Volksentscheid konsequent umzusetzen, ist die Initiative angesichts der alten Loyalitäten zu den Energiekonzernen skeptisch, ob die Verträge halten, was Senat und Bürgermeister Olaf Scholz versprechen. Über die sofortige Übernahme der Gasverteilnetze verhandelt der Senat derzeit mit E.on.

Fuß in der Tür

Wir sind mit zwei VertreterInnen mit Rederecht im zuständigen Ausschuss des Landesparlaments, der Hamburger Bürgerschaft, vertreten, eine Neuerung im Umgang mit Volksinitiativen. Nur: Was können wir da erreichen? Die Verträge sind gemacht und unterschrieben, unveränderbar, sie müssen nicht einmal mehr von der Bürgerschaft bestätigt werden. Wir wurden vor Fakten schaffenden Schritten weder konkret informiert oder um Einverständnis gefragt, noch haben wir den Eindruck, dass unsere Warnungen, zum Beispiel vor zu ho-

hen Kaufpreisen, Beachtung fanden. Die kritischen Punkte der ohnehin nicht veröffentlichten Verträge könnten wir zeitaufwändig analysieren und öffentlich ankreiden, am vorläufigen Ergebnis würde es nichts ändern.

Gucken wir doch lieber nach vorn: Was können wir mit dem erfolgreichen Volksentscheid im Rücken erreichen? Im Februar 2015 ist Bürgerschaftswahl. Im Ergebnis kann sich auch die Zufriedenheit der HamburgerInnen mit der Umsetzung des Volksentscheids niederschlagen. Zumal es unter den SPD-WählerInnen eine besonders hohe Zustimmungsrate gab.

Was wollen wir mit den Netzen?

Wenn es etwas gibt, das man den vielen unbekannten JA-Stimmenden unterstellen kann, ist es ihr Wille, dass die Stadt wieder energiepolitische Gestaltungshoheit im Sinne von Verbrauchern und Klimaschutz erlangt. In Zeiten der Energiewende, in der sich die Verhältnisse stark verändern werden, ist es sehr naheliegend, einem kommunalen Unternehmen mit Gemeinwohlverpflichtung mehr zu vertrauen als einem privatwirtschaftlichen. Die Energienetze betreffen die Daseinsvorsorge in mehrfacher Hinsicht: Sie sollen die Versorgungssicherheit bei Strom und Wärme zu fairen Preisen langfristig gewährleisten. Sie sind aber auch wichtige Instrumente für eine kosteneffiziente und regional verankerte zügige Energiewende, von großer Bedeutung ist hier das Wärmenetz. Nicht zuletzt erlangt die Stadt mit den MitarbeiterInnen und den Energieflussdaten viel notwendiges lokales Wissen. In ganz Deutschland wird in vielen Kommunen und Städten über die Rekommunalisierung der Netze debattiert.

Auch die Initiative UNSER HAMBURG – UNSER NETZ hat nicht zum Selbstzweck über drei Jahre für einen Eigentümerwechsel der Energie-Infrastruktur gestritten. Über allem steht das Ziel einer sozial gerechten, klimaverträglichen und demokratisch kontrollierten Energieversorgung aus erneuerbaren Energien. Und da machen wir jetzt weiter.

Möglichkeiten nutzen

Die Stadt hat, wenn sie die Kaufoption wahrnimmt, erst in frühestens fünf Jahren vollen Durchgriff auf die Fernwärme, das klima- und verbraucherpolitische Herzstück der Energienetze, das immerhin fast 20 Prozent des Wärmemarktes abdeckt. Solange darf es keinen Stillstand geben.

Derweil stellen sich die MitstreiterInnen der Initiative neu auf. So hat zum Beispiel die Verbraucherzentrale die Fernwärmepreise und die Öffnung des Netzes für andere Wärmeanbieter fest im Blick. Ein nach dem Volksentscheid gegründetes BürgerInnenforum ist an der demokratischen Kontrolle dran. Die Umweltverbände drängen auf zukunftsfähige Klimaschutz- und Wärmekonzepte für Hamburg.

Konkret spitzen sich die Forderungen nach Bürgerbeteiligung und Klimaschutz bezüglich der Frage zu, wie in den nächsten Jahren ein altes Kohlekraftwerk zur Wärmeerzeugung ersetzt werden soll. Vattenfall behauptet, ein großes Gas- und Dampfkraftwerk (GuD) bauen zu wollen, der Senat zieht notgedrungen mit. Die Planungen sind jedoch von Beginn an, seit 2011, hoch umstritten: nicht wirtschaftlich, der Standort direkt neben einem Wohngebiet stößt auf starken Widerstand vor Ort, das Monopol verfestigt sich, langfristig bessere Alternativen für die Wärmeversorgung wurden bisher nicht geprüft. Die Stadt soll sich aus der Abhängigkeit von Vattenfall lösen. Das kann sie auf politischem Wege: mit einem Wärmekonzept und einem Wärmegesetz, an die sich das Wärmeunternehmen auch schon vor 2019 halten muss.

Erste Erfolge

Nach dem Volksentscheid kommt endlich Bewegung in die Sache. Vattenfall verschiebt die endgültige Entscheidung zum Bau des Kraftwerks immer weiter nach hinten. Die Umweltsenatorin kündigt die Prüfung mehrerer Alternativen zum Gaskraftwerk und ein Konzept für den gesamten Hamburger Wärmemarkt an.

Es ist ein Erfolg, wenn der SPD-Fraktionsvorsitzende öffentlich ankündigt, über eine Beteiligung der BürgerInnen an der demokratischen Kontrolle zu diskutieren.

Es ist ein Erfolg, wenn die Umweltbehörde ein Wärmekonzept erstellt und es nicht sofort von der Bürgerschaft beschließen lässt, sondern es als Grundlage für Diskussionen mit Verbänden, Wissenschaft und Öffentlichkeit in den Raum stellt. In beiden Punkten müssen den Ankündigungen ernst gemeinte Taten und eine Umsetzung der Diskussionsergebnisse folgen.

Eines ist klar: Nur das Eigentum in öffentlicher Hand reicht nicht, wenn an der Spitze von Politik und öffentlichen Unternehmen ambitionierte Leute fehlen. BürgerInnen und Verbände müssen weiter politisch für ihre Ziele kämpfen. Nur sind die Voraussetzungen jetzt viel günstiger.

Wiebke Hansen

Die Autorin ist Sprecherin der Volksinitiative UNSER HAMBURG – UNSER NETZ.

© Hauke Koop

Aufruf für die Kampagne

© Mobisol

Mobisol MitarbeiterInnen beim Installieren eines Systems in Arusha/Tansania

DEZENTRALE ENERGIEINFRASTRUKTUR

Mikrofinanzierte Solarenergie für Entwicklungsländer

Rund ein Drittel der Weltbevölkerung hat bis heute keinen Zugang zu zuverlässigen Stromquellen. Gleichzeitig steigt der weltweite Bedarf an Elektrizität auch in abgelegenen Regionen. Das Berliner Unternehmen Mobisol hat ein sogenanntes Solar Home System inklusive Finanzierung und Garantie entwickelt, dass Solarenergie auch für Haushalte mit Niedrigeinkommen in Ländern des subsaharischen Afrikas erschwinglich macht und dabei eine dezentrale Strominfrastruktur schafft, die den kostspieligen und langwierigen Netzausbau überflüssig macht.

Zugang zu Strom wurde immer wieder als das fehlende Millennium-Entwicklungsziel beschrieben, ohne das andere Ziele wie Gesundheitsvorsorge, Grundbildung und Reduktion von Armut und Hunger nicht erreicht werden können. Weltweit haben etwa 1,4 Milliarden Menschen keinen Zugang zur Stromversorgung. Ihr Tag beginnt faktisch mit der Morgendämmerung und endet mit Sonnenuntergang; und sie decken ihren Energiebedarf vorwiegend mit gesundheitsschädlichen, umweltverschmutzenden und teuren fossilen Energiequellen. Allein durch den Einsatz von Kerosinlampen werden weltweit jährlich etwa 70 Millionen Tonnen CO_2-Emissionen ausgestoßen. Das Einatmen des Rauches von Petroleumlampen führt zu gravierenden gesundheitlichen Problemen, offene Flammen im Haus stellen potenzielle Brandherde dar, und zum Aufladen elektronischer Geräte wie Mobiltelefone müssen weite Wege zu Diesel-Generatoren oder Batterien zurückgelegt werden.

Energiearmut als Hemmfaktor

Eine netzgebundene Energieinfrastruktur ist in vielen Entwicklungsländern, gerade im subsaharischen Afrika, nur rudimentär vorhanden. Wo dies der Fall ist, können die bestehenden Produktionskapazitäten die wachsende Energienachfrage nicht zuverlässig befriedigen. Nach Angaben der Weltbank haben weniger als 25 Prozent der Haushalte im subsaharischen Afrika Zugang zum Stromnetz – im ländlichen Raum sind es unter 10 Prozent. In Ostafrika lebt etwa 70 Prozent der Bevölkerung auf dem Lande.

Zu weit die Entfernungen, zu verstreut die Siedlungen und zu abgeschnitten von Lobbygruppen sind ihre Bewohner, als dass hier die zeitnahe Bereitstellung von staatlichen Stromnetzen realistisch wäre. Die Kosten des Netzausbaus, die technischen Herausforderungen bei Installation und Wartung des Netzes sowie die fehlenden Erzeugungskapazitäten machen eine erfolgreiche Elektrifizierung auf der Basis von Netzausbau (on-grid) immer unwahrscheinlicher. Mit starken Sonneneinstrahlungswerten sind die dezentral gelegenen, ländlichen Gebiete des subsaharischen Afrikas hingegen wie geschaffen für kleinere, dezentrale Solarsysteme. Allerdings haben sich in der Vergangenheit zwei Hauptprobleme bei der Bereitstellung ergeben: Einerseits die Finanzierung der Systeme, andererseits deren Wartung und Instandhaltung, und somit die Nachhaltigkeit der Technik.

Mikrofinanzierung über das Handy

Das Berliner Unternehmen Mobisol begegnet diesen Problemen mit einer innovativen Strategie. Es hat sogenannte Solar Home Systeme entwickelt, die aufgrund einer Mikrofinanzierung auch für Großteile der »base of the economic pyramid« (BoP) erschwinglich sind – jene etwa 4 Mrd. Menschen also, die von weniger als 2-3 USD am Tag leben. Die Preise von Solartechnik fielen in den letzten zehn Jahren um 90 Prozent. Dennoch können es sich ärmere Haushalte nicht leisten, Solaranlagen bar zu bezahlen.

Mobisols mikrofinanziertes Bezahlsystem hingegen ermöglicht Kunden

die Anschaffung einer hochwertigen Solaranlage. Die Kunden finanzieren die Anlagen über eine Laufzeit von 36 Monaten, wobei die monatlichen Raten per SMS übers Handy abbezahlt werden – Zugang zum Mobilfunknetz hat heute ein Großteil der afrikanischen Bevölkerung, auch auf dem Lande. So können selbst Kunden ohne eigenes Bankkonto das System erwerben und Familienmitglieder von anderen Orten aus zur Finanzierung beitragen. Die Raten orientieren sich an den vorherigen Ausgaben für fossile Brennstoffe. Nach Abzahlung gehört die Anlage dem Kunden. Mit dem kleinsten System für etwa sieben Euro im Monat können mehrere Räume beleuchtet, ein Radio betrieben und einige Handys aufgeladen werden. Mit den größeren Anlagen für bis zu 32 Euro pro Monat lassen sich auch Laptop, Fernseher und Kühlschrank oder kleine Geschäfte betreiben.

Nachhaltigkeit durch umfassenden Kundendienst

Mit langen Garantiezeiten, klaren Informationen und umfassendem Kundendienst hat es Mobisol geschafft, dass die Kunden seinen Angeboten vertrauen. Zudem ist die Nachhaltigkeit der Technik gewährleistet. Dazu verfolgt das Unternehmen einen zweigleisigen Ansatz: Einerseits baut es in den Projektländern unter Berücksichtigung der Gegebenheiten vor Ort ein Netzwerk gut ausgebildeter und zertifizierter Servicetechniker auf. Andererseits wurde eine innovative Softwareunterstützung für Wartungsprozesse und Kundendienst entwickelt.

Mobisol bietet seine Solarsysteme mit einer Garantie von drei Jahren für die Batterie und zwanzig Jahren für das Panel an. Hinzu kommt ein Service-Paket inklusive Wartung für drei Jahre. Herzstück der Systeme vor Ort ist ein Solarregler mit integriertem GSM-Modem, über das die technischen Daten des Panels, der Batterie und des Verbrauchs alle 15 Minuten in eine web-basierten Datenbank übermittelt, überprüft und gespeichert werden. So können Probleme frühzeitig erkannt und behoben werden. Anhand der Daten können lokale Techniker beispielsweise ermitteln, ob ein Panel verschmutzt oder die Batterie übernutzt ist. Der Befund wird dem Kunden telefonisch mitgeteilt, ohne dass sofort eine umständliche Anreise notwendig wäre. Über die Datenbank kann das System auch im Fall eines Diebstahls automatisch gesperrt werden, oder es können automatische SMS mit Wartungsinformationen versandt werden.

Sozioökonomische Chancen durch ländliche Elektrifizierung

Mobisol wurde 2010 gegründet und hat bisher über 3.000 Anlagen in Tansania, Kenia, Ghana und Ruanda installiert. Eine der Kundinnen von Mobisol ist Neema Ayubu. Sie lebt in Maji ya Chai, einer fruchtbaren Hügellandschaft außerhalb der Stadt Arusha in Tansania. Die Mutter von sechs Kindern lebt mit ihrer 11-jährigen Enkelin und ihrem jüngsten Sohn. Ihr ältester Sohn ist im Elektronikhandel in der Wirtschaftsmetropole Daressalam tätig und überweist monatlich die Raten für ihr 200Wp System über den Handy-Überweisungsdienst M-Pesa.

Mit dem Solarsystem kann die Familie das gesamte Haus beleuchten sowie eine Stereoanlage, ein Radio und einen Fernseher betreiben. Für Neema sind die hellen LED-Lichter das Wichtigste – die Kinder können nun abends unbehelligt von den giftigen Dämpfen der Petroleumlampen ihre Hausaufgaben machen, während Neema ihre Papierarbeit erledigt. Alle fühlen sich sicherer, seit ihr Haus nachts beleuchtet ist. Sie erwägt auch den Kauf eines Kühlschranks – eine Investition, die sie sich leisten kann, seit sie angefangen hat, für Mobisol als zertifizierte Marketing-Agentin zu arbeiten.

Bis heute hat Neema zwölf Mobisol Solar Home Systeme verkauft. Die meisten ihrer Kunden sind Bauern und Viehhirten und leben in verstreut liegenden Siedlungen – es sind Haushalte, die vermutlich nie an das nationale Stromnetz angeschlossen werden. Sie sind froh über Mobisols Ratenmodell, ohne dass sie sich die Anlage nicht leisten können. Über ein Drittel der Kunden nutzt das System für kleine Geschäftsmodelle, deren Einkünfte dann die monatlichen Raten abdecken. Mit von Mobisol zusätzlich vertriebenen Business-Paketen betreiben sie Handyaufladestationen oder einen Friseursalon – oder sie bieten gekühlte Getränke für die Nachbarschaft an.

Afrikas Energieversorgung kann größtenteils dezentral erfolgen

Die Elektrifizierung ländlicher Gebiete ist einer der Schlüsselfaktoren für sozioökonomische Entwicklung und kann in einem gewissen Umfang auch der Landflucht in überfüllte Städte Einhalt bieten. Alle Haushalte kann jedoch auch Mobisols Modell nicht erreichen. Die Ärmsten der Armen leben in einfachsten Hütten aus Lehm und Stroh, in Slums oder Flüchtlingslagern und können auch minimale monatliche Raten nicht entrichten. Hier müsste der Staat – oder eine regionale, nationale oder globale Solidargemeinschaft – einspringen und sicherstellen, dass auch sie Zugang zu essentiellen Grundrechten und Gütern bekommen.

Dabei kann der steigende Energiebedarf des globalen Südens größtenteils über dezentrale erneuerbare Energien befriedigt werden. Elektrifizierungsstrategien werden zunehmend unabhängig vom Ausbau des Stromnetzes, also off-grid geplant, zum Beispiel mit Solar Home Systemen. Elektrifizierungsziele können so unter Umständen sehr viel schneller erreicht werden, als durch die schwierige, kostspielige und langwierige Bereitstellung einer Netzinfrastruktur. Der Zugang zu Mobilfunk hat die Installation einer Festnetzinfrastruktur überflüssig gemacht. Mit dem Zugang zu mobilen Zahlungssystemen erübrigt sich die klassische Bankverbindung. Analog ersetzen dezentrale Solar Home Systeme netzgebundene Infrastrukturen. Darüber hinaus wirkt sich der dezentrale Zugang zu Strom wesentlich positiver auf lokale Wirtschaftskreisläufe und -netzwerke aus. Lokale Infrastrukturen werden somit gestärkt.

Der Beitrag von off-grid Lösungen zur Elektrifizierung zeigt, dass »Entwicklung« nicht eine Wiederholung der Wachstumsprozesse der Industrieländer darstellen muss. Innovative Technologien zur dezentralen Versorgung mit erneuerbarer Energie können anstelle von umweltverschmutzenden fossilen Brennstoffen oder risikoreicher Nuklearenergie eingesetzt werden. Die Fehler, die der globale Norden in punkto Energieversorgung im letzten Jahrhundert gemacht hat, müssen in den aufstrebenden Ökonomien der Nationen des Südens nicht wiederholt werden. Hier kann auch Europa von Afrika lernen.

Lisa Schwarz und Thomas Duveau

Lisa Schwarz verantwortet bei Mobisol die externe Kommunikation. Thomas Duveau leitet bei Mobisol den Bereich Business Development.

© Dirk Kruse / pixelio.de

Schienen in Deutschland

BAHNVERKEHR IN DEUTSCHLAND

Warum die Deutsche Bahn AG noch immer den Schienenverkehr dominiert

Das Hauptziel der Bahnreform von 1994 war es, mehr Verkehr auf die Schiene zu verlagern. Ein begrüßenswertes Ziel, denn nur mit der Verlagerung von möglichst vielen Transporten auf die Schiene lassen sich die Herausforderungen der Zukunft wie wachsender Verkehr, Klimawandel, Energiewende und demografischer Wandel bewältigen. Dazu beitragen sollten unter anderem eine neue Organisationsstruktur und die Öffnung des Eisenbahnmarktes für alle Unternehmen. Doch das Verlagerungsziel wurde bis heute nicht erreicht. Lediglich der Schienenpersonennahverkehr (SPNV) hat leicht an Marktanteilen hinzugewonnen. In Grenzen hält sich auch die Zahl der Eisenbahnverkehrsunternehmen, die heute auf dem deutschen Schienennetz fahren.

Die beiden Staatsbahnen »Reichsbahn« und »Deutsche Bundesbahn« wurden im Zuge der Bahnreform von 1994 in die privatwirtschaftlich organisierte Eisenbahngesellschaft des Bundes, die Deutsche Bahn AG (DB AG), überführt. Damit erfolgte die Trennung von staatlicher Gemeinwohlverantwortung und unternehmerischer Betätigung. Die öffentliche Hand hat seitdem die Gemeinwohlverantwortung für den Ausbau und den Erhalt des Schienennetzes sowie für die Fernverkehrsangebote auf diesem Schienennetz. Dem Unternehmen DB AG sollte diese Organisationsform ein flexibles und kundengerechtes Agieren am Markt ermöglichen. Weitere Bestandteile der Bahnreform waren die Übertragung der Verantwortung für den Schienenpersonennahverkehr auf die Bundesländer und die Öffnung des Eisenbahnmarktes für alle Unternehmen.

Trennung von Infrastruktur und Transport

Die Trennung von staatlicher Gemeinwohlverantwortung und unternehmerischer Betätigung wurde jedoch nicht konsequent umgesetzt. Hauptfehler: Der Gesetzgeber hat die Bahninfrastruktur im Konzern DB AG belassen; die Bahninfrastruktur, für die der Staat die Gemeinwohlverantwortung hat, und die allen interessierten Eisenbahnverkehrsunternehmen zu gleichen Bedingungen zur Verfügung stehen soll. Zwar wurde 1994 mit der Öffnung des Eisenbahnmarktes der Zugang zur Infrastruktur rechtlich geregelt, im Wesentlichen die Vergabe der Trassen, die Höhe der Trassen- und Stationspreise und die Bahnstromversorgung, doch die Dominanz der DB AG im deutschen Eisenbahnverkehrsmarkt zeigt, dass die Regulierung nicht wirksam ist. Private Eisenbahnverkehrsunternehmen beklagen die Ungleichbehandlung bei der Bahnstromversorgung, die weitgehend willkürliche Trassenpreissteigerungen und Ähnliches.

Es gibt Bestrebungen die Regulierung wirkungsvoller zu machen. Doch besser als eine Regulierung ist die Schaffung von Rahmenbedingungen, unter denen Wettbewerb funktioniert, denn Regulierung bedeutet zusätzlichen administrativen Aufwand. Das politische Ziel, mehr Verkehr auf die Schiene zu bringen, lässt sich unter den Bedingungen eines integrierten Eisenbahnkonzerns eher nicht erreichen. Im Gegenteil: DB Netz muss sich den kurzfristigen Gewinnzielen der DB Holding unterordnen und kann deswegen nicht für einen maxi-

malen Transport auf der Schiene eintreten. Im Sinne fairen Wettbewerbs ist daher eine Herauslösung des Infrastrukturbereiches aus dem DB-Konzern sinnvoll. Das wäre auch im Sinne der Bahnreform von 1994.

Dass ein integrierter Konzern Diskriminierungspotential bietet, zeigen auch die aktuellen Ermittlungen des Bundeskartellamtes gegen die Deutsche Bahn. Im Januar 2014 wurde bekannt, dass Wettbewerber des Konzerns über beschränkte Zugänge zum Vertriebssystem der DB AG klagen.

Das Bundeskartellamt geht nun der Frage nach, ob und zu welchen Bedingungen Wettbewerber der Deutschen Bahn AG ihre Fahrkarten in den Bahnhöfen verkaufen dürfen.

Schieneninfrastruktur muss ausgebaut werden

Das Gleisnetz in Deutschland ist mit knapp 34 000 Kilometer Länge zwar das größte in Europa, die Infrastruktur wurde aber seit der Bahnreform kontinuierlich zurückgebaut: rund ein Drittel der Bahnhöfe wurden geschlossen, Gleisanschlüsse zu 70 Prozent gekappt, die Anzahl der Weichen um 50 Prozent reduziert und die Gleislänge um 17 Prozent auf 34 000 Kilometer zurechtgestutzt.[1] Das rächt sich jetzt. Die Belastbarkeit der Schieneninfrastruktur stößt an ihre Grenzen. Viele Hauptverkehrskorridore und Bahnknoten sind so überlastet, dass eine weitere Verlagerung von Verkehr auf die Schiene nicht möglich ist – die Kapazitäten der Schieneninfrastruktur reichen nicht aus. Es besteht dringender Handlungsbedarf. Auch vor dem Hintergrund, dass Bundesregierung und DB AG von einem Wachstum des Schienenverkehrs ausgehen, insbesondere des Güterverkehrs.

Das Schienennetz muss so entwickelt werden, dass in Deutschland und Europa ein attraktiver Schienenverkehrsmarkt entstehen kann, der auch in Konkurrenz mit den anderen Verkehrsträgern erfolgreich ist. Bisher geschah der Ausbau der Bahninfrastruktur in Deutschland eher nach Art eines Flickenteppichs als nach einem integrierten Gesamtansatz. So wurden beispielsweise einzelne Hochgeschwindigkeitsstrecken gebaut, ohne dass vorher ihre Auswirkungen auf das Schienennetz und die Angebote in Nah- und Fernverkehr insgesamt überprüft wurden.

Die Lösung für dieses Problem ist der Deutschland-Takt. Der Integrale Taktfahrplan sorgt dafür, dass erst ein Fahrplan erstellt und auf dieser Grundlage die Infrastruktur ausgebaut wird, nicht umgekehrt. Dabei werden von Beginn an die erforderlichen Kapazitäten des Schienengüterverkehrs mit berücksichtigt. Mit der Ausrichtung des Netzausbaus auf das Verkehrsangebot im Personen- und Güterverkehr können die Investitionsmittel effizienter und ökonomischer eingesetzt werden.

Fernverkehr auf der Schiene muss neu organisiert werden

Die Gemeinwohlverantwortung des Staates bezieht sich nicht nur auf den Zustand der Schieneninfrastruktur, sondern auch auf »die Verkehrsangebote auf diesem Schienennetz, soweit diese nicht den Schienenpersonennahverkehr betreffen«.[2] Das bedeutet, der Bund ist für die Qualität des Fernverkehrs auf der Schiene mit verantwortlich. Dieser Verantwortung ist er in den vergangenen Jahren jedoch nicht nachgekommen.

Trotz der Öffnung des Eisenbahnmarktes findet ein Wettbewerb im Fernverkehr so gut wie nicht statt. Bis heute ist die DB AG mit wenigen Ausnahmen alleinige Anbieterin im Schienenpersonenfernverkehr. Der Grund dafür ist das große unternehmerische Risiko, welches private Unternehmen eingehen, wenn sie in den Fernverkehrsmarkt einsteigen. Die Investitionen sind sehr hoch, die Sicherheiten gering. Fernverkehrszüge sind teuer und ihre Herstellung dauert mehrere Jahre. Zudem erteilt DB Netz, das zuständige Eisenbahninfrastrukturunternehmen, die Genehmigung für das Befahren einer Strecke nur für die Dauer von fünf Jahren. Das ist ein zu kurzer Zeitraum für die getätigten hohen Ausgaben.

Und so entscheidet im Prinzip allein die DB AG, welche Strecken nach welchem Fahrplan bedient werden. Kriterium dafür ist die Wirtschaftlichkeit der Verbindung. Mit der Folge, dass immer mehr Städte vom Fernverkehr abgehängt werden, unter anderem Potsdam, Cottbus und Mönchengladbach. Eine weitere Tendenz ist, Strecken im IC-Verkehr zu streichen und durch ICE-Züge zu ersetzen. Das hat Nachteile für die Fahrgäste, denn der ICE ist teurer und transportiert keine Fahrräder.

Eine Neuorganisation des Fernverkehrs auf der Schiene ist notwendig. Der Bund muss für diese Verkehrssparte seine öffentliche Verantwortung im Sinne des Art. 87 des Grundgesetzes wahrnehmen und zumindest die Anforderungen für das Verkehrsangebot formulieren und durchsetzen. Der Staat könnte aber auch für die Verkehrsleistungen des Fernverkehrs Konzessionen vergeben oder sie, wie im SPNV, ausschreiben. Dabei wären immer ganze Linien und nicht einzelne hochprofitable Abschnitte zu berücksichtigen. So können lukrative und weniger lukrative Verbindungen in einem Maßnahmenpaket gebündelt werden.

Aufgaben des Bundes

Der Bund muss seiner Gemeinwohlverantwortung für die Schieneninfrastruktur und den Fernverkehr auf der Schiene gerecht werden. Er muss:

- Ein verbindliches, zukunftsfähiges Konzept für den Schienenverkehr entwickeln, inklusive Mindeststandards und wirksamer Kontrollmechanismen. Dieses Konzept muss die absehbare Verteuerung und Verknappung der Treibstoffe für den Straßenverkehr, die Klimaschädlichkeit des motorisierten Verkehrs und die gesamteuropäischen Entwicklungen im Schienenverkehr berücksichtigen.
- Die Schieneninfrastruktur erhalten und ausbauen. Grundlage für Aus- und Neubaumaßnahmen müssen fahrplanbasiert sein und die Belange des Güterverkehrs mit berücksichtigen.
- Mindestanforderungen für das Fernverkehrsangebot formulieren und durchsetzen.
- Den gleichberechtigten Zugang zur Infrastruktur für alle Unternehmen gewährleisten.
- Dafür sorgen, dass die Gewinne aus der Infrastrukturnutzung in ihre Instandhaltung investiert werden.

Heidi Tischmann

Die Autorin ist Referentin für Verkehrspolitik beim ökologischen Verkehrsclub Deutschland VCD.

1 DB AG »Daten und Fakten« verschiedene Jahrgänge

2 Artikel 87e Absatz 4 des Grundgesetzes

Mehr zum Thema finden Sie auf der Webseite des VCD unter *http://www.vcd.org/bahnreform.html*

ALTERNATIVEN ZUR AGRARINDUSTRIE

Forum Umwelt und Entwicklung auf dem GFFA

Im Januar 2014 nutzte das Forum Umwelt und Entwicklung einen Workshop auf dem Global Forum for Food and Agriculture (GFFA), um alternative Inhalte in das von der Agrarindustrie dominierte GFFA einzubringen. Anlässlich des »International Year of Family Farming« diskutierten am 17. Januar auf dem GFFA Million Belay von der AFSA, Francis Ngang (INADES), Urs Niggli (FiBL) und Carsta Neuenroth (Brot für die Welt) unter dem Titel »Family Farming, fertile soils and resilient seeds for feeding the future«. Moderiert wurde der Workshop von Christine Campeau (Ecumenical Advocacy Alliance EAA). Wie im letzten Jahr war das Interesse an Alternativen zu den Standpunkten der Agrarindustrie groß und die Veranstaltung hatte über hundert Teilnehmer.

Eröffnet wurde die Debatte von Francis Ngang, er betonte die kulturelle und gesellschaftliche Bedeutung der bäuerlichen Familienbetriebe in Afrika. Leider werde diese Bedeutung zunehmend unterminiert. Für Francis Ngang gab und gibt es zwei große Bedrohungen für die Familienlandwirtschaft, dies seien die mangelnde Unterstützung durch die afrikanischen Regierungen und die globale Politikausrichtung, die sich stark an den Interessen des Agribusiness orientiere. Am bedrohlichsten seien aus seiner Sicht die Versuche die afrikanische Landwirtschaft mit Initiativen, wie der Alliance for a Green Revolution in Africa (AGRA) oder der G8 New Alliance for Food Security and Nutrition (G8NA) zu »modernisieren«.

Wichtiger als das Agribusiness zu stärken, war für Francis Ngang der Jugend eine Zukunft auf den bäuerlichen Familienbetrieben zu ermöglichen. Hierfür sei es notwendig die Tätigkeit in der Landwirtschaft im Ansehen aufzuwerten und günstige Kredite für junge Menschen zur Verfügung zu stellen.

Böden

Laut Urs Niggli habe nach der Veröffentlichung des Weltagrarberichts ein begrenzter Paradigmenwechsel stattgefunden. So werde die Notwendigkeit von Nachhaltigkeit stärker betont und die Bedeutung von Biodiversität sowie von traditionellem Wissen hervorgehoben. Zusätzlich habe die Bedeutung von Bodenfruchtbarkeit, und dass diese vor allem durch agrarökologische Anbaumethoden verbessert werden könne, Eingang in Politik und Wissenschaft gehalten. Doch mangle es eklatant an der konkreten Umsetzung. Erschreckend sei für Urs Niggli, wie weit viele Universitäten trotzdem von den Bedürfnissen der Produzenten entfernt seien. Dies gelte gerade für die großen multinational finanzierten afrikanischen Forschungszentren.

Saatgut

Der Fokus von Million Belay lag auf der Saatgut Thematik. Für ihn ist der Schlüssel zur Hungerbekämpfung und zu Wohlstand die Diversität der bäuerlichen Betriebe und ihres Saatgutes. So gäbe es in Äthiopien 18 verschiedene Varietäten von Tef und jede habe eine andere wichtige Aufgabe. Weiter wurde von ihm die kulturelle Bedeutung von traditionellem Saatgut hervorgehoben. Traditionelles Saatgut sei immer noch zu 80 Prozent die Basis der landwirtschaftlichen Produktion in Afrika.

Dieses Saatgut werde durch Gesetzesinitiativen, wie das von der EU unterstützte COMESA Seed Law und der G8NA zunehmend kriminalisiert und marginalisiert. Anstatt vorhandenes und angepasstes Saatgut zu verbreiten und die bäuerliche Züchtung zu unterstützen, werde in Afrika ein Saatgutsystem durchgesetzt, das allein die Züchtungen der großen Konzerne anerkenne. Deren Saatgut sei aber speziell auf den Einsatz von Dünger und Pestiziden abgestimmt. Diese seien in Afrika häufig nicht zugänglich oder gerade für Familienlandwirte nicht erschwinglich.

Gender

Von Carsta Neuenroth wurden die Genderaspekte in die Debatte eingebracht. Sie stellte klar, dass die Familienlandwirtschaft nicht frei von Konflikten sei, insbesondere da Männer und Frauen unterschiedliche Interessen in der landwirtschaftlichen Produktion haben können. Ein neuralgischer Punkt sei schon der Zugang von Frauen zu Land.

Um Frauen zu stärken sei es wichtig, mehr landwirtschaftliche Beraterinnen einzusetzen, denn diese könnten besser auf die Bedürfnisse der Frauen eingehen. Weiter wurde die Rolle von Frauen als Züchterinnen thematisiert. Frauen hätten oft vielseitigere Zuchtziele als Männer, die häufig nur auf den Ertrag schauten. Frauen hingegen beachteten Punkte wie Kocheigenschaften, Ernährungswert und Futter- oder Verarbeitungseigenschaften der Pflanzen bei der Zucht. Große Bedeutung habe es, weiter sehr vorsichtig mit den Ansätzen zur Wertschöpfungskette umzugehen, die immer stärker Frauen einbezögen. Letztlich könnten hier neue Ketten entstehen, die Frauen an nichtnachhaltige und ausbeuterische Systeme fesselten.

Grundsätzlich wurde in der Veranstaltung deutlich, wie weit der Diskurs von Zivilgesellschaft auf der einen Seite und Regierung und Industrie auf der anderen auseinander liegen.

Stig Tanzmann

Der Autor arbeitet als Landwirtschaftsexperte in der Politikabteilung von Brot für die Welt.

WACHSTUM NUR MIT MINIMALEN STANDARDS?

Stand der Verhandlungen des TTIP

Der Saal in der Vertretung der Europäischen Kommission ist bis auf den letzten Platz gefüllt, der Andrang ist enorm an diesem Montagmorgen im Februar. Der Grund? Garcia Bercero von der EU-Kommission und Verhandler der EU-USA-Handels und Investitionspartnerschaft TTIP ist auf Deutschlandtournee, um für das ehrgeizige Vorhaben eines standardsetzenden Freihandelsabkommens zu werben. Termine bei den Landesregierungen, im Bundestag und eben auch einer für die interessierte Öffentlichkeit im Europäischen Haus in Berlin. Und die Öffentlichkeit ist sehr interessiert, wie auch Garcia Bercero im Laufe des Vormittags zu spüren bekommt. Es hagelt kritische Fragen, niemand im Saal scheint das Abkommen zu begrüßen.

Bereits anfang des Jahres reagierte die EU-Kommission auf den immer stärker werdenden öffentlichen Druck und kündigte an Mitte März eine öffentliche Konsultation des Investitionsschutzkapitels mit den hoch umstrittenen Investor-Staat-Klagerechten durchzuführen. Offensichtlich haben die europäischen Verhandlungsführer endlich gemerkt, dass es eine Menge Menschen in Europa gibt, die ein solches Abkommen nicht wollen. Ein Verhandlungstext der EU werde online gestellt und soll von allen europäischen BürgerInnen kommentiert werden können. Drei Monate sind deshalb die Verhandlungen um das Investitionsschutzkapitel unterbrochen, das restliche Abkommen wird aber weiter verhandelt. Böse Zungen behaupten Handelskommissar Karel de Gucht hätte mit diesem Schritt verhindern wollen, dass der Investitionsschutz Thema im EU-Wahlkampf werde. Auffällig ist es schon, dass die Verhandlungspause direkt nach den Wahlen am 25. Mai endet. Aber auch wird die Konsultation eine bloße Beschäftigungsmaßnahme für Nichtregierungsorganisationen und die Öffentlichkeit bleiben. Es ist völlig unklar, wie sich die Ergebnisse der Konsultation auf den Verhandlungstext auswirken. Und auch ein »reformiertes« Investitionsschutzkapitel bedeutet immer noch, dass Staaten mit einem demokratischen Rechtssystem, wie die USA oder die Länder Europas, legitimierte nationale Rechtswege umgehen und vor einem internationalen Schiedsgericht klagen können. Zudem ist nicht nachvollziehbar, weshalb denn nun nicht auch bei dem Investitionsschutzkapitel des CETA eine Konsultation stattfindet. Immerhin ist das Abkommen beinahe fertig verhandelt und die kritischen Punkte, die nun beim TTIP reformiert werden sollen, sind im CETA bereits enthalten.

Konsultation nur ein Etappensieg

KritikerInnen des Abkommens feiern die Konsultation deshalb auch höchstens als Etappensieg. Zudem hat die Kommission bei der 4. Verhandlungsrunde Mitte März in Brüssel weiter über Investitionsschutz mit den USA verhandelt, sie haben nur keine Texte mehr dazu vorgelegt. Das ist also das Verständnis der Kommission von »Verhandlungspause«. Immerhin hat die Bundesregierung sich Mitte März öffentlich gegen Investor-Staat-Klagerechte im TTIP ausgesprochen, es bleibt aber abzuwarten, ob das Auswirkungen auf den weiteren Verhandlungsverlauf hat.

Denn auch andere Verhandlungsinhalte sind brandgefährlich. So wird derzeit über regulatorische Kooperation und über die Einrichtung eines sogenannten »Regulierungsrats« verhandelt. Es kann nämlich sein, dass in dem finalen TTIP-Abkommen nichts von Marktöffnung für Chlorhühnchen steht. Doch das TTIP ist als sogenanntes »living agreement« geplant. Das bedeutet, dass nachdem Parlamente das Abkommen ratifiziert haben, es weiter verändert und ausgebaut werden kann, ohne dass Parlamente groß gefragt werden. So werden demokratische Gesetzgebungsprinzipien umgangen und unsere Demokratie ausgehöhlt. Die EU und die USA wollen sich auf Verfahren einigen, die in der Zukunft dafür sorgen, dass Regulierungen auf beiden Seiten des Atlantiks aufeinander abgestimmt werden. Für die praktische Umsetzung dieser Deregulierung soll nach dem erfolgreichen Abschluss der Verhandlungen ein Regulierungsrat eingesetzt werden, eine Institution, in der ungewählte BürokratInnen über zukünftige Regeln und Standards entscheiden könnten. Die Vorschläge, die man geleakten Dokumenten entnehmen kann ermöglichen sogenannten Stakeholdern – eigentlich allen, aber in der Realität denen, die die größten Büros und Personalkapazitäten in Brüssel haben und dass ist die Konzernlobby – weitreichende Möglichkeiten sehr früh Kommentare abzugeben, lange bevor ein Parlament einen solchen Vorschlag sieht. In den USA gibt es bereits Erfahrungen mit solchen Regulierungsräten, die zeigen, dass es dadurch zu oft jahrelangen Verzögerungen von Regulierungen zum Schutz der Umwelt und BürgerInnen kommt.

Transatlantische Zivilgesellschaft organisiert sich

Diese Einschätzung wurde von den amerikanischen TeilnehmerInnen des 1. Strategischen transatlantischen Treffens der Zivilgesellschaft bestätigt. Bei dem Treffen von rund 90 VertreterInnen aus Europa, den USA und Kanada, diskutierten Angehörige von Umwelt-, Landwirtschafts- und Entwicklungsorganisationen, Verbraucherschützer und Gewerkschaften, sowie Mitglieder der Datenschutzszene zwei Tage lang ein gemeinsames Vorgehen bezüglich des TTIP mit Blick auf die kommenden Verhandlungsrunden im Mai, Juli, Oktober und Dezember dieses Jahres. Eine kritische Begleitung der Verhandlungen durch die Zivilgesellschaft ist also gesichert und angesichts der drohenden Untergrabung der Demokratie durch das Abkommen auch bitter nötig!

Alessa Hartmann

Die Autorin ist Referentin für internationale Handelspolitik beim Forum Umwelt und Entwicklung

AUS DER KRISE NICHTS GELERNT

Finanzdienstleistungen in der TTIP

Wohin die Liberalisierung der Finanzmärkte führt, hat die Finanzkrise eindrucksvoll gezeigt. Dennoch sollen Finanzdienstleistungen in der Transatlantischen Handels- und Investitionspartnerschaft (TTIP) vor allem weiter von Beschränkungen und Regulierungen befreit werden. Die EU geht in ihren Forderungen so weit, dass sogar die US-Regierung ihre Finanzmarktregulierung bedroht sieht.

Finanzdienstleistungen sind ein zentraler Verhandlungsbereich der TTIP. Dazu zählen vor allem die Aktivitäten von Banken, Versicherungen, Fonds und Börsen. Was diese anrichten können, ist seit der Finanzkrise sattsam bekannt: Einzelne Finanzprodukte haben Banken in die Pleite getrieben und selbst Staaten ins Wanken gebracht. Möglich war dies nur durch eine zuvor erfolgte Liberalisierung der Finanzmärkte.

Doch statt nun über die Abkehr von Liberalisierung nachzudenken, geschieht bei der TTIP das Gegenteil. Die Finanzwirtschaft selbst will mit der TTIP mehr Freiheiten erlangen oder zumindest den Trend zu mehr Regulierung umkehren. So schrieb der Bundesverband der Deutschen Industrie: »Der Marktzugang sollte durch eine Stärkung der Inländerbehandlung von Finanzinstitutionen in beiden Märkten verbessert werden, sowie durch das Beseitigen bestehender Barrieren und das Verhindern neuer Hindernisse beim Handel von Finanzdienstleistungen.« Inländerbehandlung bedeutet, dass eine europäische Bank in den USA genau so wie eine US-Bank behandelt werden muss und umgekehrt.

Regulierung unter Generalverdacht

Im durchgesickerten Entwurf der EU-Kommission für die TTIP vom Juli 2013 wird klar, dass die EU der Finanzbranche folgt und nicht nur die Inländerbehandlung will, sondern auch die in Handelsabkommen übliche Liberalisierung. Demnach darf der »Marktzugang« von Unternehmen nicht behindert werden, also dürfen zum Beispiel die Zahl der Marktteilnehmer, die Höhe ausländischer Beteiligungen oder die Wahl der Rechtsform nicht beschränkt werden. Auch darf es keine Sonderrechte für irgendeinen Marktteilnehmer geben. Der EU-Entwurf besagt außerdem, dass es erlaubt sein müsse, »jegliche neue Finanzdienstleistung« anzubieten.

Die genaue Wirkung dieser Vorgaben ist schwer zu überblicken, weil Regulierungsmaßnahmen als »vernünftige Ausnahmen« weiterhin möglich bleiben, genauso wie Zulassungsbeschränkungen. Allerdings sollen die Maßnahmen nicht weiter gehen als unbedingt nötig. Regulierung steht damit unter dem Generalverdacht, unnötig oder übermäßig zu sein. Die Erfahrung mit der Finanzkrise zeigt aber, wohin eine unzureichende Regulierung führt. Sie zeigt auch, dass Probleme nicht im Detail vorherzusehen sind und deshalb eine vernünftige Regulierung immer auch potentielle Gefahren abdecken muss.

Wie ein Fossil aus der Vorkrisenzeit

Michael S. Barr, Rechtsprofessor an der US-Universität Michigan, sieht durch eine Einbeziehung von Finanzdienstleistungen in die TTIP alles gefährdet, was im Bereich der Finanzmarktregulierung seit dem Beginn der Finanzkrise erreicht worden ist. Beispielsweise wurde kürzlich in der EU beschlossen, dass Aufsichtsbehörden ein Produkt vorbeugend verbieten können. So eine Vorgabe ist in Gefahr, nicht im Einklang mit der TTIP zu sein. Auch Steuern auf Finanztransaktionen könnten als unzulässig gewertet werden, weil sie den Kapitalverkehr beschränken. Bedroht sein könnte im äußersten Fall auch der deutsche Sparkassensektor. Ihr Status als öffentliche Einrichtungen – der von der EU allerdings schon stark beschränkt wurde – könnte durch die allgemeinen Marktzugangsregeln und durch spezielle Verhandlungen über öffentliche Unternehmen bedroht sein. Schließlich könnten Maßnahmen wie der Schuldenschnitt in Griechenland durch TTIP erschwert werden – schon jetzt laufen Schiedsverfahren gegen Griechenland aus bestehenden Investitionsabkommen.

Euphorie in der Finanzbranchen-Lobby

Neben der Liberalisierung strebt die EU einen »gemeinsamen Regulierungsrahmen« mit »wechselseitigem Vertrauen« in den jeweiligen Gesetzen und ein »Forum« für Konfliktfälle an. So vernünftig eine Abstimmung bei der Regulierung klingen mag – sie muss vor dem Hintergrund gesehen werden, dass Regulierung in der TTIP per se als Hemmnis gilt. Eine Abstimmung zwischen EU und USA könnte immer beim kleinsten gemeinsamen Nenner enden. Nicht ohne Grund wurde ein Papier der EU-Kommission vom Januar 2014 zu diesem Thema vom Lobbyverband der Londoner Finanzbranche TheCityUK euphorisch kommentiert: Das EU-Papier spiegele so direkt die eigene Position wieder, dass man meinen könne, es sei direkt aus der Broschüre von TheCityUK zur TTIP[1] entnommen. Das verdeutlicht, dass die EU-Position auf große Zustimmung in der Finanzbranche stößt. Die US-Regierung allerdings lehnt das Ansinnen der EU bislang ab, weil sie eine Schwächung ihrer Finanzregulierung fürchtet. Diese gibt den US-Behörden nämlich die Möglichkeit, auch ausländische Tochterfirmen von US-Banken zu regulieren, denn diese hatten in der Finanzkrise den Ruin einiger US-Banken herbeigeführt.

Markus Henn

Der Autor ist Referent für Finanzmärkte bei der Organisation WEED – Weltwirtschaft, Ökologie & Entwicklung in Berlin.

1 http://www.thecityuk.com/international-trade-policy-and-promotion/overseas-articles/the-transatlantic-trade-and-investment-partnership-ttip-a-view-from-thecityuk/

DER LANGE WEG DER KONVERGENZ

Warum die Verbindung von Umwelt und Entwicklung so dringlich ist – und warum so schwer

Endlich haben Umweltthemen die Diskussion um neue Nachhaltigkeits- und Entwicklungsziele erreicht. In der 8. Sitzung der Open Working Group on Sustainable Development Goals wurden vom 3.–7. Februar 2014 unter anderem die Themenfelder Biodiversität, Wälder sowie Meere und Ozeane diskutiert. Der internationale Prozess hat dazu geführt, dass nun auch zahlreiche Umweltorganisationen klare Position beziehen über die Notwendigkeit Entwicklung und Umwelt in der Post-2015-Agenda zu verbinden. Trotzdem scheint Umwelt zweitrangig zu bleiben.

Im September 2013 beschloss die Generalversammlung der Vereinten Nationen die bis dato parallel laufenden Prozesse der Formulierung von Nachfolgezielen der Millennium-Entwicklungsziele (MDGs) und der Ausarbeitung von Zielen für eine nachhaltige Entwicklung (Sustainable Development Goals SDGs), die auf der Rio+20-Konferenz angestoßen wurde, zusammenzuführen. Die neue sogenannte Post-2015-Agenda wird dementsprechend Entwicklungsziele gleichermaßen wie Umwelt- und Nachhaltigkeitsziele beinhalten.

Damit wurde der Grundstein dafür gelegt, anzuerkennen, dass klassische Entwicklungsthemen wie Armuts- und Hungerbekämpfung nicht losgelöst vom Schutz von Ökosystemen und Biodiversität angegangen werden können. Und dass umgekehrt der weltweite Raubbau an der Natur durch Rohstoffentnahme, Übernutzung und Verschmutzung in erster Linie auf dem Rücken der Ärmsten ausgetragen wird und Ungerechtigkeiten verstärkt. Mit der Besinnung auf die Komplexität globaler Probleme und dem Verständnis, dass diese nur mit einem holistischen Ansatz gelöst werden können, scheint die Grundlage der neuen Entwicklungsziele eigentlich erfolgsversprechend. Soweit so gut.

Problematisch wird es dann, wenn es an die konkrete Benennung, Aufteilung und Ausformulierung der Ziele geht. Denn laut UN-Beschluss sollen die neuen Ziele leicht kommunizierbar sein sowie eine überschaubare Anzahl und einen globalen Anspruch haben. Wahrscheinlich werden sich die Ziele deshalb auf 10 bis 12 knackige Forderungen beschränken. Um dennoch alle wichtigen Aspekte aufzugreifen, werden diese dann wohl durch eine Reihe von Unterzielen konkretisiert werden.

© Andreas Brockmann / pixelio.de

Wird es beispielsweise ein Meeres-Ziel geben?

Welche Rolle sollen Umweltthemen spielen?

Ein wichtiger Schritt zur Integration von Umweltthemen in die neue Post-2015-Agenda wurde Anfang Februar getan. Die Offene Arbeitsgruppe für die Ziele für eine nachhaltige Entwicklung (OWG), in welcher UN-Mitgliedsstaaten und andere Akteure zunächst ein gutes Jahr die wichtigsten Themen für eine neue Agenda sichteten, widmete sich in ihrer letzten thematischen Sitzung den Bereichen Biodiversität, Wälder sowie Meere und Ozeane.

Um Nachhaltigkeit und Umweltschutz effektiv als Teil der neuen Entwicklungsagenda zu etablieren, müssen Umweltziele gleichrangig neben den Entwicklungszielen stehen. Hierin sollten Aspekte wie ein nachhaltiges und effektives Management und Schutz von Ökosystemen und die nachhaltige Nutzung von natürlichen Ressourcen fallen.

Eine deutliche Reduzierung der Degradation von Ökosystemen, der Erhalt und die Wiederherstellung von Biodiversität und der vermehrte Aufbau von Schutzgebieten wären mögliche Unterziele eines solchen Schwerpunkts. Auch zentrale Biodiversitätsorganisationen wie die Biodiversitätskonvention (Convention on Biological Diversity CBD) setzen sich hierfür ein und fassen unter ein solches Ziel beispielsweise die Notwendigkeit der Wiederherstellung von Fischbeständen, Bodenfruchtbarkeit und die Verhinderung und Umkehrung von Desertifikation.[1]

Allerdings darf es nicht bei einzelnen Umweltzielen bleiben. Eine der bedeutendsten Erkenntnisse der Arbeit der OWG war nicht nur die Anerkennung von Umwelt als Komplementärelement zu Entwicklung, sondern das Verständnis von einer

notwendigen Vermeidung sogenannter »Silos«, bei denen jeder Themenbereich losgelöst vom anderen existiert. Wirklich effektiv wäre es somit, in Entwicklungszielen jeweils durch Unterziele auch den Umweltbezug darzustellen. Einem Hunger- und Armutsbekämpfungs-Oberziel könnten somit auch Unterziele folgen, die den Bezug zu nachhaltiger Landwirtschaft, Bodenschutz und Biodiversität darstellen. Ein Stadt-Ziel würde mit Wasser-, Ressourcennutzung- und Luft-Unterzielen ergänzt. Oder Gerechtigkeits- und Genderziele würden mit den Auswirkungen von Umweltverschmutzung und -zerstörung auf das Leben von Minderheiten und marginalisierten Gruppen verbunden. Auch die Verknüpfung von Gesundheit mit Umweltthemen ist sinnvoll und denkbar.

Warum brauchen wir die Verbindung von Umwelt und Entwicklung?

Gerade die Länder des globalen Südens leiden unter extremer Umweltzerstörung. Nahrungsmittelproduktion und die Gesundheit von Mensch und Natur wird durch Umweltverschmutzung gefährdet. Dennoch ist gerade in solchen Ländern die Politik in erster Linie mit wirtschaftlichem Wachstum, Beschäftigung, Regierungsführung, Frieden und Sicherheit und dem Aufbau von Infrastruktur beschäftigt. Auch gesellschaftliche und soziale Entwicklung steht als Politikfeld insbesondere auch aufgrund der wirtschaftlichen Stagnation der letzten Jahre weit oben auf der Agenda. Umweltschutz, nachhaltige Ressourcennutzung und ökologische Wirtschaftsstrukturen sind oft nur partiär in nationalen Politikagenden vorhanden. Gleiches gilt selbstredend für viele Länder des globalen Nordens, allerdings sind hier die Entwicklungshemmnisse weniger offensichtlich.

Ähnliches berichteten Vertreter von Umwelt-NGOs insbesondere aus dem globalen Süden bei einem internationalen Workshop zum Thema Umwelt in der Post-2015-Agenda, welchen das Forum Umwelt und Entwicklung gemeinsam mit der Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP) und adelphi Anfang 2014 organisierte.[2] Und auch die UN-Umfrage MyWorld, die per Internetabstimmung Menschen weltweit über ihre Prioritäten für eine bessere Welt abstimmen lässt, zeigt, dass beispielsweise der Schutz von Wäldern, Flüssen und Ozeanen in Ländern mit hohem Wohlstandsniveau mehr als doppelt so häufig als Priorität angegeben wird, als in Ländern mit niedrigem.[3]

Was darf ein eigenständiges Ziel werden?

Der Themenbereich Meere und Ozeane bietet dabei ein gutes Beispiel, um zu verdeutlichen, wie schwierig die Einigung auf einzelne Ziele ist. Nicht nur ist das Gebiet der Meerespolitik extrem weitreichend und reicht von Umwelt- über Entwicklungs- hin zu Governancefragen, es existieren außerdem auch noch besonders wenige internationale Übereinkommen, die Probleme in diesen Feldern angehen. Gleichzeitig bieten Ozeane klare Querschnittsthemen, sei es im Bereich der Hungerbekämpfung, globalen Gerechtigkeit, Arbeit, Gesundheit oder dem Umweltschutz. Eine Vielzahl deutscher Umwelt-NGOs erachtet es deshalb als besonders notwendig, dass sich in der neuen Post-2015-Agenda auch ein eigenständiges Meeresziel befindet. Das Ziel »Gesunde Meere und nachhaltige Fischerei« würde demnach Aspekte wie eine Neuorientierung der weltweiten Fischereipolitik inklusive der Einrichtung einer für die handwerkliche Fischerei vorbehaltene Zone, ein Verbot der Patentierung von Meereslebewesen, die Einführung einer partizipatorischen und transparenten Raumplanung auf See, eine Ausweitung von Meeresschutzgebieten aber auch die Reduktion von Müll- und Nährstoffeinträgen, eine Reduzierung der Versauerung der Meere, ein Moratorium für den Rohstoffabbau in der Tiefsee sowie ein Verbot der Förderung von Energieressourcen aus Tiefsee und Arktis enthalten.[4]

Unterstützung findet ein solches Meeresziel in der OWG insbesondere von Inselstaaten und -staatengruppen, die ähnliche Unterziele für ein solches Ziel formuliert haben. Dabei scheinen sich die Staaten durchaus über die Funktion der Meere und Ozeane als Querschnittsthema bewusst zu sein und besonders die Entwicklungsländer betonten ihre Bedeutung für Armutsbekämpfung, Nahrungsmittelsicherheit, menschenwürdige Arbeit und den Klimawandel. Trotz dieser Relevanz scheint es bisher jedoch unwahrscheinlich, dass es ein eigenständiges Meeresziel geben wird, da die Lobby für ein solches Ziel im Vergleich zu klein sein wird. Die Frage hinter allen Zielen bleibt die gleiche: Wo fängt man an zusammenzufassen, zu kürzen, zu streichen?

Wie geht es weiter?

Bisher werden von allen Seiten Ideen und Meinungen zur neuen Post-2015-Agenda eingereicht. Über die Relevanz dieser Vorschläge-Sammel-Phase scheiden sich die Geister. Denn letztendlich werden die Ziele ab Anfang 2015 zwischen den UN-Mitgliedsstaaten verhandelt und diese haben bekanntermaßen oft andere Prioritäten als zivilgesellschaftliche Akteure. Nichtsdestotrotz sollte die Macht der Beeinflussung dieses Zielfindungsprozesses nicht unterbewertet werden. Zum einen lassen sich schon jetzt nationale Regierungen mit Lobbyarbeit sensibilisieren und die UN verfolgt einen besonders inklusiven Prozess mit Kommentierungsmöglichkeiten, intensiver Einbindung der Zivilgesellschaft und Umfragen unter allen Weltbürgern. Zum anderen gewinnt das Thema durch die intensive Bearbeitung nicht nur in der globalen Zivilbevölkerung, sondern auch der globalen Bevölkerung deutlich an Aufmerksamkeit. Dies kann als Druckmittel gegenüber Regierungen dienen, die neuen Ziele an bestimmten Grundsätzen anzudocken. Zum Schluss entsteht gerade auch ein enormes Wissenskonglomerat, bei welchem die wichtigsten Entwicklungs- und Umwelthemmnisse klar definiert werden und global an Lösungsvorschlägen gearbeitet wird.

Marie-Luise Abshagen

Die Autorin ist Referentin für die Post-2015-Agenda beim Forum Umwelt und Entwicklung.

1 http://www.cbd.int/sbstta/doc/trondheim-full-paper-2-sdgs-en.pdf

2 http://www.forumue.de/fileadmin/userupload/AG_Weitere_Themen/Rio_20/Embedding_the_Environment_in_the_Post-2015-Agenda_Chairs_Summary.pdf

3 http://sustainabledevelopment.un.org/content/documents/3145UNDG-PeoplesVoicesIssueBrief-30JAN14.pdf

4 http://www.forumue.de/publikationen/positionspapiere/positionspapier/die-oekologische-dimension-in-der-post-2015-agenda-fuer-nachhaltige-entwicklung/

LOKALE ZUKUNFTSFÄHIGKEIT

Was heißt nachhaltige Entwicklung auf lokaler Ebene?

Mit der Debatte um eine globale Entwicklungs- und Nachhaltigkeitsagenda nach 2015 sollen Lösungen für die multiplen Krisen gefunden werden: Hunger und Armut, Klimawandel, Umweltverschmutzung und Ressourcenverknappung. Dafür ist jedoch eine umfassende Transformation unseres gegenwärtigen Wirtschafts- und Konsummodells sowie die Entwicklung von lokal angepassten Strategien notwendig – denn globale Zukunftsfähigkeit hängt von den Beiträgen jeder einzelnen Region ab.

Auf globaler Ebene wird derzeit über die Prioritäten und Strategien für eine zukünftige Entwicklungsagenda für die Zeit nach 2015 diskutiert. Gleichzeitig sollen globale Nachhaltigkeitsziele (Sustainable Development Goals – SDGs) formuliert werden und entsprechend Einfluss finden. Diese Debatte bietet die Chance für Diskussionen über planetarische Grenzen, neue Definitionen von Wohlstand und gesellschaftlichem Fortschritt sowie globale Gerechtigkeit und Solidarität.

Rhetorische Transformation

Bislang spricht allerdings wenig dafür, dass sich die internationale Staatengemeinschaft in diese Richtung bewegt. Zwar rufen sowohl der Bericht des UN-Generalsekretärs Ban Ki-Moon zur Post-2015-Entwicklungsagenda als auch die Zwischenberichte zur Formulierung der SDGs angesichts der multiplen globalen Krisen zu einer umfassenden Transformation auf. Dies bleibt jedoch rein rhetorisch – auf Ebene der Details und Lösungsvorschläge sucht man die »große Transformation« vergeblich. Statt einer fundamentalen Veränderung von Produktions-, Konsum- und Denkmustern bleibt der Fokus auf inklusivem, grünem Wachstum, ohne die Frage nach der ökologischen Tragfähigkeit dieses Modells ernsthaft zu stellen. Grenzenloses Wirtschaftswachstum ohne kontinuierlich steigenden Gesamtressourcenverbrauch und Umweltverschmutzung ist jedoch bislang nicht in Sicht und auch in Zukunft unwahrscheinlich.

Ernährung jenseits des Wachstumsparadigmas?

Wie aber könnte eine umfassende Transformation hin zu einem System jenseits des Wachstumsparadigmas ganz konkret bei uns in Deutschland aussehen? Ob ein neues globales Rahmenwerk menschenwürdiges Leben innerhalb der planetarischen Grenzen ermöglichen kann, hängt schließlich maßgeblich von den Aktivitäten auf nationalstaatlicher Ebene ab. Deutschland kommt dabei wie den meisten Industriestaaten eine besondere Verantwortung zu: unser ökologischer Fußabdruck ist immens, und wie wir hier leben und konsumieren hat globale Auswirkungen.

INKOTA stellt die Frage der lokalen Verantwortung insbesondere für unser Ernährungssystem. Dies beruht gegenwärtig auf der Ausbeutung natürlicher Ressourcen weltweit, verursacht ein hohes Maß an Emissionen und Umweltverschmutzung und verletzt Menschen- und Arbeitsrechte vor allem im globalen Süden. Wie aber kann ein zukunftsfähiges Ernährungssystem aussehen, dass allen Menschen Zugang zu ausreichend gesunden Lebensmitteln garantiert – hier und global, heute und für zukünftige Generationen?

Lokal angepasste Strategien

Darauf gibt es nicht nur eine Antwort – denn Strategien für eine zukunftsfähige Welt müssen lokal angepasst sein. Gerade im Ernährungsbereich gibt es hier bereits viele Initiativen, die den Weg in eine lokale, solidarische und menschliche Ökonomie praktisch vorleben. Ökologischer Anbau auf stadtnahen und innerstädtischen Flächen verringert den Ressourceneinsatz für Maschinen, Chemikalien und Transport und die damit verbundenen Emissionen. Zudem lösen sich viele Initiativen wie zum Beispiel Stadtgärten und solidarische Landwirtschaftsprojekte durch Eigenarbeit vom Zwang zur Lohnarbeit, sind nicht auf Wirtschaftswachstum angewiesen und fördern ganz nebenbei das subjektive Wohlbefinden der Beteiligten.

Auch für den Handel und die Weiterverarbeitung von Nahrungsmitteln gibt es Projekte, die sich jenseits der Wachstumslogik verorten. Handelskollektive bauen direkte Kontakte mit KleinstproduzentInnen im globalen Süden auf und sorgen dafür, dass Kaffee und Zitrusfrüchte tatsächlich fair bezahlt werden. Kleine Vertriebs- und Einkaufskooperativen unterstützen regionale und ökologische Produktionsgemeinschaften und bauen auf direkte Kontakte mit KonsumentInnen. Und nicht zuletzt entstehen immer mehr Projekte, die sich gegen die massive Verschwendung von Lebensmitteln einsetzen.

INKOTA unterstützt solche Initiativen und informiert regelmäßig mit Veranstaltungen und Informationsmaterialien über die Rolle, die sie bei der Erreichung internationaler Nachhaltigkeitsziele spielen können. Wir bringen verschiedene Akteure zusammen und entwickeln gemeinsam Visionen für ein zukunftsfähiges Ernährungssystem. Auch das Engagement jedes Einzelnen ist wichtig: über die Teilnahme an Veranstaltungen und Prozessen zur Entwicklung neuer Visionen genauso wie über die praktische Beteiligung an einem Stadtgarten oder die Mitgliedschaft in einem solidarischen Landwirtschaftsprojekt. So stärken wir gemeinsam Alternativen, die auf lokaler Ebene praktische Lösungsansätze für globale Probleme entwickeln und können deren Berücksichtigung in der globalen Debatte um die Post-2015-Agenda einfordern. Denn nachhaltige Entwicklung auf globaler Ebene kann letztendlich nur durch die Beiträge jeder einzelnen Region Realität werden.

Christine Pohl

Die Autorin ist Referentin für zukunftsfähiges Wirtschaften beim INKOTA-netzwerk im Rahmen des Berliner Eine-Welt-Promotor/innenprogramms »Berlin entwickeln – für Eine Welt«

INKOTA berät Sie gerne über die Möglichkeiten des Engagements. Mehr Informationen finden Sie unter *www.inkota.de/zukunftsfaehiges-wirtschaften.de*

ZUSAMMENHANG ZWISCHEN WASSER, ENERGIE UND ERNÄHRUNGSSICHERHEIT

Warum der Nexus-Ansatz im Rio-Prozess und in der Post-2015-Agenda ignoriert wird

Im Jahr 2013 organisierten das deutsche Bundesministerium für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) und das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit (BMU) die zweite Konferenz innerhalb von drei Jahren über den Nexus-Ansatz und mit dem Versuch diesen für die Bereiche Wasser, Energie und Ernährungssicherheit als eine wichtige Dimension der globalen Agenda zu positionieren. Ziel war, Politikkohärenz und Verbindungen zwischen unterschiedlichen politischen Ebenen und Sektoren herzustellen, um Herausforderungen zu bewältigen, die die Verteilung knapper Ressourcen mit sich bringt. Theoretisch ist es eine gute Idee, zusammenhängende Lösungen für unsere dringlichsten globalen Probleme zu finden. In der Praxis wurde der Nexus-Ansatz jedoch auf dem Rio+20-Gipfel 2012 nicht verabschiedet und auch im Prozess der Post-2015-Agenda sucht man ihn vergeblich.

Ein aktueller Trend in großen Top-Down-Politikempfehlungen besteht darin, Ressourcenkrisen heraufzubeschwören, die ihren Ursprung im Bevölkerungswachstum, im Raubbau an natürlichen Ressourcen, der Schädigung der Ökosystemdienstleistungen und im Klimawandel haben.

Falsche Prämisse: Ressourcenknappheit bei Land, Energie und Wasser

Auf der Nexus-Konferenz in Bonn 2011 reihte man sich hierein ein, und präsentierte folgendes Szenario: Um Ernährungssicherheit zu gewährleisten, müsste bis 2050 die landwirtschaftliche Produktion weltweit um 70 Prozent gesteigert und die landwirtschaftliche Anbaufläche um 10 Prozent erweitert werden. Nahrungsmittelknappheit wird demnach als Argument benutzt, um die Intensivierung der Nahrungsmittelproduktion durch Großunternehmen im Agrarbereich, Gentechnik und industrielle Dünge- und Bewässerungsmethoden zu rechtfertigen.[1] In Wirklichkeit hat die Nahrungsmittelproduktion weltweit in den letzten 50 Jahren das Bevölkerungswachstum jedoch überholt. Folglich müssen andere Faktoren als Knappheit eine Rolle in der weltweiten Ernährungsunsicherheit spielen, wie beispielsweise das Aufkommen der neoliberalen Globalisierung, die zu einer Zunahme von Spekulationen im Agrarbereich geführt hat. Diese führte zum umfangreichen Erwerb von landwirtschaftlich genutzten Flächen durch ausländische Unternehmen, nicht nachhaltigen landwirtschaftlichen Produktionsverfahren, der Erweiterung von Ackerfläche zur Nutzung für andere Zwecke als für den menschlichen Verbrauch und instabilen Nahrungsmittelmärkten aufgrund von Rohstoffspekulation.

Dieselbe Sichtweise kommt im Hinblick auf eine sichere Wasserversorgung zum Ausdruck. Im Rahmen der Bonner Konferenz von 2011 wurde behauptet, dass eine Verknappung der Trinkwasserressourcen drohe. Dieses alarmierende Szenario wurde aus der McKinsey&Co-Studie übernommen, die von der Wasserinitiative des Weltwirtschaftsforums (World Economic Forum Water Initiative) benutzt wurde.[2] Es gab jedoch keinerlei Diskussion darüber, dass mit Wasser weltweit Geschäfte im Wert von 400 Milliarden US-Dollar gemacht werden. Dieses Geschäft wird von einer Handvoll europäischer, transnationaler Unternehmen und Konsortien kontrolliert. Mit dabei sind die französischen Multis Vivendi, Suez Lyonnaise und SAUR sowie die britischen Unternehmen Thames Water, Anglia Water und United Utilities.[3] Internationale Finanzinstitutionen und transnationale Konzerne benutzen die drohende Wasserkrise als Rechtfertigung, die Privatisierung und Kommerzialisierung im Wassersektor weiter voranzutreiben, oft unter dem Etikett »öffentlich-private Partnerschaften« (public-private partnerships, PPP).[4]

Und schließlich wurde im Hinblick auf Energiesicherheit in den Bonner Szenarien von 2011 die Prognose aufgestellt, dass die Energienachfrage weltweit bis 2030 um 40 Prozent steigen werde. Energie wird derzeit zwar vor allem aus nicht erneuerbaren Ressourcen gewonnen, insbesondere aus fossilen Brennstoffen, es wurde jedoch auch prognostiziert, dass der prozentuale Anteil der Erneuerbaren am Gesamtenergieverbrauch in naher Zukunft stark zunehmen werde.

Vorgeschlagene Lösung: die Green Economy

Scheinbar wird der Nexus-Ansatz als ein Argument benutzt in der Strategie, weltweit den Übergang zu einer Green Economy zu vollziehen. Deren Befürworter argumentieren, dass im Zuge der Green Economy die Wachstumsmuster durch effizienten Ressourcenverbrauch und mehr politische Kohärenz nachhaltiger gestaltet würden. Dies war auf dem Rio+20-Gipfel im Juni 2012 ein zentrales Thema.

Bei zivilgesellschaftlichen Gruppen und sogar einigen Regierungen findet dieser Ansatz wenig Unterstützung. Sie argumentieren, dass die Green Economy die sozialen, wirtschaftlichen und ökologischen Dimensionen einer nachhaltigen Entwicklung nicht angemessen berücksichtige. Insgesamt könne sich durch die Green Economy die Ungleichheit innerhalb von und zwischen Ländern durchaus noch verstärken, ohne dass vom Pfad der unausweichlichen, ökologischen Katastrophe abgewichen werde, so IBON International, eine zivilgesellschaftliche Organisation aus dem Süden.[5]

Die Green Economy beruht auf der Annahme, dass große Unternehmen, welche den überwiegenden Anteil des weltweiten Kapitals besitzen, eine Führungsrolle übernehmen. Wie man im Fall sogenannter »grüner Landwirtschaft« (green agriculture) beobachten konnte, ist das eine gefährliche Annahme. Kleinbauern werden ermutigt, »verstärkt grüne Landwirtschaft zu betreiben und dabei mit den großen Agrarunternehmen zusammenzuarbeiten«. Die weltweit führenden 40 Agrarunternehmen würden dann Investitionsentscheidungen treffen, die den Charakter »grüner und nachhaltiger landwirtschaftlicher Praktiken« definieren.[6] Solche Schritte haben der Landwirtschaft vor Ort oft mehr geschadet als genutzt.

Das Green Economy-Paradigma begünstigt des Weiteren die Kommerzialisierung von Lösungen im Hinblick auf den Klimawandel. Dabei werden Kohlenstoffmärkte stark gefördert, welche allerdings die globalen Treibhausgasemissionen nicht wirklich reduzieren und die Verantwortung zur Reduzierung von Emissionen stattdessen von einer Instanz auf eine andere abwälzen. IBON warnt davor, dass Kohlenstoffmärkte sich wie Finanzderivate und Termingeschäfte verhalten könnten, welche in der Finanzkrise 2008 eine große Rolle spielten. So ist das Neuland einer blühenden Green Economy nur ein neuer Weg, die Ungleichheit der globalen Nord-Süd-Beziehungen aufrechtzuerhalten.

Rio 2012 und die Post-2015-Agenda: Kein Nexus in Sicht

Auf dem Rio+20-Gipfel sprach sich neben Organisationen der Zivilgesellschaft auch die Gruppe der 77 und China nachdrücklich dagegen aus, das Konzept der Green Economy als Rahmen für nachhaltige Entwicklung zu verwenden. Es gelang der G77 und China erfolgreich zu verhindern, dass die Idee einer Green Economy vorgeschriebenes Leitbild wurde, das spezielle Belastungen oder Rechtfertigungen für restriktive Handelsmaßnahmen beinhaltet hätte. Die Gruppe behauptete, dass eine Green Economy nur einer von vielen Ansätzen wäre und kein primär neues Konzept[7] und erklärte, dass politische Maßnahmen hin zu einer Green Economy im Kontext nationaler Strategien für nachhaltige Entwicklung und Armutsbekämpfung gesehen werden müssten.[8]

Die Green Economy wird als scheinheilige Taktik der Industrieländer kritisiert, ihrer kränkelnden Wirtschaft wieder auf die Füße helfen zu wollen, indem sie sich die Technologie und den Transfer von Dienstleistungen zu Nutze machten, welche die Länder im Süden benötigten, um ihre Politik vor Ort »grüner« zu gestalten. Die Länder im Norden wären im Gegenzug allerdings nicht gewillt, ähnliche Verpflichtungen einzugehen. Claudia Salerno, Delegierte aus Venezuela, nannte das Konzept der Green Economy eine »Maske für Kapitalismus« und ein »neokoloniales Instrument« und berief sich darauf, dass jedes Land das souveräne Recht habe, über sein eigenes Leitbild für nachhaltige Entwicklung zu entscheiden.[9]

Die Weigerung der Staaten des globalen Südens, das Konzept der Green Economy zu übernehmen, wirkt sich auch auf den Nexus-Ansatz aus, der im selben Rahmen abgehandelt wurde. Im Schlussdokument zu Rio+20 »Die Zukunft, die wir wollen« ist nirgendwo eine Spur des Nexus-Ansatzes zu finden. Wasser-, Ernährungs- und Energiethemen werden nun in unterschiedlichen Abschnitten der Post-2015-Entwicklungsagenda der UN behandelt und die Offene Arbeitsgruppe der UN-Generalversammlung (OWG) zur Erstellung von Zielen für eine nachhaltige Entwicklung diskutiert weiterhin getrennt über politische Empfehlungen in den drei Bereichen.

NGO-Stimmen finden in den Nexus-Initiativen kein Gehör

Zivilgesellschaftliche Organisationen (Civil Society Organisations, CSOs) sind eigenständige Akteure im Bereich Entwicklung und arbeiten gemeinsam daran, soziale Solidarität und Dienstleistungsangebote zu gewährleisten, um den Armen und marginalisierten Gruppen zu mehr Teilhabe zu verhelfen. In verschiedenen Initiativen zum Nexus-Ansatz, basierend auf Abschlussdokumenten und politischen Empfehlungen, werden CSOs jedoch nur symbolisch am Diskussionsprozess beteiligt. Positionen der CSOs in separaten internationalen Prozessen zu Wasser, Energie und Ernährungssicherheit spiegeln sich in den Nexus-Initiativen nicht wider.

Die Konferenz von BMZ/BMU im Jahr 2013 war auf Teilnehmer aus Regierungen, dem Privatsektor und von Konsumenten-Plattformen ausgerichtet. Es gab zwar CSO-Teilnehmer bei der Veranstaltung, nur sehr wenige kamen jedoch aus Basis-Organisationen oder nahmen eine kritische Sichtweise zur existierenden Politik in den Bereichen Wasser, Energie und Ernährungssicherheit ein. Ursula Eid, Vizevorsitzende des Advisory Board on Water and Sanitation des UN-Generalsekretärs, vertrat gar die Ansicht, dass CSOs ihren Schwerpunkt auf thematische Fragen legen und daher keine ganzheitliche Sicht auf globale Probleme hätten. Sie schloss sich damit den Ausführungen von Johan Kuylenstierna, dem Exekutivdirektor des Stockholm Environment Institute an, die Beteiligung von Aktivisten an Diskussionen brächte manchmal nur »viele radikale Ideen, aber sehr wenige Erkenntnisse« hervor.

Oxfam International erwähnte während der Konferenz 2011 in Bonn, dass Hunger und Armut in erster Linie auf die langjährige Vernachlässigung der Rechte von Kleinbauern zurückgeführt werden könnten – eine Situation, die durch die zunehmende Kontrolle lokaler und internationaler Eliten über Land, Wasser und andere Ressourcen noch verschärft werde.[10] Oxfam forderte alle Regierungen auf, mehr Anreize und Unterstützung – einschließlich Forschung –, zu bieten, um Bauern dabei zu unterstützen, ihre agrarökologische Produktion zu steigern. Solche Beiträge wurden in der Zusammenfassung der Bonner Konferenz 2011 jedoch nicht berücksichtigt. Ebenso auffällig war, dass der Hinweis auf Agrarökologie in den politischen Empfehlungen nach der Konferenz weggelassen wurde.

Starke Rolle von Unternehmen

Derweil werden große Unternehmen in den Nexus-Ansatz einbezogen. Die Nexus-Initiativen des Weltwirtschaftsforums (World Economic Forum, WEF) beispielsweise wurden von Peter Brabeck-Letmathe, dem früheren Nestlé-Vorstandsvorsitzender geleitet, der die Meinung vertritt, die Antwort auf die globalen Wasserprobleme liege in der Privatisierung und im Verkauf von Wasser. Das widerspricht eindeutig der Anschauung, dass Zugang zu Wasser sowohl ein öffentliches als auch ein Menschenrecht ist.[11] Offensichtlich wird der Nexus-Ansatz vor allem von Konzernen und anderen Elite-Stakeholdern gestaltet, die allesamt Eigeninteressen haben, von Wasser, Nahrungsmitteln und Energieressourcen zu profitieren. Diese Lücke in der Einbeziehung aller Akteure untergräbt nicht nur die Rolle

von CSOs in der Entwicklungszusammenarbeit, sondern isoliert den Nexus-Ansatz auch von demokratischen Prozessen.

Dass die Green Economy und der Nexus-Ansatz beim Rio+20-Gipfel und in den Post-2015-Prozessen nicht stärker positioniert werden konnten, zeigt eindeutig, wie losgelöst diese Konzepte von der Position der Entwicklungsländer sind. Solange der Nexus-Ansatz nur innerhalb des WEF, der Weltbank und der Ministerien der Länder im Norden diskutiert wird, sind seine künftige Entwicklung und konkrete Anwendung stark eingeschränkt. Der Nexus-Ansatz ist ein äußerst innovatives, politisches Werkzeug, aber ohne Unterstützung durch seine wahren Akteure, wird er weiterhin nur auf dem Papier existieren.

The People's Coalition on Food Sovereignty

The People`s Coaliton on Food Souvereignty ist ein Netzwerk aus Graswurzel-Gruppen von Kleinbauern und -produzenten sowie NGOs.

1 Stockholm Environment Institute, Understanding the Nexus, Hintergrundpapier für die Bonner Nexus-Konferenz 2011

2 World Economic Forum Water Initiative, Water Security – The Water, Food, Energy and Climate Nexus, 2011.

3 Celine Tan, Third World Network, The Water Crisis: Analysis and Proposals, TWN Briefings for WSSD No.16 at http://www.twnside.org.sg/title/jb16.htm

4 IBON International, Commodification and Commercialization of Water – IBON Module 2.

5 IBON International, IBON Policy Brief, Green Economy: Gain or Pain for the Earth's Poor at http://iboninternational.org/resources/policy_briefs/114#sthash.eVwvleuP.dpuf

6 IBON International, IBON Policy Brief, Green Economy: Gain or Pain for the Earth's Poor at http://iboninternational.org/resources/policy_briefs/114#sthash.eVwvleuP.dpuf

7 EQUIPO EDITORIAL, Overview of outcome and negotiations of »green economy,« 2014 Road logs Rio+20 at http://roadlogs.rio20.net/overview-of-outcome-and-negotiations-of-%E2%80%9Cgreen-economy%E2%80%9D/

8 Celine Tan, Third World Network, The Water Crisis: Analysis and Proposals, TWN Briefings for WSSD No.16 at http://www.twnside.org.sg/title/jb16.htm

9 Timothy Herrmann, G77 PUSHES BACK AT RIO +20: NEGOTIATIONS EXTENDED, UN News Service, at http://www.turtlebayandbeyond.org/2012/economics/g77-pushes-back-at-rio-20-negotiations-extended/

10 Oxfam International, Growing Access: Ensuring food for all in a resource-constrained world, für die Konferenz in Bonn 2011: The Water, Energy and Food Security Nexus, November 2011.

11 Kevin Samson, The Privatization of Water: Nestlé Denies that Water is a Fundamental Human Right, Global Research, December 14, 2013 at http://www.globalresearch.ca/the-privatisation-of-water-nestle-denies-that-water-is-a-fundamental-human-right/5332238

Mehr Informationen unter:
www.foodsov.org

VORVERHANDLUNGEN FÜR DAS NAGOYA-PROTOKOLL

Scheitert eine gerechte Regelung an der EU?

Ende Februar 2014 traf sich im südkoreanischen Pyeongchang das zwischenstaatliche Komitee zum Nagoya-Protokoll zum dritten Mal, um erneut Details des Protokolls zu diskutieren und die erste Konferenz der Vertragsparteien vorzubereiten. Nicht diskutiert wurde in Pyoengchang die Implementierung des Protokolls in der EU, obwohl diese für den Erfolg oder Misserfolg des Protokolls entscheidend sein wird.

Das Nagoya-Protokoll über den Zugang zu genetischen Ressourcen und gerechten Vorteilsausgleich füllt wichtige Lücken im Schutz von Biodiversität und der gerechten Nutzung von natürlichen Ressourcen. Auf der Grundlage von gegenseitiger Zustimmung soll ein Ausgleich zwischen den unterschiedlichen Interessen der Geber- und Ursprungsländer genetischer Ressourcen und derjenigen Länder erfolgen, in denen die genetischen Ressourcen genutzt werden. Damit soll insbesondere auch die von Entwicklungsländern angeprangerte Biopiraterie angegangen werden, bei welcher biologische Materialen kommerziell weiterentwickelt werden, ohne dass die Länder, in welchen die Materialien ursprünglich entdeckt wurden, entschädigt werden.

Vorverhandlung in Pyoengchang

Die meisten Beobachter rechnen damit, dass das Nagoya-Protokoll bis zum Sommer 2014 von 50 Staaten ratifiziert werden wird und somit im Herbst – ebenfalls in Pyeongchang – die erste Konferenz der Vertragsparteien stattfinden kann. An den Vorverhandlungen wurden nun Einzelheiten des Protokolls wie Umsetzung, Kontrolle und Berichterstattung, einen globalen multilateralen Vorteilsausgleichs-Mechanismus und die Ausgestaltung einer internationalen Informationsplattform diskutiert. Doch viele Fragen konnten bei der Vorverhandlung nicht geklärt werden, insbesondere in Bezug auf Verpflichtungen und Konsequenzen bei Nichteinhaltung. Diese werden nun bei der ersten Konferenz der Vertragsparteien im Mittelpunkt der Diskussion stehen.

Der Elefant im Raum: die EU

Die Implementierung des Nagoya Protokolls durch die EU ist für den

© Annamartha / pixelio.de

Schutz vor Biopiraterie an biologischem Material

Gesamterfolg des Protokolls entscheidend. Am Treffen in Pyeongchang hat die EU über den Prozess in Europa berichtet, eine formelle Diskussion über den Vorschlag fand jedoch nicht statt. Dafür war in den Gängen des Kongresszentrums der kontroverse EU-Verordnungsentwurf das Gesprächsthema Nummer 1. Losgetreten wurde das durch einen Brief[1] der »Like Minded Mega-Diverse Countries«[2] vom 20. Februar 2014, an EU-Parlament und -Ministerrat, der eine Reihe von Bedenken äußert. Im Zentrum der Kritik steht, dass genetische Ressourcen und damit verknüpftes traditionelles Wissen, auf welche bereits vor dem Inkrafttreten des Nagoya-Protokolls für die EU zugegriffen wurde, aus dem Geltungsbereich generell ausgeschlossen werden.

Auf diese Weise werden die riesigen Mengen von genetischen Ressourcen, die schon in Genbanken, botanischen Gärten, Bioarchiven und sonstigen Sammlungen eingelagert sind, bei deren späteren Nutzung der Pflicht des Vorteilsausgleichs entzogen – unabhängig davon, ob sie legal erworben wurden oder ob beim Zugang einschlägige Gesetze des Herkunftslandes verletzt wurden. Die Geberländer dieser Ressourcen sollen danach in der EU keine diesbezüglichen Ansprüche mehr durchsetzen können. In ihrem Brief betonen die LMMC, dass dies eine sehr ungenügende Umsetzung des Protokolls sei. Ihrer Meinung nach löst jede neue Nutzungsart, auch wenn diese auf der Basis von genetischen Ressourcen geschieht, die bereits vor 2014 in der EU waren, die Pflicht des gerechten Vorteilsausgleichs aus.

Das sind riesige Unterschiede bezüglich des Anwendungsbereichs des Protokolls. Die meisten Nutzer von genetischen Ressourcen beziehen ihr Material aus den großen, schon existierenden Sammlungen. Sie reisen nicht selbst in den Urwald und verhandeln nicht mehr mit den dortigen Ursprungseignern. Der Rahmen der EU-Verordnung verengt den Vorteilsausgleich auf einen kleinen Ausschnitt. Der gerechte und ausgewogene Vorteilsausgleich wird damit verfehlt. Die LMMC bitten in ihrem Brief die EU, bei der Finalisierung der Verordnung diesen Bedenken Rechnung zu tragen. Dazu bräuchte es wohl ein kleines Wunder. Es fehlt der politische Wille, insbesondere im Ministerrat, und zudem gibt es, so kurz vor der fast nur noch formalen Schlussabstimmung in Parlament und Rat, kaum Raum für substantielle Änderungen.

Große Unterschiede in der Umsetzung

Die Konsequenz? Die Implementierung des Nagoya-Protokolls in der EU und in den biodiversitätsreichen Ländern des Südens klafft auseinander. Auch in Zukunft wird in der EU vieles legal sein, was in den Ländern des Südens illegal ist. Rechtssicherheit sieht anders aus. Selbst wenn Biopiraten im Süden verurteilt sind, können sie in Europa auf Biopiraterie basierende Produkte weiterhin frei verkaufen. Gut möglich, dass sich die LMMC mit einer solchen Lösung nicht zufrieden geben und den Zugang zu genetischen Ressourcen so lange OPEC-artig einschränken, bis die Gesetzgebung in Europa korrigiert wurde. In Pyeongchang wurde ein Kommentar[3] zur EU-Verordnung durch die Erklärung von Bern, Natural Justice und die United Nations University veröffentlicht. Auch darin wird, zusätzlich zu weiteren Mängeln und Unklarheiten, der eingeschränkte Geltungsbereich der EU-Verordnung kritisiert.

Die Verordnung lässt auch offen, ob es bei der Kommerzialisierung oder der Marktzulassung Kontrollen der Sorgfaltspflicht für alle geben wird. Eine Kontroll-Lücke kann zur Folge haben, dass eine krasse Ungleichbehandlung der Forschung entsteht. Biopiraten, die Forschung und Entwicklung außerhalb der EU betreiben, hätten den Vorteil, ihre Produkte in Europa ohne Einschränkung vertreiben zu können, während Forscher in der EU ihrer Sorgfaltspflicht nachkommen müssen und bei Verstoß bei der Vermarktung gebremst werden. Dies wäre eine grosse Ungleichbehandlung für die Europäische Forschung und eine immense Unterstützung auswärtiger Biopiraten.

François Meienberg

Der Autor ist bei dem Schweizer Verein »Die Erklärung von Bern« zuständig für den Bereich Landwirtschaft, Biodiversität, Patente.

1 Der Brief ist auf http://www.evb.ch/p16991.html gepostet.

2 Folgende Länder gehören zu den Like Minded Mega-Diverse Countries (LMMC): Bolivia, Brazil, China, Colombia, Costa Rica, Democratic Republic of Congo, Ecuador, India, Indonesia, Kenya, Madagascar, Malaysia, Mexico, Peru, Philippines, South Africa und Venezuela

3 http://www.evb.ch/p25021878.html

WERTVOLLER ALS GOLD

Verstrickung des organisierten Verbrechens in Wilderei und weiterer Umweltkriminalität

Der Begriff Umweltkriminalität bezeichnet jeglichen Verstoß gegen nationales oder internationales Umweltrecht oder gegen Umweltkonventionen. Internationale Umweltkriminalität gefährdet nicht nur die erfolgreiche Umsetzung von Abkommen und bringt gravierende Umweltprobleme mit sich, sondern geht häufig Hand in Hand mit Korruption, verringerten Steuereinnahmen und anderen Formen krimineller Aktivitäten wie Drogen- und Menschenhandel. Insbesondere die Wilderei hat in den letzten Jahren dramatisch und scheinbar unaufhaltsam zugenommen, so dass sofortiges internationales und lokales Handeln dringend erforderlich ist.

Als besonders gravierend werden derzeit fünf Arten der Umweltkriminalität angesehen: Illegaler Handel mit Tieren und Pflanzen, illegaler Holzeinschlag und damit einhergehender Handel, illegale, nicht gemeldete und unkontrollierte Fischerei, verbotener Handel mit meldepflichtigen Chemikalien und die ungesetzliche Beseitigung von gefährlichem Abfall. Besondere Aufmerksamkeit erhalten weltweit die Wilderei und der illegale Handel mit Flora und Fauna. Denn in Ländern wie Kenia und Südafrika hat die Wilderei von Elefanten und Nashörnern in den letzten Jahren neue und erschreckende Dimensionen angenommen. Während Elfenbein insbesondere für Prestige-Skulpturen verwendet wird, ist das Horn von Nashörnern vor allem auf dem asiatischen Schwarzmarkt als umstrittene Form der Medizin begehrt und wird zu horrenden Preisen verkauft. In der in China und Südostasien verbreiteten Traditionellen Chinesischen Medizin (TCM) hält sich hartnäckig der Glaube, dass das Horn krebsheilend sei, obwohl sich dafür keinerlei Belege finden lassen. Tatsächlich sind die Inhaltsstoffe im Rhinohorn vergleichbar mit denen in menschlichen Fingernägeln. Dennoch ist laut der Environmental Investigation Agency (EIA) alleine in Südafrika, wo der überwiegende Teil der noch vorhandenen Nashornbestände Afrikas lebt, die Zahl der gewilderten Nashörner seit 2007 um mehr als 7.000 Prozent gestiegen.[1]

Verstrickung krimineller Netzwerke

Laut INTERPOL ist Umweltkriminalität aufgrund der Verstrickung von kriminellen Netzwerken und Syndikaten, hoher Profite und relativ geringer Strafen eine der am schnellsten wachsenden Kriminalitätsformen. Die Dimensionen des illegalen Handels mit Tieren und Pflanzen sind gar mit illegalem Waffen-, Drogen- und Menschenhandel zu vergleichen.[2] Involviert sind darin mittlerweile organisierte, bewaffnete Gruppen, was Umweltkriminalität nicht nur zu einem ökologischen Problem macht, sondern sich auch auf internationale Sicherheit und Frieden auswirkt. Korruption und die Verlockung des schnellen Geldes, gepaart mit der Armut der kleinen Wilderer, die den internationalen Händlern zuarbeiten, um ihren Lebensunterhalt zu finanzieren, ist auf allen Ebenen der Handelskette ein zentrales Problem. Das beeinflusst die dringend notwendige, schärfere Umsetzung bestehender Gesetze, strengere Kontrollen bei Aus- und Einfuhr, bessere Strafverfolgung, Aufklärung in der Bevölkerung und die internationale Unterstützung der Regierungen in Abnehmerländern.

Im Falle von Wilderei organisieren sich die kriminellen Verbindungen dabei auf die kuriosesten Weisen, um vorhandene Regeln zu umgehen. In Südafrika erhält man eine Jagdlizenz lediglich für das Erlangen einer Trophäe. Dabei darf das geschossene Tier ausgestopft mit nach Hause genommen werden, aber nicht in den Handel gelangen. Nachdem die Vergabe der Lizenzen vor einigen Jahren deutlich verschärft wurde, so dass behördenbekannte Händler diese nicht mehr erhalten konnten, lösten vietnamesische Händler kurzerhand das Problem, indem sie vietnamesische Prostituierte als vermeintliche Trophäensammlerinnen nach Südafrika schickten, bis dies den südafrikanischen Behörden auffiel. In anderen Fällen wurden Nashornobjekte aus Museen in Europa gestohlen.

Kampf gegen Wilderei vor Ort

Selbstverständlich hat das Thema Wilderei auch für die Regierungen in den Herkunftsländern eine hohe Brisanz, weshalb hier dem Schutz der Tiere eine große Bedeutung zukommt. Lokales Naturerbe, ökonomische Konsequenzen zum Beispiel für den Tourismus und internationaler Druck spielen dabei eine wichtige Rolle. In Südafrika gibt es zum Schutz von Nashörnern bereits viele Ansätze privater Initiativen, NGOs und der Regierung, beispielsweise in Form von Verstärkung der Wildhüter und Kontrollen, Luftüberwachung, strengerer Verteilung der Jagdlizenzen oder GPS-Besendung der Tiere. Mittlerweile existieren Gerüchte, dass in privaten Reservaten die Hörner von Nashörnern als Schutzmaßnahme sogar vergiftet worden seien, unschädlich für das Tier, gesundheitsschädlich für den Konsumenten.

Zwar hat sich die Bekämpfung von Umweltkriminalität in den letzten Jahren auf nationaler Ebene in vielen Ländern verbessert, dennoch fehlt es noch an Wissen und Kapazitäten bei Justizbeamten, technischer Ausrüstung zur Verfolgung krimineller Aktivitäten, der Verantwortung von Akteuren hinsichtlich der Beschaffungsketten und dem Bewusstsein bei Konsumenten. Auch Lücken in der Durchsetzung der Gesetze tragen zu Umweltkriminalität bei.

Internationale Abkommen reichen nicht

Mittlerweile beschäftigen sich zahlreiche internationale Abkommen und Konferenzen mit dem Thema Umweltkriminalität. Auf der ersten, von INTERPOL und UNEP organisierten, internationalen Konferenz zur Anwendung und Durchsetzung von Umweltvorschriften im November 2013, wurde diskutiert, wie man eine internationale Plattform sowie eine internationale Arbeits- und Eingreiftruppe zur Harmonisierung von Standards sowie Herangehensweisen etablieren könne, um Information und Zusammenarbeit zwischen Staaten zu verbessern. Im Februar 2014 fand des Weiteren eine Konferenz in

London unter der Schirmherrschaft des britischen Königshauses statt, an der hochrangige Vertreter aus 46 Ländern teilnahmen. Als Ergebnis erklärten sich fünf afrikanische Staaten unter anderem dazu bereit, für zehn Jahre keine legalen Elfenbeinbestände mehr zu verkaufen, da diese von illegalen kaum zu unterscheiden sind.[3]

Seit 1975 schützt außerdem die »Convention on International Trade in Endangered Species of Wild Flora and Fauna (CITES)« bedrohte Arten, indem sie den Handel verbietet oder die Jagd reglementiert. Daneben existieren TRAFFIC, eine Organisation zur Überwachung von Handel mit Flora und Fauna, und einige afrikanische Netzwerke.

Leider konnten internationale Konventionen nicht mit aktuellen Entwicklungen mithalten. Freihandelsabkommen haben beispielsweise zur Folge, dass wertvolle Arten in ein Land geschmuggelt und dort dann als legal deklariert werden können. Auch das Problem des extremen Anstieg der Wilderei durch die geringe Strafverfolgung illegaler Händler haben internationale Abkommen nicht lösen können. Es stellt sich somit die Frage, wie existierende, internationale Regelungen konsequenter umgesetzt werden können und wie Konsumenten besser aufgeklärt oder gegebenenfalls höher bestraft werden können.

Wilderei kann nur auf der lokalen Ebene gelöst werden

Wichtig ist, dass nicht nur auf internationaler Ebene gearbeitet wird, sondern auch auf lokaler. Reduziert man die Verlockung der Wilderei in Afrika auf lokaler Ebene durch alternative Einkommensquellen, Stärkung der Bindung zum eigenen Naturerbe und einer stärkeren Wahrnehmung des ökonomischen (touristischen) Werts von Arten, und die Teilhabe daran, erschwert man den Wilderei-Syndikaten den Zugang. Auf asiatischer Seite muss der Abnehmer und Konsument vor Ort aufgeklärt und sensibilisiert werden. Denn die Nachfrage ist die treibende Kraft der Wilderei. Ohne sie gibt es kein Angebot, für das solche enormen Preise verlangt werden können. Mittlerweile haben sich immerhin chinesische Stars wie der Schauspieler Jackie Chan und der Basketballer Yao Ming öffentlich gegen die Nutzung von Rhinohorn und Elfenbein ausgesprochen.

Unkonventionelle Lösungsstrategien als Heilsbringer?

Gegen die Ausbeutung der Natur haben sich mittlerweile verschiedenste Netzwerke gebildet. Eines ist die »End Ecocide-Initiative«, deren erklärtes Ziel ist, Ökozid, sprich weitreichenden Schaden an der Natur oder die Zerstörung beziehungsweise den Verlust ganzer Ökosysteme, neben Völkermord und anderen Verbrechen als fünftes Verbrechen gegen die Menschlichkeit und den Frieden im Römischen Statut des Internationalen Strafgerichtshofs zu etablieren.[4] Eine europäische Bürgerinitiative richtet sich mit dieser Forderung in Form einer Petition direkt an die Europäische Kommission. Sollte die Petition erfolgreich sein und Ökozid als Verbrechen gegen die Menschlichkeit anerkannt werden, würde die sogenannte Erfolgshaftung gelten, was bedeutet, dass Unternehmen selbst dann haftbar gemacht werden, wenn Ökozid nicht vorsätzlich, sondern lediglich als Resultat ihres Geschäftsmodells passiere.

Eine mögliche Lösung für Wilderei könnte die umstrittene Legalisierung von Rhinohorn bringen. Sorgfältig abgetrennt, kann ein Nashorn auch ohne Horn leben, dieses wächst mit der Zeit sogar nach und könnte somit regelmäßig »geerntet« werden. Neben ethisch-moralischen Fragen einer solchen Nutzung von Tieren und den Auswirkungen auf dessen Gesundheit und Sozialverhalten, bleibt es allerdings auch Spekulation, ob eine solche Legalisierung und die damit einhergehende Senkung der Preise die kriminellen Netzwerke wirklich zerstören kann oder lediglich zu einer Ausweitung der Konsumentenzahl führen könnte, da es eben nicht nur um Prestige, sondern um konkrete Heilungshoffnungen geht.

Marie-Luise Abshagen und Katharina Trump

Marie-Luise Abshagen ist Redakteurin des Rundbriefs. Katharina Trump ist Projekt-Managerin beim Global Nature Fund.

© Global Nature Fund

Nashörner – Eine bedrohte Art

1 http://www.eia-international.org/wp-content/uploads/EIA-In-Cold-Blood-FINAL.pdf

2 IISD (08.11.2013): »Summary of the First International Environmental Compliance and Enforcement Conference: 06.11.2013«, IISD Reporting Services 216:1. http://www.iisd.ca/download/pdf/sd/crsvol216num1e.pdf

3 https://www.gov.uk/government/publications/declaration-london-conference-on-the-illegal-wildlife-trade

4 EndEcocide-Initiative. http://www.endecocide.eu/?lang=de

© Laura Graen, Research for Changemakers

Sortieren und Trocknen der Tabakernte, Malawi.

KEINE »CASH CROP« WIE JEDE ANDERE

Tabak behindert eine nachhaltige Entwicklung

Sowohl Tabakkonsum als auch Tabakproduktion haben sozioökonomische, ökologische und gesundheitliche Folgen für die Bevölkerung im Globalen Süden. Tabak ist giftig und behindert eine nachhaltige Entwicklung auf vielen Ebenen. Landwirtschaftliche Alternativen müssen gefördert werden und Länder wie Deutschland ihre Rolle in der Tabakrahmenkonvention erfüllen.

Die Folgen des Tabakkonsums in Form von nicht übertragbaren Krankheiten (NCD) sind seit Ende der 1990er Jahre von Weltbank und WHO als globales Problem anerkannt. Tabakkonsum ist Risikofaktor für alle vier NCD-Hauptkategorien: Herz- und Lungenerkrankungen, Krebs und Diabetes. Jährlich sterben etwa 6 Millionen Menschen an tabakbedingten Krankheiten, mehr als die Hälfte davon im Globalen Süden.[1] Als Reaktion auf diese globale Herausforderung wurde vor 10 Jahren die WHO Tabakrahmenkonvention (Framework Convention on Tobacco Control, FCTC) geschaffen, die inzwischen von 177 Staaten unterzeichnet wurde. Sie sieht unter anderem umfassenden Nichtraucherschutz, gesundheitliche Aufklärung und die Kontrolle des Marketings der Tabakindustrie vor.

Tabakindustrie sucht neue Kundschaft

Angesichts der gesättigten Märkte in Industrieländern erschließen transnationale Tabakkonzerne vermehrt neue Absatzmärkte im Globalen Süden. Unzureichender Verbraucherschutz und geringe Gesundheitsvorsorge in Ländern wie Indonesien oder Uganda helfen ihnen dabei, mit aggressiven Werbekampagnen ihre giftigen Produkte erfolgreich zu vermarkten. Zur Ausweitung bzw. Erhaltung ihrer Märkte verwenden Tabakkonzerne außerdem Klagen gegen Staaten auf der Basis von Handels- und Investitionsschutzverträgen, wie etwa gegen die Bestimmungen zu Warnhinweisen auf Zigarettenschachteln in Uruguay. Allein die Drohungen der Tabakindustrie führten in Namibia zu jahrelanger Verzögerung in der Umsetzung des Tabakkontrollgesetzes von 2010.

Rauchen und Tabakanbau als Entwicklungsproblem

Obwohl Tabakkonsum jährlich mehr Tote als HIV/Aids, Tuberkulose und Malaria zusammen fordert, wird er weithin nicht als explizites Entwicklungsproblem anerkannt. Doch die Ausbreitung des Tabakkonsums ist eine wichtige Ursache für den rasanten Anstieg von NCD im Globalen Süden. Deshalb wurde bei der UN-Generalversammlung 2013 gefordert, Tabakkontrolle in die Post-2015-Entwicklungsziele aufzunehmen. Die Bedingungen und Folgen der Tabakproduktion werden allerdings noch viel seltener öffentlich wahrgenommen. Dabei werden mehr als 80 Prozent des weltweit gehandelten Tabaks im Globalen Süden angebaut, zumeist in kleinbäuerlichen Strukturen. Um die Produktionskosten für die arbeitsintensive Kultur zu senken und mangelnde Regelungen zu Arbeitsverhältnissen und Gesundheitsschutz zu nutzen, verlagerte die Tabakindustrie die Anbauflächen seit den 1960er Jahren in den Globalen Süden.

Die Ähnlichkeiten mit anderen »Cash Crops«, sprich Pflanzen, die

für einen profitablen Verkauf angebaut werden, sind groß. Auch im Tabakanbau werden große Mengen Pestizide und chemische Dünger eingesetzt, deren Folgen, etwa die Vergiftung von Flüssen, nicht nur die BäuerInnen, sondern alle Menschen in der Umgebung von Tabakfeldern tragen müssen.

Die Umweltschäden durch Tabakanbau beschränken sich aber nicht nur auf die übermäßige Verwendung von Pestiziden und Dünger. Zur Auftrocknung von Virginia-Tabak, der in allen Filterzigaretten zu ca. 50 Prozentent halten ist, werden große Mengen Feuerholz eingeschlagen. In Zimbabwe werden neun Kilo Feuerholz pro Kilo Rohtabak benötigt. Die Forstkommission spricht von ca. 50.000 Hektar Wald, die pro Jahr dafür gerodet werden.[2] Außerdem ist Tabak keine Pflanze wie jede andere. Tabak ist giftig. Das Nikotin aus den grünen Tabakblättern wird direkt durch die Haut aufgenommen und führt vor allem während der Erntezeit zur sogenannten Green Tobacco Sickness, einer starken Nikotinvergiftung. Pro Erntetag nimmt einE TabakpflückerIn den Nikotingehalt von ca. 50 Zigaretten auf.

Beispiel Brasilien: Gefangen in der Schuldenfalle

In Brasilien ist die Mehrheit der Tabak anbauenden Familien durch direkte Verträge an transnationale (Roh-)Tabakkonzerne gebunden. Die Verträge sind zunächst verlockend: die PflanzerInnen erhalten die Vorfinanzierung der Vorleistungen und technisches Knowhow, während der Konzern garantiert, die gesamte Ernte aufzukaufen. Am Ende der Saison wartet allerdings eine bittere Überraschung: Sowohl die Preise für die Vorleistungen als auch die Preise für den Rohtabak werden von den Konzernen bestimmt. Nach einer Saison sind die kleinbäuerlichen Betriebe so hoch verschuldet, dass sie einen neuen Vertrag unterschreiben. Der Schuldenkreislauf ist schwer zu durchbrechen. Die Familienbetriebe können sich keine bezahlten ArbeiterInnen für Ernte und Sortierung leisten, so dass die Kinder regelmäßig auf den Feldern und in den Lagerhallen mit arbeiten.[3]

Beispiel Malawi: Kinderarbeit und Hunger

Auf Malawis Tabakplantagen arbeiten mindestens 78.000 Kinder, von denen die allermeisten nicht zur Schule gehen. Ihre beinahe kostenlose Arbeitskraft garantiert der Tabakindustrie immense Profite. Die Industrie leugnet die Zustände nicht, sondern setzt auf sporadische Maßnahmen zur Förderung von nachhaltiger Entwicklung, die allerdings in den meisten Fällen eher der Verbesserung des eigenen Images dienen.In Malawi wird Tabak im Pachtsystem angebaut und basiert auf mündlichen Verträgen zwischen landlosen PächterInnen und PlantagenbesitzerInnen. Auch hier erhalten die PächterInnen die Vorleistung auf Kredit von PlantagenbesitzerInnen, geben die gesamte Ernte an sie ab und beenden so die Saison mit sehr hohen Schulden.Die PlantagenbesitzerInnen wiederum sind beim Verkauf des Rohtabaks auf Auktionen den Preisabsprachen der (Roh-)Tabakkonzerne ausgeliefert, ohne nennenswertes Eingreifen der staatlichen Tabakkommission. Im Juni 2013 zeigte sich der UN-Sonderberichterstatter für das Recht auf Nahrung erschüttert über die Bedingungen im Tabakanbau in Malawi. Er erkannte die offensichtliche Gefährdung der Ernährungssicherheit und forderte Reformen.[4]

Tabakanbau aufgeben – Entwicklung nachhaltig gestalten

In einigen Ländern wie Brasilien, Malaysia oder Kenia werden schon seit einigen Jahren Programme gefördert, die ökologischen Landbau, Kenaf oder Bambus als Alternativen zum Tabakanbau testen. Auswertungen zeigen, dass TabakbäuerInnen die Möglichkeit zum Ausstieg nutzen, sofern sie ausreichend Unterstützung finden. Es gilt also, landwirtschaftliche Alternativen und andere Einkommensmöglichkeiten zu fördern, auch finanziell. Dazu haben sich die FCTC-Vertragsparteien, auch Deutschland, verpflichtet.[5]

Treibende Kraft hinter Produktion und Konsum von Tabak ist nicht etwa ein lebensnotwendiges Bedürfnis wie essen, sondern eine globale Industrie, die Profite erzielen will. Deshalb ist eine umfassende Regulierung der Tabakindustrie, wie sie die FCTC vorsieht, ein notwendiger Schritt, um dieses Entwicklungshemmnis zu beseitigen. Insbesondere der Globale Süden wird sonst die doppelte Last zu tragen haben: Ausbeutung und Umweltzerstörung durch Tabakanbau und Ausbreitung von NCD durch Tabakkonsum.

Sonja von Eichborn

Die Autorin ist Koordinatorin von Unfairtobacco.org bei BLUE 21.

© Joachim Müllerchen, wikimedia commons

Nicotiana tabacum - eine umstrittene Pflanze.

1 Quelle: http://www.plosmedicine.org/article/info%3Adoi%2F10.1371%2Fjournal.pmed.0030442

2 http://thinkafricapress.com/zimbabwe/going-smoke-environmental-costs-zimbabwes-tobacco-boom

3 http://vimeo.com/31095976

4 http://www.srfood.org/images/stories/pdf/officialreports/20130722_Malawi_en.pdf

5 http://www.unfairtobacco.org/alternativen/alt-studie/

KAMPF GEGEN ILLEGALEN HOLZHANDEL

Wie geeignet ist das Holzhandelssicherungsgesetz?

Der Handel mit Holz aus illegalen Quellen ist kein Kavaliersdelikt, sondern ein kriminelles Geschäft: es fördert Korruption, führt zu Menschenrechtsverletzungen und zu Umweltzerstörung. Besonders groß ist das Problem in den tropischen Waldregionen wie Amazonien, Indonesien und im Kongobecken. Doch wie lässt sich der Einfuhr illegalen Holzes nach Europa Einhalt gebieten? Ein Hoffnungsschimmer könnte die neue europäische Holzhandelsverordnung sein, für die auch die deutschen Holzhandelsgesetze neu aufgesetzt werden mussten. Erstmals seit Gelten der neuen Gesetze beschlagnahmte die BLE und damit die dafür zuständige deutsche Behörde Tropenholz aus der DR Kongo – ein klares Signal an die Holzmafia.

FLEGT ist die englische Abkürzung für »Forest Law Enforcement, Governance and Trade«, auf Deutsch: »Rechtsdurchsetzung, Politikgestaltung und Handel im Forstsektor«. Der mehrteiligen Aktionsplan von Mai 2003 hat das Ziel, dass nur legales Holz in die EU eingeführt wird. Zentrale Aspekte des Plans sind die EU-Holzhandelsverordnung sowie der Abschluss freiwilliger aber verbindlicher Partnerschaftsvereinbarungen mit den Exportländern, sogenannte (VPA »voluntary partnership agreements«).[1]

Die EU-Holzhandelsverordnung und die Umsetzung in Deutschland

Als zweite Maßnahme des FLEGT-Aktionsplans wurde am 20. Oktober 2010 nach jahrelangen Diskussionen die EU-Holzhandels-Verordnung (Verordnung EU Nr. 995/2010) erlassen. Sie trat am 3. März 2013 in Kraft und verbietet den Handel mit illegal geschlagenem Holz sowie einer Auswahl von Holzprodukten in der EU. Nach dem neuen Gesetz muss derjenige, der Holz oder Holzprodukte als Erster auf den EU-Markt bringt (als sogenannter »Erstinverkehrbringer«) durch ein sogenanntes Sorgfaltspflichtsystem deren legale Herkunft nachweisen.

Das Holzhandels-Sicherungs-Gesetz HolzSiG trat bereits am 15. Juli 2011 in Kraft und setzte die Regelungen zur Einrichtung eines FLEGT-Genehmigungssystems für Holzimporte aus Partnerländern in deutsches Recht um. Mit Inkrafttreten der neuen EU-Holzhandelsverordung musste auch das HolzSiG neu aufgelegt werden, um es den deutschen Gegebenheiten anzupassen. Der erste Entwurf der Gesetzesnovellierung wurde von der Bundesregierung im Januar 2013 vorgelegt. Doch am 14. Februar, wenige Tage vor der Abstimmung im Bundestag, brachten CDU/CSU und FDP einen Änderungsantrag ein, der den alten Entwurf massiv aufweichte. Das Koalitionspapier setzte das vorgesehene Strafmaß für die Einfuhr illegalen Holzes herunter, was eine deutliche Schwächung des Instrumentes bedeutet. Das Gesetz wurde dennoch mit den Änderungen verabschiedet.

Beispiel: Illegales Wenge-Holz aus der DR Kongo

Im August 2013 machte Greenpeace die deutschen Behörden darauf aufmerksam, dass auf dem Gelände eines Sägewerks in Gütersloh illegales Tropenholz aus der Demokratischen Republik Kongo (DR Kongo) lagert. Ein Präzedenzfall, an dem sich zeigen konnte, inwiefern die neuen Holzhandelsgesetze in EU und Mitgliedsstaaten dem weltweit florierenden Geschäft mit illegalem Holz tatsächlich Einhalt gebieten können. Im November 2013 bestätigte das Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz (BMELV) die Illegalität des Holzes und beschlagnahmte es. Dies war einerseits zwar ein wichtiges Signal an die internationale Holzmafia und die Holzbranche, andererseits aber doch nur ein Teilerfolg im Kampf gegen den illegalen Holzhandel.

Hintergrund: Die Hölzer sind Teil einer Lieferung von etwa 200 Kubikmetern Wenge (ein dunkles, hartes Tropenholz) aus illegaler Herkunft. Die Charge wurde am 24. April 2013 im Hafen von Antwerpen entladen. Greenpeace hatte bereits dort die Behörden gebeten einzuschreiten – ohne Erfolg. Denn der Importeur sei laut belgischen Behörden keine belgische Firma, weshalb keine Handhabe bestehe. Einen Teil der Ladung fand Greenpeace einige Wochen später in Tschechien; eine weitere Lieferung aus der gleichen Charge tauchte in Gütersloh auf. Greenpeace informierte im August 2013 die zuständige Behörde, die Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung (BLE), und erstattete Anzeige gegen Unbekannt.

Herkunft der illegalen Wenge-Stämme

Die Wenge-Stämme tragen die Markierung der kongolesischen Firma Bakri Bois Corporation (BBC) und stammen von einer Konzession in der Provinz Equateur/DR Kongo. BBC steht in der Kritik, die Konzessionsverträge für das Holz nicht rechtmäßig erhalten zu haben. Dies ergab eine Untersuchung der unabhängigen Organisation Resource Extraction Monitoring (REM) im November 2012. Weitere Vorwürfe lauteten: falsche Holzmarkierungen, Nicht-Erfüllung der Verträge mit der lokalen Bevölkerung, Umweltverschmutzung und Einschlag von Wenge-Holz ohne spezielle Genehmigung.

Illegalität war eigentlich festgestellt worden

Der aktuelle Fall ist paradox: Obwohl die EU-finanzierte Überwachungsorganisation REM öffentlich darauf hinwies, dass der Konzessionsvertrag im Ursprungsland DR Kongo rechtswidrig sei, konnte das Wenge-Holz nach Deutschland verkauft werden. Die deutschen Behörden wiederum gaben an, dass dieser schwerwiegende Vorwurf keine entscheidende Rolle spiele. Somit führte nicht die Feststellung der Illegalität, sondern mehrere Unregelmäßigkeiten in den Unterlagen letztendlich zur Beschlagnahmung des Holzes.

Dabei besteht gerade in Ländern mit geringer Rechtstaatlichkeit wie in der DR Kongo auch bei zertifiziertem

Holz das Risiko, dass es aus illegaler Quelle stammt. In solchen Herkunftsländern müssen die Importeure besondere Sorgfalt auf die Prüfung der Legalität verwenden. Denn nur wenn Illegalität ausgeschlossen werden kann, darf das Holz laut Gesetz importiert werden. In diesem Fall hätten sich die deutschen Käufer, die über eine Schweizer Firma das kongolesische Holz kauften, über dieses Risiko im Klaren sein müssen.

Wie geht es weiter?

Wir stecken in einem langwierigen Prozess. Einerseits muss in den Herkunftsländern des Tropenholzes die Korruption eingedämmt werden. Andererseits müssen in Importländern wie Deutschland die Gesetze konsequent umgesetzt werden. Der aktuelle Fall zeigt, dass eine gute Zusammenarbeit der Behörden in Europa essentiell ist, denn der europäische Markt ist noch immer sehr anfällig für illegales Holz. Die Berichte von REM werden im Internet veröffentlicht.[2] Sie zeigten im Wenge-Holz-Fall unter anderem, dass die Konzession nicht rechtmäßig vergeben worden war. Umso wichtiger ist es, dass diese unabhängigen Überwachungsorganisationen weiterhin von der EU und den Mitgliedsländern finanziell unterstützt werden, zumal es keine ungefährliche Tätigkeit für ihre Mitarbeiter ist, in Ländern mit einer schwachen Rechtsstaatlichkeit die Korruption und Missstände vor Ort anzuprangern.

Teilerfolge täuschen über Schwächen hinweg

Die Entscheidung der deutschen Behörde, das Wenge-Holz zu konfiszieren, ist ein Signal. Doch dieser Fall zeigt lediglich die Spitze des Eisberges und ist in sich widersprüchlich. Denn einerseits argumentierte das BMELV, dass der Fall zeige, dass der Nachweis der legalen Holzherkunft aus Ländern mit hohem Korruptionsrisiko allein mit staatlichen Dokumenten nicht erbracht werden könne.[3] Andererseits werden die Informationen aus dem REM-Berichten nicht als Grundlage für die Ermittlungen angesehen, und auch die Bewertung der Sorgfaltspflichten der Marktteilnehmer durch die BLE lässt Fragen offen. Laut der EU Kommission soll bei den Importen berücksichtigt werden, ob es »fundierte Berichte [gibt] über mögliche Mängel oder Probleme mit von Dritten überprüften Regelungen in den konkreten Ländern, aus denen das Holz oder die Holzerzeugnisse eingeführt werden«? Aber die deutschen Behörden waren im Fall des Holzes aus der DR Kongo der Ansicht, die deutschen Markteilnehmer hätten sich nach bestem Wissen bemüht, den Anforderungen gerecht zu werden, obwohl sie die öffentlich zugänglichen REM Reports im Internet nicht berücksichtigten. Hier werden die Schwächen des HolzSigs sichtbar, denn die Behörden können im Rahmen des zu großen Ermessensspielraumes »ein Auge zudrücken« und auf weitere Verfahren verzichten.

Erschwerend wirkt auch der Umstand, dass die Wahrscheinlichkeit eine Ladung illegales Holz aufzudecken minimal ist. Daher haben Umweltorganisationen Bedenken, dass viel zu wenige Stichproben bei den Holzimporteuren durchgeführt werden. Denn die Kontrollfunktion der Behörden spielt eine sehr große Rolle, insbesondere da das Strafmaß für den Import von illegalem Holz im Gesetzgebungsprozess, und somit die Hemmschwellen für Missbrauch, herabgesetzt wurden.[4] Das Holzimportgeschäft ist komplex, und der Illegalität bei fertigen Holzprodukten nachzugehen, ist für die Behörden zumeist viel komplizierter als im aktuellen Fall mit dem Wenge-Holz. Die Korruption und fehlende Rechtsstaatlichkeit beispielsweise in der DR Kongo führt ohne verbindliche unabhängige Kontrollen dazu, dass Holz aus solchen fragilen Ländern mit hoher Wahrscheinlichkeit illegal ist.

Neuste Entwicklungen

Die Firmen, deren Ladungen in Deutschland sichergestellt wurden, haben Revision eingelegt und es bleibt abzuwarten, ob das Holz öffentlich von der Vebeg, der bundeseigenen Treuhandgesellschaft zur Verwertung von ausgemustertem Eigentum des Bundes, versteigert wird oder gar keine Maßnahmen erfolgen. Bei dem dritten Fall mit deutschen Firmen, hat die Firma Furnierhandel Winsen GmbH, den Kaufvertrag mit der BAM (dem Importeur der Hölzer) rückwirkend annulliert. Die BLE hat die Annullierung der Verantwortung für den Import von illegalem Holz somit einfach billigend zur Kenntnis genommen. Die Hölzer, die weiterhin in Tschechien bei der Firma Danzer lagern, gehören nun offiziell der Schweizer Firma BAM. Weder die BLE, noch ihre tschechischen Kollegen, haben die Sicherstellung dieser Hölzer über den Verlauf des Falles veranlasst. Diese Präzedenzfälle werden immer absurder, denn sie sollten eigentlich aufzeigen, wie im Rechtsraum Europa abschreckend gegen illegalen Holzhandel vorgegangen wird. Der Verlauf zeigt eher auf, wie Handel mit illegalem Tropenholz durch schwache Gesetzgebungen in Deutschland »legalisiert« wird.

Andrea Cederquist

Die Autorin arbeite als Kampagnerin im Bereich Wälder und Biodiversität bei Greenpeace.

© knipseline / pixelio.de

Holz darf nicht illegal gehandelt werden.

1 Siehe hierzu auch Rundbrief Forum Umwelt und Entwicklung 04/ 2013, S. 14.

2 http://observation-rdc.info/documents/Rapport_REM_004_OIFLEG_RDC.pdf

3 Email von Thorsten Hinrichs, BMELV (08.11.2013)

4 http://www.greenpeace.de/themen/waelder/nachrichten/artikel/bundestag_macht_illegales_holz_hoffaehig/

DIE INTERNATIONALE WALDPOLITIK UND DER WALD

Über Forststrategie, Waldkonvention und illegalen Holzhandel

Auch der zweite Workshop der Dialogplattform Wald stieß bei zahlreichen Akteuren auf großes Interesse. So folgten den eingeladenen Experten, die über die Auswirkungen internationaler Waldpolitiken auf die Bewirtschaftung und die Biodiversität der Wälder informierten, mehr als 50 Teilnehmer. Damit erreichte das vom Bundesamt für Naturschutz geförderte Verbändeprojekt mehr als doppelt so viele Akteure als eingeplant. Das zeigt, dass großer Bedarf an Austausch und Diskussion zu waldpolitischen Themen besteht.

Die Art und Weise der Waldnutzung wird immer häufiger von internationaler Politik beeinflusst. So sind zurzeit Bestrebungen im Gange, auf europäischer Ebene mehr oder weniger verbindliche Strategien zu vereinbaren. Doch welcher Grad an Verbindlichkeit ist von Prozessen wie der Europäischen Forststrategie und einer Waldkonvention zu erwarten?

Neue EU-Forststrategie

Zunächst stellte Dr. Manfred Klein vom Bundesamt für Naturschutz den im September 2013 von der EU Kommission vorgelegten Entwurf einer neuen EU Forststrategie vor. Diese soll die bisher gültige Strategie aus dem Jahr 1998 ersetzen, die wiederum mithilfe des EU-Forstaktionsplans umgesetzt werden sollte. Wie sich eine Umsetzung dieser Strategie auf die Biodiversität im Wald auswirken wird, ist derzeit allerdings offen. Denn das Ziel, die Waldbewirtschaftung solle zum Erhalt der Artenvielfalt beitragen, ist zwar verschiedentlich formuliert, fraglich bleibt aber, ob nicht doch die wirtschaftliche Holznutzung Vorrang genießen wird.

Über den Stand der Verhandlungen zu einer Europäischen Waldkonvention informierte Matthias Schwörer vom Bundeslandwirtschaftsministerium. Demnach will man mit diesem umfassenden, internationalen Rechtsabkommen drei Ziele erreichen: Die Nachhaltigkeit der Waldbewirtschaftung und die Multifunktionalität der Wälder sollen gesichert werden; man will eine ganzheitliche Waldpolitik realisieren, die unterschiedlichste Ansprüche an den Wald zusammenbringt; und die europaweite Zusammenarbeit in der Waldpolitik stärken. Immerhin soll diese Konvention nicht nur von den 28 EU-Mitgliedsstaaten, sondern von weiteren Ländern mitverhandelt werden. Darunter ist mit Russland ein Land vertreten, dessen Waldfläche fast dem Fünffachen der gesamten Waldfläche der EU-Staaten entspricht. Selbst wenn eine Waldkonvention für die hiesige Forstwirtschaft keine besonderen Verbesserungen bringen würde, könnte alleine der Umstand, dass sich in Russlands Wäldern (und in gewisser Hinsicht auch in einigen südeuropäischen Staaten) etwas verbessern würde, ein solches Abkommen rechtfertigen.

Zielkonflikte blieben bestehen

Aus Sicht eines Umweltverbandes kritisierte Friedrich Wulf (Pro Natura, Schweiz) die Ergebnisse der beiden Politikprozesse. So löse die Forststrategie die zahlreichen Zielkonflikte nicht auf, sondern lasse die teilweise widersprüchlichen Ziele (zum Beispiel mehr Holznutzung versus mehr Naturschutz) nebeneinander stehen. Auch der Entwurf der Europäischen Waldkonvention sei viel zu sehr von Wirtschaftsinteressen dominiert, während Naturschutzziele zu wenig verankert seien. So würde die wichtige Frage nach den Grenzen nachhaltiger Bewirtschaftung und des nachhaltig tragbaren Holzverbrauches erst gar nicht gestellt. Auch seien die Beteiligungsmöglichkeiten von NGOs viel zu gering. Insofern könne die Waldkonvention für den Naturschutz und eine ökologische Waldnutzung vielleicht sogar schädlich sein, weil Naturschutz- und Nachhaltigkeitsaspekte nicht ausreichend berücksichtigt würden.

Gegen illegalen Holzeinschlag

Im zweiten Teil des Workshops ging es um den Kampf gegen den illegalen Holzeinschlag und Handel mit illegalen Hölzern. Peter Gerhardt von denkhausbremen betonte, dass die Förderung von Demokratie, Transparenz und einer kritischen Zivilgesellschaft Grundvoraussetzungen dafür seien, Missstände auch bei der Waldnutzung zu vermeiden. Er bezweifelte aber, dass die Maßnahmen dazu geeignet seien, einen Beitrag zur Vermeidung der großen Waldverluste im Tropenwald zu leisten.

Johannes Zahnen (WWF) kritisierte, dass zahlreiche wichtige Holzprodukte von der EU-Holzhandelsverordnung ausgenommen seien (zum Beispiel Gartenmöbel, Holzkohle, bedrucktes Papier). Auch sei die Strafandrohung für Verstöße viel zu gering, als dass sie abschreckende Wirkung entfalten könnte. Immerhin könnte mit neueren Untersuchungsmethoden festgestellt werden, ob in Druckerzeugnissen Tropenholzbestandteile enthalten seien, oder ob Holzarten falsch deklariert würden, was leider ebenfalls sehr häufig der Fall sei.

Die Sicht des Holzhandels stellte Thomas Göbel, Geschäftsführer beim Gesamtverband Deutscher Holzhandel dar. Für die Firmen sei vor allem die Einhaltung der sogenannten »Sorgfaltspflicht« von Interesse. Bei Hölzern aus als riskant eingeschätzten Ländern müssen die Holzhändler sich besonders intensiv um Nachweise der Legalität bemühen. Das sei etwa im Falle von Ländern wie Indonesien sehr schwierig. Gleichwohl unterstützt sein Verband die Bemühungen, illegales Holz vom Europäischen Markt fern zu halten. Dennoch sei es nicht gut, wenn Vertreter heimischer Waldbesitzer empfehlen, lieber kein Tropenholz zu nutzen.

László Maráz

Der Autor ist Koordinator der Dialogplattform Wald beim Forum Umwelt und Entwicklung.

PAPIERVERBRAUCH WÄCHST – WÄLDER SCHRUMPFEN

Rezension des kritischen Papierberichts 2013

Jeder fünfte Baum, der weltweit gefällt wird, landet in der Papierherstellung. Angesichts der zunehmenden Knappheit bei nachwachsenden Rohstoffen stellt sich die Frage, wieviel Konsum zu viel ist und wie sich der Verbrauch begrenzen lässt. Denn Holz wird auch für andere Zwecke dringend gebraucht: Vor allem im Wald und für die stoffliche Nutzung.

Wer sich ein Bild von der Lage im Papiersektor machen will, für den bietet der Kritische Papierbericht 2013 eine erstklassige Informationsquelle. Der weltweite Anstieg des Papierverbrauchs, die künftige Verfügbarkeit von Altpapier und der wachsende Druck auf das Ökosystem Wald werden analysiert. Der Bericht beleuchtet die Ausweitung von Zellstoffplantagen, die CO_2-Relevanz der Holznutzung, das wirtschaftliche Potential der Papierbranche sowie die Grenzen des FSC-Logos. Außerdem stellt er Wege zur Einsparung von Papier vor und gibt eine Marktübersicht der Büro-, Druck- und Hygienepapiere mit Blauem Engel.

Enorme Zunahme von Papierverbrauch

Globale Prognosen sagen 25 Prozent Wachstum des Papierverbrauchs bis 2020 voraus, insbesondere in Asien, Südamerika und Russland. Die Produktionskapazitäten verlagern sich weiter von Nordeuropa und Nordamerika nach Südamerika und Fernost. Dort profitieren die Zellstoff- und Papierunternehmen nicht nur von starken Absatzmärkten, sondern auch von schwächeren Umweltauflagen und niedrigeren Personal- und Energiekosten.

Vermeintliche Abhilfe gegen den Holzmangel verspricht die Ausweitung von Plantagenflächen, wobei die ökologischen und sozialen Folgen von Baum-Monokulturen in der Kritik stehen. Da sich die Nutzungskonkurrenzen stetig verschärfen, verdrängen Plantagen vielfach landwirtschaftliche Produktion in noch unerschlossene Gebiete, wo wiederum Wald gerodet und teilweise Urwald zerstört wird. Die lokale Bevölkerung verliert ihre Lebensgrundlagen. Die Expansion von Zellstoffplantagen scheint nur weiterem Verbrauchswachstum Vorschub zu leisten. Zudem droht die Ausweitung des kommerziellen Anbaus gentechnisch veränderter Bäume.

Zertifizierung bietet kaum Vorteile

Eine ökologische Alternative zu Recyclingpapier mit Blauem Engel bieten auch Papiere mit FSC-Siegel nur in den wenigsten Fällen. Denn am Markt dominieren FSC-Mix-Qualitäten aus reinen Primärfasern, die den Rohstoffverbrauch nicht reduzieren. Diese Papiere bleiben beim Energie- und Wasserverbrauch weit hinter dem Blauen Engel zurück, verboten sind weder der Einsatz von Chlorbleiche noch Chemikalien, die zum Beispiel als krebsfördernd gelten.

Der deutsche Papierverbrauch stammt zu 55 Prozent aus Importen, die zum Großteil Primärfasern beinhalten, und erreicht damit nur einen Altpapieranteil von etwa 56 Prozent. So wird der Kreislauf stets durch hohen Zufluss an Primärfasern aufgefrischt und es bestehen noch Potentiale zum verstärkten Einsatz von Altpapier, insbesondere bei grafischen und Hygienepapieren.

Sparen und recyceln nimmt Druck vom Wald

Deutschland liegt als Zellstoffimporteur auf Platz drei nach China und den USA und führt außerdem 55 Prozent seines Papierverbrauchs ein. Damit stammen über 80 Prozent des deutschen Bedarfs an Primärfasern aus Importen. Woher allerdings die Lieferländer ihr Papierholz beziehen, ist nur teilweise nachvollziehbar. Auf indirektem Weg beispielsweise über Buchimporte aus China, dem Hauptabnehmer indonesischen Zellstoffs, gelangt weiterhin Holz aus Tropenwaldzerstörung auf den deutschen Markt. Mengenaussagen lassen sich jedoch nicht treffen. Zumal die großen Papierunternehmen ihren Rohstoff aus vielen unterschiedlichen Ländern beziehen und kaum Zahlen offenlegen. Die Statistiken von Verband Deutscher Papierfabriken (VDP), FAO, Eurostat und Confederation of European Paper Industries (CEPI) zu Primärfaserimporten weichen teilweise eklatant voneinander ab. Immerhin hat die deutsche Papierindustrie den Energiebedarf pro Produktionseinheit kontinuierlich gesenkt, nicht zuletzt durch erhöhten Einsatz von Altpapier: Recyclingpapier spart bei der Herstellung rund 60 Prozent Energie gegenüber Primärfasern.

Der Kritische Papierbericht wirbt insbesondere für das Einsparen von Papier. Wachsende Nutzungskonkurrenzen um begrenzte Flächen und die jährlichen Waldverluste zeigen, dass der globale Papierverbrauch die Grenzen der Nachhaltigkeit längst überschritten hat. Das Prinzip des ökologischen Fußabdrucks sieht für alle Erdenbürger gleiche Verbrauchsrechte vor, an einer Reduktion hierzulande führt deshalb kein Weg vorbei. Wie dies gelingen kann, zeigt in Ansätzen das Nachbarland Frankreich, in dem der Pro-Kopf-Verbrauch 100 kg unter unserem liegt.

László Maráz

Der Autor ist Koordinator der Plattform Wald des Forums Umwelt und Entwicklung.

Kritischer Papierbericht 2013, Hrsg. Forum Ökologie & Papier, Autoren Evelyn Schönheit, Jupp Trauth

Bezug über: www.foep.info/-veroeffentlichungen/

WIR HABEN ES SATT!

30 000 Menschen fordern einen Kurswechsel in der Agrarpolitik

Angeführt von 70 Traktoren und Hunderten von Bäuerinnen und Bauern zogen am 18. Januar 2014 Zehntausende Menschen vor das Bundeskanzleramt in Berlin. Bei der vierten »Wir haben es satt!«-Demonstration forderten sie von der Bundesregierung eine grundlegende Agrarwende mit ökologischen und sozialen Reformen in der Landwirtschaftspolitik hin zu einer bäuerlichen und tiergerechten Landwirtschaft.

Bei strahlendem Sonnenschein und fast frühlingshaften Temperaturen startete die vierte »Wir haben es satt!«-Demonstration in Berlin. Mit dabei waren zahlreiche internationale Gäste, die über die globalen Auswirkungen der europäischen Agrarpolitik sprachen und viele junge LandwirtInnen, KöchInnen und Food-AktivistInnen; es wurde über Gentechnik, Sortenvielfalt und Agrarfabriken gesprochen. Mit musikalischer Begleitung, Schildern und Bannern und in bunten Kostümen setzte sich der Demonstrationszug in Bewegung und zog vorbei am Landwirtschaftsministerium, vor dem eine Zwischenkundgebung zum Thema »Freiheit für die (Saatgut-)Vielfalt« stattfand, und vorbei am Europahaus, wo in einem Sketch die Auswirkungen des geplanten EU-US-Freihandelsabkommens TTIP dargestellt wurden, bis zum Bundeskanzleramt.

Bei der Abschlusskundgebung sprachen unter anderem Jochen Fritz für die »Wir haben es satt!«- Bewegung, Carlo Petrini, Präsident von Slow Food International, Hubert Weiger, Vorsitzender des Bund für Umwelt und Naturschutz, sowie Gäste aus den USA und Afrika.

»Die Große Koalition fährt die Agrarpolitik an die Wand! Wer Megaställe genehmigt und subventioniert, wer auf Export und Freihandel setzt und dann auch noch darüber nachdenkt, Gentech-Pflanzen auf Europas Äckern zuzulassen, der lässt die Bäuerinnen und Bauern im Stich und handelt gegen die Interessen von VerbraucherInnen, Tieren und Umwelt«, sagte Jochen Fritz vom »Wir haben es satt!«-Bündnis. »Wir erwarten von der neuen Bundesregierung eine Landwirtschaftspolitik, die das Arten- und Höfesterben stoppt und den Hunger in der Welt bekämpft.«

© Die Auslöser, Berlin

Tausende versammeln sich bei der Kundgebung

Große Kritik am geplanten Freihandelsabkommen TTIP

Die VeranstalterInnen kritisierten besonders das geplante Freihandelsabkommen zwischen der EU und den USA (TTIP). »Hinter verschlossenen Türen verhandelt die EU-Kommission über ein Freihandelsabkommen, das Bauern und Verbrauchern gleichermaßen schadet. Die große Mehrheit der Menschen will keine Chlorhühnchen, kein Hormonfleisch und keine Gentechnik durch die Hintertüre«, sagte Fritz. Genau das drohe aber, wenn das geplante Freihandelsabkommen abgeschlossen werde.

Das starke Signal, welches von der vierten »Wir haben es satt!«-Demonstration ausging, wurde auch in der Politik gehört. So begrüßte der damalige Bundeslandwirtschaftsminister Hans-Peter Friedrich (CSU) die Beteiligung an der politischen Debatte. »Alle Argumente, die dort vorgetragen werden, spielen auch in unserer Diskussion eine Rolle und haben ihre Berechtigung«, sagte Friedrich und bezeichnete die Demonstration als »gutes Zeichen, dass sich viele Menschen Gedanken über grundlegende Fragen der Ernährung machen.«

Aufgerufen zu der Demonstration hatte das »Wir haben es satt!«-Bündnis aus über 100 Organisationen, darunter Bäuerinnen und Bauern, ImkerInnen, Natur-, Tier- und VerbraucherschützerInnen, Entwicklungsorganisationen und Erwerbsloseninitiativen.

Gentech-Mais, Pestizide und Schlachthof-Razzia

Die erfolgreiche »Wir haben es satt!«-Demonstration hat gezeigt: Die neue gesellschaftliche Bewegung für gutes und gesundes Essen und eine soziale, tiergerechte und ökologische Landwirtschaft in Deutschland ist weiter gewachsen. Und dennoch: Die Schlagzeilen der letzten Wochen machen deutlich, dass die Agrarindustrie in Europa weiter auf dem Vormarsch ist. Anfang Februar tauchte erneut mit Pferdefleisch vermischtes Rindfleisch einer niederländischen Schlachterei auf; 28 000 Tonnen Fleisch wurden vorsorglich zurückgerufen. Mitte Februar teilte

der Zentralverband der Deutschen Geflügelwirtschaft (ZDG) mit, dass nach 14 Jahren gentechnikfreier Fütterung Geflügel in Deutschland aufgrund von Lieferschwierigkeiten nun wieder mit gentechnisch veränderter Soja gefüttert werde – Erzeugerverbände weisen jedoch auf eine Steigerung der Produktion gentechnikfreier Soja hin. Wenige Tage später ebnete Deutschland durch seine Enthaltung bei der EU-Abstimmung über den umstrittenen, gentechnisch veränderten Mais DuPont-Pioneer 1507 der EU-Zulassung den Weg. Kurz darauf erhielt Monsanto vom EU-Patentamt das Patent auf die natürlichen Genvarianten von konventionell gezüchteten Soja-Pflanzen – welches bei korrekter Auslegung der europäischen Patentgesetze gar nicht hätte erteilt werden dürfen. Ende Februar beschloss das Bundeskabinett inklusive des neuen Bundeslandwirtschaftsministers Christian Schmidt (CSU) im Gesetzesentwurf zur Umsetzung der EU-Agrarreform, dass auf den ökologischen Vorrangflächen, die ab 2015 grundsätzlich 5 Prozent der Fläche eines landwirtschaftlichen Betriebs umfassen sollen, auch Pestizide ausgebracht werden dürfen. Und in der gleichen Woche wurde bei einer Großrazzia in Schleswig-Holstein ein holländischer Großschlachtbetrieb aufgrund von eklatanten Hygienemängeln und Tierquälerei bis auf Weiteres geschlossen.

Erfolgreicher Protest

Doch auch gute Nachrichten waren in den letzten Wochen zu lesen: so konnten zwei Geflügelmastanlagen in Brandenburg (Alt Daber: 450 000 Hühner geplant) und Mecklenburg-Vorpommern (Wittstock: 200 000 Hühner geplant) durch den massiven Widerstand der örtlichen Bürgerinitiativen verhindert werden. Das zeigt: Protest wirkt! Und deswegen wird es auch 2014 zahlreiche weitere Aktionen geben:

Am 3. April findet eine Demonstration vor der Agrarministerkonferenz in Cottbus statt. Am 29. Juni wird es eine Demonstration an einem geplanten Megastall in Brandenburg geben. Und am 30. August wird eine »Wir haben es satt!«-Demonstration in Potsdam im Vorfeld der Landtagswahlen in Brandenburg stattfinden. Alle Aktionen in Brandenburg werden gemeinsam mit dem Aktionsbündnis Agrarwende Berlin-Brandenburg veranstaltet. Vom 2.–5. Oktober findet dann in Berlin das »Stadt-Land-Fluss«-Festival mit einem Kongress zu guter Landwirtschaft und Ernährung gemeinsam mit der Markthalle Neun statt. Weitere »Wir haben es satt!«-Demonstrationen sind vor den Landtagswahlen in Thüringen und Sachsen geplant.

Und auch 2015 geht es weiter! Die fünfte »Wir haben es satt!«-Demo startet am 17. Januar 2015 in Berlin. Save the date!

Iris Kiefer

Die Autorin ist für die Presse- und Öffentlichkeitsarbeit der »Wir haben es satt!«-Demonstration und der Kampagne »Meine Landwirtschaft« verantwortlich.

Bilder und einen Pressespiegel der Demonstration unter: *www.wir-haben-es-satt.de.*

Weitere Informationen zu geplanten Aktivitäten außerdem unter: *www.meine-landwirtschaft.de.*

REFORMBEDARF IN DER TIERHALTUNG KONKRETISIERT

Breites Spektrum von Nichtregierungsorganisationen diskutiert Strategien gegenüber der Großen Koalition

Die Große Koalition kommt nur langsam in die Gänge. Das mussten NROs bei einer Tagung zum Thema Tierhaltungspolitik der neuen Regierung erneut erfahren. Eine Reihe von Abgeordneten hatte zu der eintägigen Veranstaltung in der Katholischen Akademie am 30. Januar zugesagt – um dies dann wegen wichtiger Termine im gerade erst konstituierten Bundestag wieder zurücknehmen zu müssen. So wurde aus dem geplanten Dialog mit der Politik ein produktives Planungs- und Strategietreffen von Entwicklungs-, Umwelt- und Bauernverbänden.

Die Ergebnisse bilden eine gute Grundlage für die weitere Lobby- und Kampagnenarbeit gegenüber Parlament und Regierung, machen aber auch deutlich, wo die Zivilgesellschaft ihre Positionen noch konkretisieren und zuspitzen müssen. Die Veranstalter der Tagung Germanwatch, Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft, Forum Umwelt und Entwicklung, Brot für die Welt und Misereor werden die Bereitschaft der Abgeordneten für Diskussionen für weitere Treffen und Veranstaltungen in diesem Jahr nutzen.

Probleme der industriellen Tierhaltung

Zum Einstieg rief Tobias Reichert von Germanwatch die zahlreichen, mit der industrialisierten Tierhaltung verbundenen Probleme in Erinnerung: Ein großer Teil der Getreideproduktion – weltweit etwa ein Drittel, in Deutschland sogar über die Hälfte – wird als Tierfutter genutzt, und steht damit nicht für die menschliche Ernährung zur Verfügung. Vor allem aufgrund der Futterimporte ist die EU Nettoimporteur von Agrarprodukten

und nutzt damit mehr Ackerflächen als in der EU selbst zur Verfügung stehen. Die intensive Produktion führt in vielen Regionen zu Problemen bei Umwelt- und Tierschutz, während die Ausrichtung auf Kosteneffizienz gerade kleinere Betriebe aus der Produktion drängt. Gleichzeitig trägt der hohe und steigende Konsum von Fleisch und Milch zu Übergewicht und ernährungsbedingten Krankheiten in Industrie- und Schwellenländern bei.

Anita Idel betonte die Vorteile einer nachhaltigen Grünland-, und Weidewirtschaft für Bodenfruchtbarkeit, Biodiversität, Klimaschutz und Tiergesundheit. Im Zuge der reformierten GAP müsse insbesondere die Beweidung gefördert werden, unter anderem durch den Absatz von Weidemilch. Auch zusätzliche Forschung zur Weidewirtschaft sei notwendig. Bernhard Osterburg vom Thünen-Institut stellte dar, dass das Ziel einer pflanzenbedarfsgerechten und effizienten Düngung, welche Umweltbelastungen reduziere, in vielen Regionen Deutschlands nicht erreicht werde. In 20-30 Prozent der Betriebe würden mehr als 80 kg Stickstoff pro Hektar ausgebracht, vor allem in Tierhaltungsbetrieben. In den besonders betroffenen Regionen sollte dem mit einer verbindlichen Obergrenze und häufigeren Kontrollen entgegengewirkt werden.

Konkrete Vorschläge gegen industrielle Tierhaltung

Ekkehard Niemann vom Netzwerk »Bauernhöfe statt Agrarfabriken« machte drei konkrete Vorschläge, wie Probleme aus der industriellen Tierhaltung durch ein weiter entwickeltes Ordnungsrecht begrenzt werden können. So sollte das Baurecht, welches Umweltverträglichkeitsprüfungen und die Genehmigung durch lokale Behörden vorsieht, für alle und nicht wie bisher nur für gewerbliche Betriebe angewendet werden. Der in Niedersachsen entwickelte Tierschutzplan, nach dem unter anderem Schweineschwänze und Hühnerschnäbel nicht mehr kupiert werden dürfen, sollte auch auf Bundesebene übernommen und durchgesetzt werden. Drittens sollte bei der Anwendung von Antibiotika in der Tierhaltung eine Vorsorgeregelung getroffen werden, die verhindert, dass Resistenzen entstehen, welche sich auch auf menschliche Krankheitserreger übertragen. Ulrich Jasper von der Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft zeigte anhand des Schweinesektors den mit Produktions- und Exportsteigerungen einhergehenden Strukturwandel auf. Während die Produktion seit Beginn des Jahrtausends um mehr als 20 Prozent stieg, und Deutschland damit zum Nettoexporteur wurde, habe sich die Zahl der Schweinhaltungen im selben Zeitraum etwa halbiert, was wiederum negative Auswirkungen auf Agrarstruktur und regionale Beschäftigung habe. Um diesem Trend zu begegnen müssen die Marktmacht der Erzeuger in der Produktionskette gestärkt und zumindest eine Debatte darüber begonnen werden, welchen Beitrag die Marktordnung in der Europäischen Agrarpolitik leisten könne.

Internationale Dimension

Auf die internationale Dimension der exportorientierten Tierproduktion gingen Kerstin Lanje von Misereor, Markus Wolter vom WWF und Stig Tanzmann von Brot für die Welt ein. Lanje und Wolter stellten die ökologischen und sozialen Wirkungen des steigenden Sojaanbaus in Südamerika dar, für das die EU, seit kurzem nach China, der zweitgrößte Absatzmarkt ist. Sie schlugen neben dem verstärkten Anbau und Einsatz heimischer Eiweißfutter in der EU einen schrittweisen Ausstieg aus der Nutzung gentechnisch veränderten Sojas vor. Ein wichtiger Schritt dahin sei die Kennzeichnung tierischer Produkte, die mit gentechnisch verändertem Futter hergestellt wurden. Die Importe sollten in der Gesamtmenge begrenzt und nur noch aus zertifizierten Quellen stammen. Gleichzeitig müssten die bestehenden Zertifizierungssysteme verbessert werden und um Kriterien für Landrechte, Löhne und Arbeitsschutz sowie Fruchtfolgen und Bodenschutz erweitert werden.

Stig Tanzmann zeigte, dass sich die Hühnerfleischexporte der EU in den letzten drei Jahren mehr als verdoppelten und vor allem in Afrika das Wachstum besonders groß war. Allein Benin, Ghana und Südafrika nähmen über 40 Prozent der EU Exporte ab – meist Teile geringerer Qualität. Die einheimische Geflügelwirtschaft – ob mittelständisch oder industriell – habe demgegenüber kaum eine Chance. Damit würden nicht nur Einkommens- und Beschäftigungsmöglichkeiten zerstört, sondern langfristig vergrößere sich die Importabhängigkeit, was bei steigenden internationalen Preisen zu Zahlungsbilanzproblemen und Versorgungsengpässen führen könne. Um dies zu verhindern, müsse die EU ihre Exporte schrittweise zurückfahren, was auch die Kohärenz mit Entwicklungsprogrammen zur Fleischproduktion in Afrika fördere. In der Zwischenzeit müsse ein Mechanismus geschaffen werden, bei dem afrikanische Regierungen und Betroffene durch EU-Exporte entstehende Probleme anzeigen und Lösungsmöglichkeiten diskutieren könnten.

Qualität statt Quantität

Insgesamt zeigte sich, dass mit einer Abkehr von einer auf möglichst kostengünstige Produktion und Exporte zielenden Strategie viele Probleme entschärft werden könnten. Die durch bessere ökologische und soziale Standards entstehenden Kosten lassen sich durch eine auf Qualität statt auf Quantität ausgerichteten Produktion besser decken. Allerdings besteht gerade bei der Frage, wie stabilere und lohnendere Preise für nachhaltige Erzeugung gesichert werden können, noch die größte Notwendigkeit Instrumente zu entwickeln.

Tobias Reichert

Der Autor ist Teamleiter Welternährung, Landnutzung und Handel bei Germanwatch.

TTIP-READER
Eine Sammlung von Texten und Positionen

Seit Juni 2013 laufen die Verhandlungen für das Transatlantic Trade and Investment Partnership (TTIP). Diese sind besonders durch mangelnde Transparenz und die Geheimhaltung von Dokumenten gekennzeichnet. Auf beiden Seiten des Atlantiks ruft das geplante Freihandels- und Investitionsabkommen zwischen der EU und den USA starke zivilgesellschaftliche Kritik hervor. In diesem Reader beleuchten sechs AutorInnnen Hintergründe und mögliche Auswirkungen von TTIP. Welche Folgen hat eine zunehmende, durch regulatorische Harmonisierung hervorgerufene Deregulierung der Handelspolitik? Und welche Rolle kommt der WTO dabei zu? Welche Rückschlüsse können wir aus dem bereits weiter vorangeschrittenen europäisch-kanadischen Äquivalent CETA für die Verhandlungen von TTIP ziehen? Die Diskrepanz zwischen den Standards der EU und der USA scheint nur durch ein Abrücken von den im, Vergleich gesehen, strengeren europäischen Normen auflösbar zu sein. Somit also auch von dem Grundsatz des Vorsorgeprinzips. Sollten wir bereit sein diesen Rückschritt in Umwelt- und Verbraucherschutzpolitik in Kauf zu nehmen? Die von Industrielobbys vertretenen Konzerninteressen, welche in den Verhandlungen generell im Vordergrund stehen, wirken sich auch auf den Agrarsektor aus. Die Durchsetzung industrieller Standards in diesem Bereich würde zu einer Schwächung der bäuerlichen Qualitätserzeugung führen. Welchen Nutzen hätte also eine zunehmende Globalisierung der Nahrung, wenn sie sowohl für den bäuerlichen Produzenten als auch den Konsumenten Nachteile bringt? Mit dem in dem geplanten Abkommen enthaltenen Investitionsschutzkapitel erhalten Konzerne das Recht gegen den Staat zu klagen. Wie es sich bereits in mehreren Fällen gezeigt hat, geht es dabei ausschließlich um Gewinne. Vorgegangen wird dabei teilweise gegen Gesetze zum Schutz der Umwelt und Gesundheit. Wozu brauchen Länder, die bereits über ein hoch entwickeltes Rechtssystem verfügen, ein Klagerecht, welches Konzerninteressen über die Demokratie, und das nicht nur auf der Ebene der Handlungspolitik, stellt? Den Erörterungen dieser Themen schließen sich Positionspapiere deutscher, europäischer und US-amerikanischer Organisationen an. Die Zusammenstellung der verschiedenen Forderungen bekräftigt nochmals die Dringlichkeit und Notwendigkeit des transnationalen Widerstands gegen das geplante Handels- und Investitionsabkommen.

Download unter:
www.forumue.de

DIE FREIHANDELSFALLE.
Transatlantische Industriepolitik ohne Bürgerbeteiligung – das TTIP
Grundlagentext

Die gemeinsame Bucharbeit spiegelt die breite Ablehnung des geplanten EU-USA-Freihandelsabkommens seitens zahlreicher Nichtregierungsorganisationen und sozialer Bewegungen wieder. Die Verfasserinnen und Verfasser kommen aus dem Attac-Netzwerk sowie von Corporate Europe Observatory, Powershift, Oxfam, BUND, Weed, Brot für die Welt oder Verdi. Allgemein verständlich werden die Freihandelstheorie- und -praxis, mögliche Folgen für Umwelt und VerbraucherInnen sowie Risiken für soziale und demokratische Standards aufgezeigt. Dass in den USA ähnliche Bedenken diskutiert werden wie in Europa, vermitteln die Autorinnen der US-amerikanischen Organisationen Sierra Club und Public Citizen. Eines von fünf Kapiteln befasst sich zudem mit alternativen Ansätzen für die EU-Handelspolitik.

Der Band ist Teil der Taschenbuch-Reihe »Attac-Basis-Texte« des VSA-Verlags, die grundlegendes Wissen über einzelne Themenfelder der Globalisierungskritik vermittelt. Der Text hat 128 Seiten und ist für 9 Euro im Buchhandel oder im Attac-Webshop erhältlich.

KRITISCHER PAPIERBERICHT 2014
Studie

Der Kritische Papierbericht zeigt wesentliche Entwicklungen auf dem Papiersektor auf und forscht nach der Herkunft des Rohstoffes Holz. Im Mittelpunkt stehen die ökologischen Zusammenhänge und sozialen Konsequenzen in den Lieferländern. Der weltweite Anstieg des Papierverbrauchs, die künftige Verfügbarkeit von Altpapier und der wachsende Druck auf das Ökosystem Wald werden analysiert. Der Bericht beleuchtet die Ausweitung von Zellstoffplantagen, die CO_2-Relevanz der Holznutzung, das wirtschaftliche Potential der Papierbranche sowie die Grenzen des FSC-Logos. Außerdem stellt er erfolgreiche Wege zur Einsparung von Papier vor und gibt eine Marktübersicht der Büro-, Druck- und Hygienepapiere mit Blauem Engel.

Bezug und Download über Kritischer Papierbericht 2013, Hrsg. Forum Ökologie & Papier, Autoren Evelyn Schönheit, Jupp Trauth, www.foep.info/-veroeffentlichungen/

WETTSTREIT UM RESSOURCEN
Studie

Der Sammelband von Ulrich Schneckener, Andreas Lienkamp, Britta Klagge und Arnulf von Scheliha behandelt, unter Rückgriff auf verschiedene wissenschaftliche Ansätze, die Gefahren des Wettlaufs um die Nutzung der natürlichen Ressourcen Klima, Wasser und Boden. International renommierte Fachleute aus den Bereichen Politikwissenschaft,

Wirtschaftsgeographie, Völkerrecht, Regionalwissenschaften und Theologie behandeln die Frage, wie sich Ressourcenkonflikte und Ressourcenknappheit auf innerstaatlicher wie auch auf globaler Ebene auswirken und untersuchen exemplarisch Formen der Kooperation und Konfliktlösung. Ihre Beiträge spiegeln die Erkenntnisse und Sichtweisen der verschiedenen Fachrichtungen wider und tragen so zu einer umfassenden Darstellung der Problematik bei.

»Wettstreit um Ressourcen: Konflikte um Klima, Wasser und Boden« (oekom-Verlag, München 2014)

Download unter http://www.oekom.de/buecher/fachbuch/energie-klimaschutz/buch/wettstreit-um-ressourcen.html

CITIZEN SCIENCE
Das unterschätze Wissen der Laien
Buchpublikation

Darwin und Mendel gelten als herausragende Figuren der Wissenschaftsgeschichte – dabei waren sie auf ihren Gebieten »nur« Amateure, keine Berufsforscher im heutigen Sinn. Was sie antrieb, war eine unstillbare Neugier, die auch heute noch unzähligen Laien zu Eigen ist und in leidenschaftlich gepflegten Hobbys und ehrenamtlicher Forschung in vielen Problemfeldern der Zivilgesellschaft ihren Ausdruck findet. Doch Wissenschaft und Forschung gelten mittlerweile als Privileg der Profis, das oftmals lebensnähere Wirken der Laien als zweitklassig. Dabei sind ihre Leistungen bedeutsamer denn je: das Jahrhundertprojekt Wikipedia wäre ohne Citizen Science undenkbar und auch erfolgreiches bürgerschaftliches Engagement kommt ohne fundierte Sachkenntnisse nicht aus. Peter Finke legt die erste Einführung in die Ideenwelt von Citizen Science vor und lädt ein, die unterschätzte Welt der Wissensbürger zu entdecken.

Bezug unter:
Peter Finke: Citizen Science. Das unterschätzte Wissen der Laien. 240 Seiten, 19,95 EUR, oekom Verlag.

CORPORATE INFLUENCE IN THE POST-2015 PROCESS
Working paper

In dem Paper von Lou Pingeot, herausgegeben vom Global Policy Forum, Brot für die Welt und Misereor wird der Einfluss transnationaler Unternehmen auf den Post-2015-Prozess diskutiert. Pingeot gibt einen Überblick über die zentralen Wirtschaftsakteure im Post-2015-Prozess und darüber, wie diese den Entwicklungsdiskurs mitgestalten. In den Texten wird mehr Transparenz hinsichtlich Einfluss und Mitwirkung von Unternehmen in UN-Prozessen gefordert sowie eine größere Debatte über die Risiken einer von privaten Wirtschaftsinteressen gestalteten Entwicklungsagenda.

Download unter:
http://www.globalpolicy.org/images/pdfs/GPFEurope/Corporate_influence_in_the_Post-2015_process_web.pdf

DER FLEISCHATLAS 2014
Studie

Wie viele Tiere werden in Deutschland und der Welt geschlachtet? Wer profitiert vom billigen Fleisch? Welche Hormone landen ungewollt auf unserem Teller und wie viele Pestizide werden eingesetzt? Nachdem der Fleischatlas 2013 gezeigt hat, welche Auswirkungen Europas Fleischkonsum auf die Schwellen- und Entwicklungsländer und aufs Klima hat, bringt der Fleischatlas 2014 Licht ins Dunkel des Big Business Fleisch – von Europa, über die USA bis hin zu den aufstrebenden Volkswirtschaften China und Indien.

Thematisiert werden unter anderem aktuelle Tendenzen beim Fleischkonsum in den Industriestaaten, das Landgrabbing in Entwicklungsländern und mögliche Auswirkungen des derzeit verhandelten USA-Europa-Freihandelsabkommens. Der Fleischatlas zeigt außerdem an konkreten Beispielen, dass Alternativen jenseits der »Massenindustrie Fleisch« möglich sind.

Bestellung und Download:
Heinrich-Böll-Stiftung,
Schumannstr. 8, 10117 Berlin,
www.boell.de/fleischatlas

Bund für Umwelt- und Naturschutz Deutschland/Versand, Am Köllnischen Park 1, 10179 Berlin,
www.bund.net

CONVERGENCE AND CONTENTION
The Least Developed Countries in Post-2015 Debates
Studie

Die 48 am wenigsten entwickelten Länder (LDC) stehen vor großen Herausforderungen – von Armut bis Klimawandel. Sie setzen dabei auch auf die neue globale Entwicklungsagenda nach 2015. In dem 24-seitigen Papier werden verschiedene Perspektiven und Meinungen vorgestellt, es soll so den LDC helfen, ihre eigenen Positionen und Probleme zu identifizieren und ihre Verhandlungsmacht in den post-2015-Debateen zu stärken und als Informationsbroschüre für den globale Norden dienen.

Weiter Informationen sowie der kostenlose PDF-Download unter:
http://pubs.iied.org/17202IIED.html

NUNCA MAIS BRASILIENTAGE
Bundesweite Thementage
März – Juni 2014

Am 31. März 2014 jährt sich der Militärputsch in Brasilien zum fünfzigsten Mal. In den über 20 Jahren Diktatur waren Repression, Folter und das »Verschwindenlassen« von Gegnern der Militärregierung an der Tagesordnung. Von März bis Juni 2014 wird es bundesweit Filmreihen, Workshops und Gesprächsrunden mit namhaften Experten und Zeitzeugen geben. Während der Brasilientage soll insbesondere der aktuelle Stand der Aufarbeitung in Brasilien diskutiert werden. Die brasilianische Militärregierung war die erste von vielen Militärregierungen in Lateinamerika, die ab den 1970er Jahren blutige Spuren hinterließen. Als übergreifender Schwerpunkt werden insbesondere die engen politischen und wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Deutschland und Brasilien während der Diktatur beleuchtet. Wer waren die deutschen Freunde des Militärs? Wer unterstützte die politisch verfolgten Brasilianer in Deutschland? Aktuelle menschenrechtliche Probleme in Brasilien wie Polizeigewalt und die Gewalt und Diskriminierung gegenüber Indigenen sollen ebenfalls diskutiert werden.

Infos und Termine:
http://nuncamaisde.wordpress.com/

AUF ZU NEUEN PERSPEKTIVEN! BILDUNG FÜR NACHHALTIGE ENTWICKLUNG SPIELERISCH GESTALTEN
Seminar
4. – 6.April 2014
Haus am Schüberg, Wulfsdorfer Weg 33, 22949 Ammersbek

Veränderungen beginnen im Kopf, durch Überwindung eingefahrener Denkmuster. Dafür brauchen wir die Fähigkeit zum Perspektivwechsel. Wichtige persönliche Kompetenzen für das Umsteuern in Richtung einer global gerechten und naturverträglichen Entwicklung sind zudem Kooperationsfähigkeit und das Denken in globalen Zusammenhängen. In dem Seminar werden erfahrungsorientierte Spiele und Übungen vorgestellt, die diese Schlüsselkompetenzen auf spannende und ungewöhnliche Weise fördern. Denkmuster sollen aufgedeckt und komplexe entwicklungspolitische und ökologische Zusammenhänge eingängig und anschaulich vermittelt werden. Das abstrakte Leitbild der »nachhaltigen Entwicklung« wird so zu einer lebendigen Erfahrung.

Weitere Informationen und Anmeldung:
Brot für die Welt, Nicole Borgeest, bildungsstelle-nord@brot-fuer-die-welt.de, 040/60 52 559

http://info.brot-fuer-die-welt.de/termin/auf-neuen-perspektiven-bildung-fuer-nachhaltig-0

FAIR HANDELN
Internationale Messe für Fair Trade und global verantwortungsvolles Handeln
10. – 13. April 2014
Messe Stuttgart

Die FAIR HANDELN ist eine Messe für alle, die sich engagiert für ein global verantwortungsvolles und nachhaltiges Handeln einsetzen. Sie stellt einen Marktplatz dar für den Fach- und Einzelhandel, der fair gehandelte Produkte, Nahrungsmittel, Textilien, Kosmetik, Blumen, Kunst etc. im Angebot hat. Darüber hinaus sind Corporate Social Responsibility (CSR), Nachhaltiger Tourismus und Entwicklungszusammenarbeit vorrangige Themen, die auf der FAIR HANDELN vorgestellt und in zahlreichen Bildungsveranstaltungen und Forumsbeiträgen beleuchtet und diskutiert werden können.

Weitere Informationen:
http://www.messe-stuttgart.de/fairhandeln/

10. DEUTSCHES CSR-FORUM
Tagung
7. und 8. Mai 2014
Ludwigsburg bei Stuttgart
Forum am Schloßpark

Beim 10. Deutschen CSR-Forum geht es um die »Machbarkeit von gesellschaftlicher Verantwortung«. Mit über 25 Vorständen und Geschäftsführern aus Deutschland und Österreich sowie NGO-Leitern, Wissenschaftlern und Politikern soll in 15 Sektionen über das Thema Corporate Social Responsability diskutiert und Wissen geteilt werden.

Weitere Informationen:
http://www.csrforum.eu/

KANT-WELTBÜRGERPREIS 2014 FÜR DEN FILM »WATER MAKES MONEY«
Preisverleihung und Podiumsdiskussion über »Zukunftsfragen zu Demokratie und Rechtsstaatlichkeit in Europa«
9. Mai 2014, 14 – 18 Uhr
Aula der Albert-Ludwigs-Universität Freiburg

Der Film von Leslie Franke und Herdolor Lorenz ist ein ausgezeichnetes Beispiel für eine strategisch und strukturell bedeutsame kritische Aufklärung zugunsten eines selbstbestimmteren Europas. Er hat mit seiner kritischen Aufklärung über die Folgen der fortschreitenden Privatisierung unserer Lebensgrundlage Wasser maßgeblich zum Erfolg der ersten EU-weiten Bürgerinitiative »right2water« beigetragen. Und seit Anfang 2014 ist entschieden: Der Konzern Veolia hat nun endgültig auf eine Berufungsverhandlung verzichtet. Der Film darf jetzt weiterhin in aller Welt unzensiert »Korruption« als Korruption bezeichnen. Nur in Frankreich musste die Aussage Jean-Luc Toulys, man habe ihm eine Million Euro angeboten, gestrichen werden. Nun steht außerdem fest: die dt.- frz. Film-Dokumentation »Water Makes Money« gewinnt gemeinsam mit der türkischen Rechtsanwaltsvereinigung ÇHD in Istanbul/Ankara den Kant-Weltbürger-Preis 2014. Der mit 15.000 Euro datierte Kant-Weltbürgerpreis wird seit 2004 vergeben. Die Stiftung will damit gesellschaftliches Engagement, das sich in besonderer Weise dem freien Wort, der offenen Information und der Zivilcourage handelnder Bürger verpflichtet weiß, anerkennen und auszeichnen.

Weitere Informationen:
http://www.watermakesmoney.com/de/

WOCHE DER SONNE
Veranstaltungsreihe
9. – 18. Mai 2014

Die Woche der Sonne ist die größte Aktionswoche für Solarenergie und Pellets in Deutschland. Ziel ist es, zwischen dem 9. bis 18. Mai 2014 über die Chancen einer Energieversorgung aus Erneuerbaren Energien aufzuklären und dadurch den Ausbau der Solarenergie am Energiemix in Deutschland zu fördern. Die Aktionswoche findet seit 2007 erfolgreich im gesamten Bundesgebiet statt. Sie erreicht Menschen durch gezielte und praxisorientierte Ansprache vor Ort, durchgeführt von engagierten Akteuren aus Solarinitiativen, Agendagruppen und dem Handwerk.

Mehr Informationen:
http://www.woche-der-sonne.de

ROHSTOFFAUSBEUTUNG UND DIE ZUKUNFT DER DEMOKRATIE IN LATEINAMERIKA
Konferenz
Dienstag, 13. – 14. Mai 2014
Berlin

Lateinamerika hat seit Ende der 1990er Jahre den Abbau und Export natürlicher Ressourcen intensiviert, um unter anderem Entwicklungs- und Sozialprogramme zu finanzieren. Konflikte entstehen trotzdem, etwa wenn Umwelt und natürliche Lebensgrundlagen zerstört werden und wenn gesetzlich garantierte Rechte auf politische Partizipation der lokalen Bevölkerung eingeschränkt oder missachtet werden. Stellt dieser Entwicklungsweg wirklich eine Lösung zur brennenden sozialen Frage dar? Mit ExpertInnen und AktivistInnen aus Lateinamerika soll das Spannungsfeld zwischen Rohstoffextraktion und Demokratieentwicklung betrachtet werden. Konflikte um Territorien sowie die Möglichkeiten und Grenzen internationaler Politikinstrumente sollen erörtert und Alternativen zum extraktivistischen Entwicklungsmodell diskutiert werden.

Anmeldung bis zum 04.05.2014 bei: Heinrich-Boell-Stiftung, Ines Thomssen, thomssen@boell.de

Weitere Informationen:
http://calendar.boell.de/de/event/rohstoffausbeutung-und-die-zukunft-der-demokratie-lateinamerika

DEGROWTH-KONFERENZ
Konferenz
2. – 6. September 2014
Leipzig

Degrowth. Postwachstum. Décroissance. Wachstumswende. – All diese Begriffe beschreiben eine Bewegung, die nicht neu ist, aber aktuell an Bedeutung gewinnt: Die Suche nach Gesellschaftsentwürfen jenseits eines von Krise zu Krise taumelnden ökonomischen Wachstumsparadigmas. Vom 2. bis 6. September 2014 wird in Leipzig die Vierte Internationale Degrowth-Konferenz stattfinden und einen Raum zur Fortführung dieser Suche und ihrer praktischen Erprobung bieten. Der Brückenschlag zwischen wissenschaftlicher Theorie, politischer Bewegung, praktischer Umsetzung und künstlerischer Reflektion soll unterschiedliche Perspektiven zusammenbringen. Die Degrowth-Konferenz hinterfragt die Fixierung auf Wirtschaftswachstum in der Wirtschaftspolitik und fördert sozial-ökologische Alternativen. Sie bietet einen Rahmen für wissenschaftliche Debatten, den Austausch von AktivistInnen und PraktikerInnen und die künstlerische Auseinandersetzung mit dem Thema.

Weitere Informationen:
http://leipzig.degrowth.org/de/

VERANTWORTUNG FÜR DIE ZUKUNFT
32. Deutscher Naturschutztag (DNT)
8. – 12. September 2014
Mainz

Auch in diesem Jahr veranstalten der Bundesverband Beruflicher Naturschutz (BBN)e.V., das Bundesamt für Naturschutz (BfN), der Deutsche Naturschutzring (DNR e.V.) und das Ministerium für Umwelt, Landwirtschaft, Ernährung, Weinbau und Forsten Rheinland-Pfalz gemeinsam den Deutschen Naturschutztag. Dies ist der zentrale Fachkongress des staatlichen und privaten Naturschutzes in Deutschland und blickt auf eine lange Tradition zurück. Ziel ist es, die für Naturschutz und Landschaftspflege Tätigen aus den verschiedenen behördlichen, privaten, wissenschaftlichen, praktischen Institutionen sowie Ehrenamtliche regelmäßig zusammenzuführen, um die enge Kooperation aller Fachkräfte für Naturschutz und Landschaftspflege zu ermöglichen und aufrecht zu erhalten, sowie die Anliegen des Naturschutzes in die Öffentlichkeit zu tragen.

Weitere Informationen:
http://www.deutscher-naturschutztag.de/

INFORMATIONEN ZUM HANDELS- UND INVESTITIONSABKOMMEN USA – EU

Forum Umwelt und Entwicklung

TTIP-READER

Eine Sammlung von Texten und Positionen

Download unter:
www.forumue.de/publikationen